

إحصاءات اللاجئين وطالبي اللجوء في ألمانيا حتى ديسمبر 2024 باللغة الألمانية



تم تحميل هذا الملف من موقع مهاجرون

[موقع مهاجرون](#) ← [ألمانيا](#) ← [اللجوء](#) ← [ملفات](#)

[إعداد: البوندستاغ الألماني](#)

روابط مواقع التواصل الاجتماعي في ألمانيا



أحدث ما تم نشره في ألمانيا

[أحدث إحصائيات الحالية السورية في ألمانيا لعام 2025: عدد السكان، الفئات العمرية والجنسية](#)

1

[كوفي هاوس بدلاً من المنزل: سر تفوق الطلاب في ألمانيا وطريقة العثور على المقهى المثالي قريباً!](#)

2

[أفضل تطبيقات الخرائط في ألمانيا: مقارنة شاملة مع روابط التحميل](#)

3

[دليل شامل لمعادلة شهادة الطب البشري في ولاية شمال الراين - مونستر](#)

4

[ما هي الخطوات العملية لطلب اللجوء في ألمانيا من لحظة الوصول حتى الحصول على الإقامة؟](#)

5

[للمزيد من المقالات التي تهتم المهاجرين في ألمانيا اضغط هنا](#)

Antwort der Bundesregierung

auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Clara Bünger und der Fraktion Die Linke – Drucksache 21/24 –

Zahlen in der Bundesrepublik Deutschland lebender Geflüchteter zum 31. Dezember 2024

Vorbemerkung der Fragesteller

Asylstatistiken beinhalten meist nur Zugangs-, Antrags- und Entscheidungsdaten. Zahlen zu aktuell in Deutschland lebenden Geflüchteten und genauere Angaben zu deren aufenthaltsrechtlichem Status sind hingegen schwerer verfügbar, weshalb die Fraktion Die Linke im Deutschen Bundestag diese seit dem Jahr 2008 regelmäßig erfragt (vgl. Bundestagsdrucksache 16/8321 und zuletzt Bundestagsdrucksache 20/11101).

Seit 2017 stellt auch das Statistische Bundesamt eine detaillierte Erhebung zu in Deutschland lebenden „Schutzsuchenden“ auf der Datengrundlage des Ausländerzentralregisters (AZR) vor (vgl. www.destatis.de). Als „Schutzsuchende“ gelten dabei anerkannte Flüchtlinge genauso wie z. B. Asylsuchende, entscheidend ist die „Berufung auf humanitäre Gründe“. Bei vielen Kategorien humanitärer Aufenthaltstitel untersucht das Statistische Bundesamt deshalb zusätzlich, inwieweit diese Personen eine „Asylhistorie“ aufweisen. Sogenannte Visa-Overstayers (ohne Asylantragstellung) fallen damit z. B. aus dieser Statistik heraus, selbst wenn sie später einen humanitären Aufenthaltstitel erhalten. Die Gesamtzahl der Geflüchteten auf Basis der Kleinen Anfragen der Linken wird aufgrund des aktuellen Status der hier lebenden Personen nach Angaben des AZR ermittelt, wobei ebenfalls nicht nur anerkannte Flüchtlinge, sondern auch Asylsuchende, Geduldete und Geflüchtete mit einem humanitären Aufenthaltstitel berücksichtigt werden. Trotz weniger Erfassungsunterschiede im Detail entspricht die vom Statistischen Bundesamt ermittelte Gesamtzahl in etwa der Summe, die sich aufgrund der Kleinen Anfragen der Linken ergibt. Für das Jahr 2020 waren dies beispielsweise knapp 1,9 Millionen Menschen (vgl. Bundestagsdrucksache 19/28234 und www.destatis.de, Pressemitteilung Nr. 340 vom 14. Juli 2021), Ende 2022, nach der Aufnahme von über 1 Million Geflüchteten aus der Ukraine, waren es etwa 3,1 Millionen Personen (vgl. Bundestagsdrucksache 20/5870 und www.destatis.de, Pressemitteilung Nr. 125 vom 30. März 2023), Mitte 2024 waren es rund 3,5 Millionen Geflüchtete (vgl. Bundestagsdrucksache 20/13040).

Von 1997 bis 2011 war die Gesamtzahl der Geflüchteten in Deutschland von über 1 Million auf unter 400 000 gesunken, seit 2012 steigt sie wieder an. So lebten Ende 2023 etwa 789 000 anerkannte Flüchtlinge in Deutschland, viele

von ihnen aus Syrien (alle Angaben, auch im Folgenden, soweit nicht anders angegeben, aus: Bundestagsdrucksache 20/11101; grafisch übersichtlich aufgearbeitet lassen sich die Zahlen im Verlauf seit 2006 hier finden: taz.de/Geflu-echtete-in-Deutschland/!5934394/). Ende 2023 gab es zudem 326 000 subsidiär Geschützte, weitere 182 000 Menschen hatten einen nationalen Abschiebungsschutz, darunter viele Geflüchtete aus Afghanistan. Ende 2023 lebten zudem über 1,1 Millionen Kriegsflüchtlinge aus der Ukraine in Deutschland, die unkompliziert einen temporären Schutzstatus nach § 24 des Aufenthaltsgesetzes (AufenthG) erhalten haben.

Weitere 202 000 Geflüchtete verfügten Ende 2023 über eine Aufenthaltserlaubnis infolge von Bleiberechts- oder Aufnahme Regelungen (§§ 22, 23 Absatz 1, 104a und 104c, 18a, 25a und 25b AufenthG), knapp 57 000 wegen langjährigen Aufenthalts und unzumutbarer Ausreise (§ 25 Absatz 5 AufenthG) und gut 17 000 wegen dringender humanitärer oder persönlicher Gründe (§ 25 Absatz 4 AufenthG). Gut 10 000 Menschen hatten einen Aufenthaltstitel infolge einer individuellen Härtefallentscheidung nach § 23a AufenthG.

Die Zahl der (noch) nicht anerkannten, geduldeten oder asylsuchenden Flüchtlinge war von knapp 650 000 Ende 1997 auf etwa 134 000 im Jahr 2011 gesunken und stieg bis Ende 2023 wieder auf 566 000 an.

Die Angaben des AZR zu ausreisepflichtigen Personen sind zum Teil fehlerhaft und überhöht. Ausreisepflichtige ohne Duldung können z. B. das Land längst wieder (unregistriert) verlassen haben und viele angeblich Ausreisepflichtige sind tatsächlich gar nicht ausreisepflichtig (vgl. Bundestagsdrucksachen 18/12725 und 19/3860, Antwort zu Frage 38, sowie: www.proasyl.de/news/das-angebliche-abschiebungsvollzugsdefizit-statistisch-fragwuerdig-aber-gut-fuer-schlagzeilen/). So musste die Bundesregierung auf Nachfragen einräumen, dass von den Ende 2009 im AZR vermerkten 70 000 angeblich Ausreisepflichtigen ohne Duldung 40 000 im Rechtssinne gar nicht ausreisepflichtig waren (vgl. Antwort zu Frage 25 auf Bundestagsdrucksache 17/4631). Für Hessen stellte das dortige Innenministerium Anfang 2021 fest, dass mehr als die Hälfte der Personen ohne Duldung nicht ausreisepflichtig waren oder sich nicht mehr in Hessen aufhielten, die offiziellen Daten spiegelten also „nicht die Realität der Ausreisepflichtigen in Hessen“ wider (vgl. Antwort zu Frage 34 auf Bundestagsdrucksache 20/1048). Die Bundesregierung verwies zur Erklärung auf eine „Änderung in der Berechnungslogik zu aufhältigen Personen“ in der AZR-Datenbank, eine „zeitnahe Datenbereinigung“ werde angestrebt (ebd.) und die Datensätze würden ab dem 1. November 2022 „kontinuierlich korrigiert“ (Antwort zu Frage 35 auf Bundestagsdrucksache 20/3201). Ende Februar 2023 waren diesbezüglich „weiterhin umfangreiche Abstimmungsmaßnahmen sowohl technischer als auch fachlicher Natur notwendig“ (Antwort zu Frage 34 auf Bundestagsdrucksache 20/5870). Bund und Länder haben über drei Jahre hinweg – ergebnislos – darüber beraten, inwieweit Personen statistisch als freiwillig ausgereist erfasst werden sollen, bei denen im AZR „Fortzug nach unbekannt“ notiert ist (vgl. jeweils Antworten zu Frage 35 auf den Bundestagsdrucksachen 19/8258 und 20/1048). Im Ergebnis kommt es zu einer statistisch überhöhten Zahl (vermeintlich) in Deutschland lebender Ausreisepflichtiger, insbesondere wenn es keinen positiven Nachweis für die Aus- oder Weiterreise von ausreisepflichtigen Personen gibt.

194 000 der rund 243 000 (80 Prozent) zum Ende des Jahres 2023 laut AZR ausreisepflichtigen Personen verfügten über eine Duldung, weil ihre Abschiebung aktuell nicht möglich ist. Wie viele von ihnen nicht abgeschoben werden dürfen oder sollen, wird im AZR nicht erfasst, aber etwa 30 Prozent der Duldungsgründe lassen erkennen, dass eine Abschiebung nicht erlaubt oder nicht beabsichtigt ist, etwa wegen medizinischer Abschiebungshindernisse oder einer gerichtlichen Anordnung, wegen einer Ausbildung bzw. Beschäftigung, wegen enger familiärer Bindungen zu Personen mit Aufenthaltsrecht oder wegen eines Asylfolgeantrags. Ein weiteres Drittel der Duldungen wurde aus „sonstigen Gründen“ erteilt, weil die Abschiebung aus tatsächlichen oder rechtlichen Gründen (objektiv) unmöglich ist (z. B. Afghanistan). Bei 24 Pro-

zent der Geduldeten wurden „fehlende Reisedokumente“ als Erteilungsgrund vermerkt, ohne dass die Betroffenen dies zu vertreten hätten (vgl. Antworten zu den Fragen 4 und 12 auf Bundestagsdrucksache 20/2496). Nur knapp 9 Prozent der Duldungen wurden nach § 60b AufenthG erteilt, weil den Betroffenen unterstellt wurde, dass sie ihre Abschiebung vorwerfbar verhindern (durch Täuschung oder Nichtmitwirkung bei der Passbeschaffung).

Im Verlauf des Jahres 2023 war die Zahl der Ausreisepflichtigen in Deutschland erstmals seit Jahren wieder zurückgegangen, um etwa 20 Prozent, ein Grund hierfür waren Aufenthaltserteilungen nach dem neuen Chancen-Aufenthaltsrecht (§ 104c AufenthG). Nach einer Kurzanalyse des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge (www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Forschung/Kurzanalysen/kurzanalyse1-2023-mimap.pdf?__blob=publicationFile&v=13) sind freiwillige Ausreisen und Aufenthaltserteilungen an Geduldete die häufigsten Gründe für eine Beendigung der Ausreisepflicht abgelehnter Asylsuchender. Abschiebungen, die oft im Zentrum politischer Debatten bzw. von Gesetzesänderungen stehen, spielen diesbezüglich nur eine geringe Rolle. Die Zahl der „freiwilligen“ Ausreisen ausreisepflichtiger Personen übersteigt die Zahl entsprechender Abschiebungen seit 2010 in jedem Jahr deutlich, etwa um das Doppelte bis Dreifache (Antwort zu Frage 34 auf Bundestagsdrucksache 20/11101).

1. Wie viele Asylberechtigte lebten zum 31. Dezember 2024 in der Bundesrepublik Deutschland (bitte auch nach Geschlecht, Alter über 17 oder unter 18 Jahren und Aufenthalt seit mehr oder weniger als sechs Jahren differenzieren), und wie viele von ihnen erhielten diesen Status erstmalig im Jahr 2024?

Zum Stichtag 31. Dezember 2024 waren 42 958 Personen mit einer Asylberechtigung im Ausländerzentralregister erfasst, davon 24 320 männliche und 18 588 weibliche sowie 39 Personen mit unbekanntem Geschlecht und elf Personen mit dem Geschlecht divers. 6 763 Personen waren unter 18 Jahre alt, 36 193 Personen über 17 Jahre alt, bei zwei Personen war das Alter unbekannt. 9 432 Personen lebten seit weniger als sechs Jahren in Deutschland, 33 525 Personen sechs Jahre oder länger. Bei einer Person ist die Aufenthaltsdauer unbekannt. 1 992 Personen erhielten diesen Status erstmals im Jahr 2024.

- a) Welchen Aufenthaltsstatus hatten diese Asylberechtigten?
- b) Welches waren die 15 stärksten Herkunftsländer?
- c) Wie verteilten sich die Asylberechtigten auf die Bundesländer?

Die Fragen 1a bis 1c werden zusammen beantwortet. Die Angaben können den nachfolgenden Tabellen entnommen werden.

Asylberechtigte insgesamt	42.958
davon mit dem Aufenthaltsstatus:	in %
unbefristete Aufenthaltsrechte	54,2
befristete Aufenthaltsrechte	44,0
sonstiges (z. B. Duldung, kein Status gespeichert)	1,8

Asylberechtigte insgesamt	42.958
darunter:	
Türkei	11.895
Syrien	4.998
Iran	4.990
Afghanistan	3.379
Russische Föderation	1.786

Asylberechtigte insgesamt	42.958
Irak	1.602
Eritrea	1.548
Sri Lanka	1.108
Kosovo	881
ungeklärt	768
China	648
Somalia	555
Pakistan	544
Äthiopien	514
Polen	478

Asylberechtigte insgesamt	42.958
Länder	
Baden-Württemberg	5.075
Bayern	4.699
Berlin	2.543
Brandenburg	300
Bremen	603
Hamburg	1.619
Hessen	5.099
Mecklenburg-Vorpommern	152
Niedersachsen	4.597
Nordrhein-Westfalen	13.357
Rheinland-Pfalz	1.441
Saarland	687
Sachsen	1.092
Sachsen-Anhalt	315
Schleswig-Holstein	1.020
Thüringen	359

2. Wie viele nach der Genfer Flüchtlingskonvention anerkannte Flüchtlinge (vgl. § 3 Absatz 1 des Asylgesetzes [AsylG] und § 60 Absatz 1 Satz 1 AufenthG) lebten zum 31. Dezember 2024 in der Bundesrepublik Deutschland (bitte auch nach Geschlecht, Alter über 17 oder unter 18 Jahren und Aufenthalt seit mehr oder weniger als sechs Jahren differenzieren), und wie viele von ihnen erhielten diesen Status erstmalig im Jahr 2024?

Zum Stichtag 31. Dezember 2024 waren 709 709 Personen mit Flüchtlingsschutz nach § 3 des Asylgesetzes (AsylG) i. V. m. § 60 Absatz 1 Satz 1 des Aufenthaltsgesetzes (AufenthG) im AZR erfasst, davon 420 892 männliche und 288 291 weibliche, 58 diverse und 468 Personen mit unbekanntem Geschlecht. 249 531 Personen waren unter 18 Jahre alt, 460 156 Personen über 17 Jahre alt, bei 22 Personen war das Alter unbekannt. 175 824 Personen lebten seit weniger als sechs Jahren in Deutschland, 533 731 Personen sechs Jahre oder länger. Bei 154 Personen ist die Aufenthaltsdauer unbekannt. 37 279 Personen erhielten diesen Status erstmals im Jahr 2024.

- a) Welchen Aufenthaltsstatus hatten diese anerkannten Flüchtlinge?
 b) Welches waren die 15 stärksten Herkunftsländer?
 c) Wie verteilten sich die anerkannten Flüchtlinge auf die Bundesländer?

Die Fragen 2a bis 2c werden zusammen beantwortet. Die Angaben können den nachfolgenden Tabellen entnommen werden.

Personen mit Flüchtlingsschutz insgesamt	709.709
davon mit dem Aufenthaltsstatus:	in %
unbefristete Aufenthaltsrechte	17,2
befristete Aufenthaltsrechte	80,9
sonstiges (z. B. Duldung, kein Status gespeichert)	1,9

Personen mit Flüchtlingsschutz	
Deutschland	709.709
darunter:	
Syrien	315.902
Irak	95.797
Afghanistan	82.883
Eritrea	47.549
Iran	36.928
Türkei	30.702
ungeklärt	24.584
Somalia	20.441
staatenlos	9.178
Pakistan	6.696
Russische Föderation	5.054
Nigeria	4.258
Äthiopien	3.390
Guinea	3.168
Aserbaidschan	1.843

Personen mit Flüchtlingsschutz insgesamt	709.709
Länder	
Baden-Württemberg	74.498
Bayern	68.379
Berlin	34.332
Brandenburg	11.773
Bremen	12.460
Hamburg	20.866
Hessen	71.785
Mecklenburg-Vorpommern	7.566
Niedersachsen	79.367
Nordrhein-Westfalen	208.209
Rheinland-Pfalz	30.844
Saarland	17.295
Sachsen	20.776
Sachsen-Anhalt	14.982
Schleswig-Holstein	23.929
Thüringen	12.648

3. Wie viele Flüchtlinge mit einem subsidiären Schutzstatus nach § 25 Absatz 2 bzw. einem Abschiebungsschutz nach § 25 Absatz 3 AufenthG (internationaler bzw. nationaler subsidiärer Schutz, bitte differenzieren, auch bei den Unterfragen) lebten zum 31. Dezember 2024 in der Bundesrepublik Deutschland (bitte auch nach Geschlecht, Alter über 17 oder unter 18 Jahren und Aufenthalt seit mehr oder weniger als sechs Jahren differenzieren), und wie viele von ihnen erhielten diesen Status erstmalig im Jahr 2024?
- a) Welchen Aufenthaltsstatus hatten diese subsidiär Schutzberechtigten?

Die Fragen 3 und 3a werden zusammen beantwortet. Im AZR werden u. a. Aufenthaltserlaubnisse nach § 25 Absatz 2 Satz 1 zweite Alternative AufenthG (subsidiärer Schutz) und nach § 25 Absatz 3 AufenthG (Abschiebungsverbote nach § 60 Absatz 5 oder 7 AufenthG) gespeichert.

Zum Stichtag 31. Dezember 2024 waren 381 216 Personen mit einer Aufenthaltserlaubnis nach § 25 Absatz 2 AufenthG (subsidiärer Schutz) erfasst, davon 241 478 männliche, 139 538 weibliche, eine diverse Person und 199 Personen mit unbekanntem Geschlecht. 107 219 Personen waren unter 18 Jahre alt, 273 984 Personen über 17 Jahre alt und bei 13 Personen ist das Alter unbekannt. 192 721 Personen lebten seit weniger als sechs Jahren in Deutschland, 188 401 Personen sechs Jahren oder länger. Bei 94 Personen ist die Aufenthaltsdauer unbekannt. 65 700 Personen erhielten den Status erstmals im Jahr 2024.

Mit einer Aufenthaltserlaubnis nach § 25 Absatz 3 AufenthG waren 197 131 Personen zum Stichtag 31. Dezember 2024 erfasst, davon 121 142 männliche, 75 856 weibliche und 132 mit unbekanntem Geschlecht sowie eine diverse Person. 57 645 Personen waren unter 18 Jahre alt, 139 423 Personen über 17 Jahre alt und bei 63 Personen ist das Alter unbekannt. 68 288 Personen lebten seit weniger als sechs Jahren in Deutschland und 128 759 Personen sechs Jahre oder länger. Bei 84 Personen ist die Aufenthaltsdauer unbekannt. 21 014 erhielten diesen Status erstmalig im Jahr 2024.

- b) Welches waren die 15 stärksten Herkunftsländer?
- c) Wie verteilten sich die subsidiär Schutzberechtigten auf die Bundesländer?

Die Fragen 3b und 3c werden zusammen beantwortet. Die Angaben können den nachfolgenden Tabellen entnommen werden.

Personen mit Aufenthaltserlaubnis nach § 25 Abs. 2 AufenthG (subsidiärer Schutz)	
insgesamt	381.216
darunter:	
Syrien	295.614
Irak	20.858
Afghanistan	18.543
Eritrea	13.406
Somalia	7.085
ungeklärt	6.356
Jemen	2.955
staatenlos	2.270
Iran	1.661
Russische Föderation	1.562
Sudan (ohne Südsudan)	1.156

Personen mit Aufenthaltserlaubnis nach § 25 Abs. 2 AufenthG (subsidiärer Schutz)	
insgesamt	381.216
Türkei	1.046
Libyen	911
Libanon	701
Nigeria	631

Personen mit Aufenthaltserlaubnis nach § 25 Abs. 3 AufenthG	
insgesamt	197.131
darunter:	
Afghanistan	130.256
Irak	11.850
Somalia	7.003
Syrien	6.670
Nigeria	6.533
Äthiopien	2.969
Eritrea	2.389
Russische Föderation	2.340
Venezuela	1.882
Ungeklärt	1.801
Armenien	1.491
Iran	1.430
Kosovo	1.424
Guinea	1.305
Türkei	1.273

Länder	Aufenthaltserlaubnis nach § 25 Abs. 2 AufenthG (subsidiärer Schutz)	Aufenthaltserlaubnis nach § 25 Abs. 3 AufenthG
Deutschland	381.216	197.131
darunter:		
Baden-Württemberg	30.678	17.782
Bayern	35.567	26.435
Berlin	22.057	12.785
Brandenburg	8.765	5.532
Bremen	6.051	2.668
Hamburg	7.873	11.814
Hessen	27.100	25.538
Mecklenburg-Vorpommern	4.717	2.301
Niedersachsen	43.973	17.608
Nordrhein-Westfalen	111.283	38.047
Rheinland-Pfalz	21.544	8.969
Saarland	10.144	1.354
Sachsen	15.096	8.003
Sachsen-Anhalt	11.454	4.249
Schleswig-Holstein	17.039	10.139
Thüringen	7.875	3.907

4. Wie viele Widerrufsverfahren waren im Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) zum 31. Dezember 2024 anhängig (bitte auch nach den 15 wichtigsten Herkunftsländern und Status differenzieren)?

Nach den Daten des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF) waren zum Stichtag 31. Dezember 2024 73 591 Widerrufsprüfverfahren eingeleitet und anhängig. Die weiteren Angaben können der nachfolgenden Tabelle entnommen werden.

Stand: 31.12.2024	Anhängige Widerrufsprüfverfahren
Staatsangehörigkeiten insgesamt	73.591
darunter:	
Syrien	28.226
Irak	12.430
Afghanistan	8.753
Iran	4.868
Türkei	3.100
Eritrea	2.468
ungeklärt	2.270
Somalia	1.916
Russische Föderation	1.083
Nigeria	894
Pakistan	683
staatenlos	676
Äthiopien	516
Sudan	440
Armenien	420

5. Wie viele Personen lebten zum 31. Dezember 2024 in der Bundesrepublik Deutschland, deren Flüchtlingsstatus widerrufen worden ist (bitte auch nach aktuellem Status, nach Aufenthalt seit mehr oder weniger als sechs Jahren und den 15 wichtigsten Herkunftsländern differenzieren)?

Zum Stichtag 31. Dezember 2024 waren im AZR 22 802 Personen mit Widerruf/Rücknahme eines Schutzstatus erfasst. 1 894 Personen lebten seit weniger als sechs Jahren in Deutschland, 20 905 Personen sechs Jahre oder länger. Bei drei Personen ist die Aufenthaltsdauer unbekannt. Die weiteren Angaben können den nachfolgenden Tabellen entnommen werden.

Personen mit Widerruf/Rücknahme des Flüchtlingsstatus	Asylanerkennung nach Art. 16a GG widerrufen/zurückgenommen	Flüchtlingseigenschaft nach § 3 Abs. 1 AsylG widerrufen/zurückgenommen	subsidiärer Schutz nach § 4 Abs. 1 AsylG widerrufen/zurückgenommen	Summe
insgesamt	17.057	3.947	1.798	22.802
darunter mit dem Aufenthaltsstatus:				
unbefristete Aufenthaltsrechte	14.208	546	69	14.823
befristete Aufenthaltsrechte	2.356	2.401	1.153	5.910
sonstiges (z. B. Duldung, kein Status gespeichert)	493	1.000	576	2.069

Personen mit Widerruf/ Rücknahme des Schutzstatus	
alle Staatsangehörigkeiten	22.802
darunter:	
Kosovo	6.767
Irak	3.805
Türkei	2.697
Syrien	1.832
Serbien	1.091
Afghanistan	538
Albanien	516
Serbien und Montenegro (ehemals)	448
Iran	392
Eritrea	350
Sri Lanka	349
Armenien	327
ungeklärt	325
Jugoslawien (ehemals)	235
Libanon	209

6. Wie viele Personen lebten zum 31. Dezember 2024 in der Bundesrepublik Deutschland, denen eine Duldung aufgrund einer Abschiebestopp-Anordnung nach § 60a AufenthG erteilt wurde (bitte nach Geschlecht, Alter über 17 oder unter 18 Jahren, Aufenthalt seit mehr oder weniger als sechs Jahren, Bundesländern und den 15 wichtigsten Herkunftsländern differenzieren), und wie viele von ihnen erhielten diesen Status erstmalig im Jahr 2024?

Zum Stichtag 31. Dezember 2024 waren 2 974 Personen mit einer Duldung nach § 60a Absatz 1 AufenthG im AZR erfasst, davon 1 946 männliche und 1 026 weibliche sowie zwei Personen mit unbekanntem Geschlecht. 855 Personen waren unter 18 Jahre alt und 2 119 Personen 18 Jahre und älter. 1 143 Personen lebten seit sechs Jahren oder länger in Deutschland, 1 828 Personen weniger als sechs Jahre. Bei drei Personen ist die Aufenthaltsdauer unbekannt. 1 572 erhielten diesen Status erstmals im Jahr 2024. Die weiteren Angaben können den nachfolgenden Tabellen entnommen werden.

Personen mit Duldung nach § 60a Abs. 1 AufenthG	2.974
Länder	
Baden-Württemberg	82
Bayern	251
Berlin	62
Brandenburg	99
Bremen	41
Hamburg	2
Hessen	75
Mecklenburg-Vorpommern	41
Niedersachsen	280
Nordrhein-Westfalen	1.258
Rheinland-Pfalz	79
Saarland	188
Sachsen	111
Sachsen-Anhalt	85
Schleswig-Holstein	217
Thüringen	103

Personen mit Duldung nach § 60a Abs. 1 AufenthG	
alle Staatsangehörigkeiten	2.974
darunter:	
Irak	346
Syrien	198
Türkei	194
Russische Föderation	168
Afghanistan	167
Serbien	155
Iran	151
Nigeria	124
Nordmazedonien	119
Ukraine	103
Albanien	99
Kosovo	91
Libanon	70
Guinea	63
Georgien	59

7. Wie viele Personen lebten zum 31. Dezember 2024 in der Bundesrepublik Deutschland mit einer Aufenthaltserlaubnis nach § 16g, § 18a AufenthG (alte Fassung) bzw. § 19d AufenthG (bitte nach Geschlecht, Alter über 17 oder unter 18 Jahren, Aufenthalt seit mehr oder weniger als sechs Jahren, Bundesländern und den 15 wichtigsten Herkunftsländern differenzieren), und wie viele von ihnen erhielten diesen Status erstmalig im Jahr 2024?

Zum Stichtag 31. Dezember 2024 waren 10 139 Personen mit einer Aufenthaltserlaubnis für qualifizierte Geduldete zum Zweck der Beschäftigung nach § 18a (Fassung bis 29. Februar 2020), § 19d (aktuelle Fassung) und § 16g AufenthG im AZR erfasst, davon 8 691 männliche und 1 445 weibliche sowie drei Personen mit unbekanntem Geschlecht. Zehn Personen waren unter 18 Jahre alt und 10 125 Personen 18 Jahre und älter. Bei vier Personen ist das Alter unbekannt. 8 987 Personen lebten seit mehr als sechs Jahren in Deutschland, 1 147 Personen sechs Jahre oder weniger, bei fünf Personen ist die Dauer unbekannt. 1 355 erhielten diesen Status erstmals im Jahr 2024. Die weiteren Angaben können den nachfolgenden Tabellen entnommen werden.

Aufenthaltserlaubnis nach den §§ 18a, 19d, 16g AufenthG	Summe
Länder	10.139
Baden-Württemberg	2.128
Bayern	1.663
Berlin	218
Brandenburg	117
Bremen	50
Hamburg	357
Hessen	612
Mecklenburg-Vorpommern	123
Niedersachsen	1.002
Nordrhein-Westfalen	2.511
Rheinland-Pfalz	392
Saarland	19
Sachsen	263
Sachsen-Anhalt	113

Aufenthaltserlaubnis nach den §§ 18a, 19d, 16g AufenthG	Summe
Schleswig-Holstein	490
Thüringen	81

Aufenthaltserlaubnis nach den §§ 18a, 19d, 16g AufenthG	Summe
alle Staatsangehörigkeiten	10.139
darunter:	
Afghanistan	2.561
Gambia	780
Irak	680
Iran	612
Albanien	496
Pakistan	472
Guinea	392
Nigeria	351
Armenien	329
Türkei	203
Ukraine	193
Kosovo	184
Kamerun	172
Georgien	169
Marokko	153

8. Wie viele jüdische Einwanderinnen und Einwanderer aus der ehemaligen Sowjetunion wurden bis zum 31. Dezember 2024 infolge verschiedener politischer Anordnungen in der Bundesrepublik Deutschland aufgenommen (bitte nach Bundesländern differenzieren)?

Von 1993 bis zum 31. Dezember 2024 wurden im geregelten Aufnahmeverfahren für jüdische Zuwandernde insgesamt 213 743 Personen aufgenommen. Hinzu kommen 8 535 Personen, die vor Beginn oder außerhalb des geregelten Aufnahmeverfahrens eingereist waren. Insgesamt sind damit 222 278 jüdische Zuwandernde mit ihren Familienangehörigen aus der ehemaligen Sowjetunion bzw. ihren Nachfolgestaaten eingereist. Die Verteilung nach Ländern kann der nachfolgenden Tabelle entnommen werden.

Länder	Einreisen/Personen
Baden-Württemberg	20.609
Bayern	33.179
Berlin	1.493
Brandenburg	7.731
Bremen	2.254
Hamburg	5.387
Hessen	18.605
Mecklenburg-Vorpommern	6.666
Niedersachsen	18.425
Nordrhein-Westfalen	52.759
Rheinland-Pfalz	11.709
Saarland	3.255
Sachsen	11.156
Sachsen-Anhalt	7.739
Schleswig-Holstein	6.849
Thüringen	5.927
insgesamt	213.743

9. Wie viele Personen lebten zum 31. Dezember 2024 in der Bundesrepublik Deutschland, denen eine Aufenthaltserlaubnis infolge einer Aufnahmeerklärung nach § 22 AufenthG erteilt wurde (bitte nach Geschlecht, Alter über 17 oder unter 18 Jahren, Aufenthalt seit mehr oder weniger als sechs Jahren, Bundesländern und den 15 wichtigsten Herkunftsländern differenzieren), und wie viele von ihnen erhielten diesen Status erstmalig im Jahr 2024?

Eine Aufenthaltserlaubnis nach § 22 AufenthG besaßen zum 31. Dezember 2024 insgesamt 37 103 Personen, davon 18 489 männliche, 18 542 weibliche und vier diverse sowie 68 Personen mit unbekanntem Geschlecht. 15 022 Personen waren unter 18 Jahre alt und 22 080 Personen über 17 Jahre alt. Bei einer Person ist das Alter unbekannt. 2 463 Personen lebten seit sechs Jahren oder länger in Deutschland, 34 638 Personen weniger als sechs Jahre. Bei zwei Personen war die Aufenthaltsdauer unbekannt. 4 246 Personen erhielten diesen Status erstmals im Jahr 2024. Die weiteren Angaben können den nachfolgenden Tabellen entnommen werden.

Personen mit Aufenthaltserlaubnis nach § 22 AufenthG	
Länder	37.103
Baden-Württemberg	4.407
Bayern	5.516
Berlin	2.190
Brandenburg	1.019
Bremen	417
Hamburg	1.011
Hessen	2.944
Mecklenburg-Vorpommern	619
Niedersachsen	3.551
Nordrhein-Westfalen	7.963
Rheinland-Pfalz	1.956
Saarland	452
Sachsen	1.838
Sachsen-Anhalt	982
Schleswig-Holstein	1.311
Thüringen	927

Personen mit Aufenthaltserlaubnis nach § 22 AufenthG	
alle Staatsangehörigkeiten	37.103
darunter:	
Afghanistan	34.270
Russische Föderation	1.557
Syrien	294
Belarus	292
Iran	251
ungeklärt	67
Irak	43
Personen aus den palästinensischen Gebieten (nicht als Staat anerkannt)	34
staatenlos	29
Sudan (ohne Südsudan)	29
Ukraine	25
Libanon	21
Eritrea	13

Personen mit Aufenthaltserlaubnis nach § 22 AufenthG	
Jemen	10
Israel	10

10. Wie viele Personen lebten zum 31. Dezember 2024 in der Bundesrepublik Deutschland, denen eine Aufenthaltserlaubnis infolge der Härtefallregelung nach § 23a AufenthG erteilt wurde (bitte nach Geschlecht, Alter über 17 oder unter 18 Jahren, Aufenthalt seit mehr oder weniger als sechs Jahren, Bundesländern und den 15 wichtigsten Herkunftsländern differenzieren), und wie viele von ihnen erhielten diesen Status erstmalig im Jahr 2024?

Eine Aufenthaltserlaubnis nach § 23a AufenthG besaßen zum 31. Dezember 2024 insgesamt 9 823 Personen, davon 5 200 männliche, 4 618 weibliche und fünf Personen mit unbekanntem Geschlecht. 2 897 Personen waren unter 18 Jahre alt und 6 924 Personen über 17 Jahre alt. Bei zwei Personen ist das Alter unbekannt. 8 062 Personen lebten seit sechs Jahren oder länger in Deutschland, 1 760 Personen weniger als sechs Jahre. Bei einer Person ist die Aufenthaltsdauer unbekannt. 956 Personen erhielten diesen Status erstmals im Jahr 2024. Die weiteren Angaben können den nachfolgenden Tabellen entnommen werden.

Personen mit Aufenthaltserlaubnis nach § 23a AufenthG	9.823
darunter:	
Baden-Württemberg	413
Bayern	537
Berlin	1.881
Brandenburg	157
Bremen	147
Hamburg	100
Hessen	249
Mecklenburg-Vorpommern	70
Niedersachsen	993
Nordrhein-Westfalen	2.294
Rheinland-Pfalz	902
Saarland	70
Sachsen	375
Sachsen-Anhalt	171
Schleswig-Holstein	200
Thüringen	1.264

Personen mit Aufenthaltserlaubnis nach § 23a AufenthG	Anzahl der aufhältigen Ausländer
alle Staatsangehörigkeiten	9.823
darunter:	
Albanien	1.092
Kosovo	991
Serbien	852
Russische Föderation	713
Nordmazedonien	484
Aserbaidshon	461
Türkei	447
Armenien	431

Personen mit Aufenthaltserlaubnis nach § 23a AufenthG	Anzahl der aufhältigen Ausländer
Georgien	377
Afghanistan	321
Iran	304
Irak	294
Pakistan	283
Ukraine	259
Bosnien und Herzegowina	228

11. Wie viele Personen lebten zum 31. Dezember 2024 in der Bundesrepublik Deutschland, denen eine Aufenthaltserlaubnis nach § 23 Absatz 1 AufenthG oder eine Aufenthalts- oder Niederlassungserlaubnis nach § 23 Absatz 2 oder 4 AufenthG (bitte differenzieren) erteilt wurde (bitte jeweils nach Geschlecht, Alter über 17 oder unter 18 Jahren, Aufenthalt seit mehr oder weniger als sechs Jahren, Bundesländern und den 15 wichtigsten Herkunftsländern differenzieren), und wie viele von ihnen erhielten diesen Status erstmalig im Jahr 2024?

Zum Stichtag 31. Dezember 2024 waren 20 321 Personen mit einer Aufenthaltserlaubnis nach § 23 Absatz 1 AufenthG erfasst. 2 527 Personen waren unter 18 Jahre alt und 17 794 Personen über 17 Jahre alt. 11 907 Personen lebten seit sechs Jahren oder länger in Deutschland, 8 414 Personen weniger als sechs Jahre. 1 589 Personen erhielten diesen Status erstmals im Jahr 2024.

Nach § 23 Absatz 2 AufenthG (Aufenthalts- und Niederlassungserlaubnis) waren 85 828 Personen erfasst, davon waren 9 207 Personen unter 18 Jahre alt und 76 621 Personen über 17 Jahre alt. 69 271 Personen lebten seit sechs Jahren oder länger in Deutschland, 16 551 Personen weniger als sechs Jahre und bei sechs Personen war die Aufenthaltsdauer unbekannt. 4 259 Personen erhielten diesen Status erstmals im Jahr 2024.

Zudem waren nach § 23 Absatz 4 AufenthG (Aufenthalts- und Niederlassungserlaubnis) 10 728 Personen erfasst, davon waren 4 255 Personen unter 18 Jahre alt und 6 473 Personen über 17 Jahre alt. 1 981 Personen lebten seit sechs Jahren oder länger in Deutschland, 8 747 Personen weniger als sechs Jahre. 1 604 Personen erhielten diesen Status erstmals im Jahr 2024.

Die weiteren Angaben können den nachfolgenden Tabellen entnommen werden.

Aufenthaltstitel nach § 23 AufenthG	Aufenthalts-erlaubnis nach § 23 Abs. 1	Aufenthalts-erlaubnis nach § 23 Abs. 2	Niederlassungs-erlaubnis nach § 23 Abs. 2	Aufenthalts-erlaubnis nach § 23 Abs. 4	Niederlassungs-erlaubnis nach § 23 Abs. 4
Summe	20.321	24.965	60.863	10.405	323
männlich	8.972	12.046	26.997	5.158	168
weiblich	11.326	12.883	33.840	5.230	155
unbekannt	22	35	26	16	0
divers	1	1	0	1	0

Personen mit Aufenthaltserlaubnis nach § 23 Absatz 1 AufenthG	
Länder	20.321
Baden-Württemberg	1.642
Bayern	590
Berlin	4.003

Personen mit Aufenthaltserlaubnis nach § 23 Absatz 1 AufenthG	20.321
Brandenburg	1.202
Bremen	304
Hamburg	1.046
Hessen	1.068
Mecklenburg-Vorpommern	16
Niedersachsen	1.102
Nordrhein-Westfalen	4.182
Rheinland-Pfalz	489
Saarland	289
Sachsen	141
Sachsen-Anhalt	120
Schleswig-Holstein	2.063
Thüringen	2.064

Personen mit Aufenthaltserlaubnis nach § 23 Absatz 1 AufenthG	20.321
darunter:	
Syrien	8.660
Kosovo	1.622
Serbien	1.265
Libanon	1.029
Türkei	1.021
Bosnien und Herzegowina	968
Irak	868
Afghanistan	742
ungeklärt	717
Iran	278
Kroatien	252
Sudan (ohne Südsudan)	206
Russische Föderation	193
Ukraine	192
staatenlos	189

Länder	Aufenthaltserlaubnis nach § 23 Absatz 2 AufenthG	Niederlassungserlaubnis nach § 23 Absatz 2 AufenthG
Deutschland	24.965	60.863
Baden-Württemberg	2.989	6.497
Bayern	3.801	10.182
Berlin	1.610	3.715
Brandenburg	668	1.422
Bremen	339	373
Hamburg	740	1.255
Hessen	1.741	4.638
Mecklenburg-Vorpommern	405	1.407
Niedersachsen	2.276	5.175
Nordrhein-Westfalen	5.616	16.423
Rheinland-Pfalz	1.137	2.029
Saarland	348	778

Länder	Aufenthaltserlaubnis nach § 23 Absatz 2 AufenthG	Niederlassungserlaubnis nach § 23 Absatz 2 AufenthG
Sachsen	1.184	3.466
Sachsen-Anhalt	604	1.479
Schleswig-Holstein	881	1.169
Thüringen	626	855

Personen mit Aufenthaltserlaubnis nach § 23 Absatz 2 AufenthG	
Staatsangehörigkeit insgesamt	24.965
darunter:	
Syrien	19.239
Ukraine	1.580
Afghanistan	1.288
Irak	797
Russische Föderation	780
ungeklärt	220
staatenlos	202
Somalia	141
Belarus	92
Eritrea	77
Iran	55
Aserbaidshan	46
Usbekistan	44
Moldau (Republik)	43
Libanon	38

Personen mit Niederlassungserlaubnis nach § 23 Absatz 2 AufenthG	
	60.863
darunter:	
Ukraine	26.968
Russische Föderation	21.431
Moldau (Republik)	2.403
Aserbaidshan	1.586
Usbekistan	1.516
Belarus	1.392
Vietnam	1.181
Kirgisistan	941
Kasachstan	614
Georgien	570
Sowjetunion (ehemals)	406
staatenlos	380
Lettland	252
ungeklärt	208
Litauen	151

Länder	Personen mit Aufenthaltserlaubnis nach § 23 Absatz 4 AufenthG	Personen mit Niederlassungserlaubnis nach § 23 Absatz 4 AufenthG
Deutschland	10.405	323
Baden-Württemberg	1.194	19

Länder	Personen mit Aufenthaltserlaubnis nach § 23 Absatz 4 AufenthG	Personen mit Niederlassungserlaubnis nach § 23 Absatz 4 AufenthG
Bayern	1.676	36
Berlin	575	8
Brandenburg	289	8
Bremen	144	1
Hamburg	281	14
Hessen	805	16
Mecklenburg-Vorpommern	195	0
Niedersachsen	1.117	14
Nordrhein-Westfalen	2.181	191
Rheinland-Pfalz	456	9
Saarland	136	0
Sachsen	452	1
Sachsen-Anhalt	295	4
Schleswig-Holstein	362	2
Thüringen	247	0

Personen mit Aufenthaltserlaubnis nach § 23 Absatz 4 AufenthG	10.405
darunter:	
Syrien	6.110
Sudan (ohne Südsudan)	1.058
Somalia	906
Eritrea	688
Südsudan	629
Kongo, Dem. Republik	387
Irak	172
Jemen	101
Burundi	87
ungeklärt	63
Äthiopien	57
Libanon	24
Ägypten	22
staatenlos	12
Kongo	11

Personen mit Niederlassungserlaubnis nach § 23 Absatz 4 AufenthG	323
darunter:	
Ukraine	58
Kosovo	34
Türkei	30
Serbien	30
Afghanistan	20
Irak	19
Syrien	11
Russische Föderation	10
Iran	8
Vietnam	7

Personen mit Niederlassungserlaubnis nach § 23 Absatz 4 AufenthG	323
Bosnien und Herzegowina	7
Nordmazedonien	7
Sri Lanka	6
Kongo, Dem. Republik	6
Marokko	5

12. Wie viele Personen lebten zum 31. Dezember 2024 in der Bundesrepublik Deutschland, denen eine Aufenthaltserlaubnis nach § 104a bzw. 104b AufenthG erteilt wurde (bitte nach Geschlecht, Alter über 17 oder unter 18 Jahren, Bundesländern und nach den 15 wichtigsten Herkunftsländern differenzieren)?

Zum Stichtag 31. Dezember 2024 waren im AZR insgesamt 532 Personen mit einer Aufenthaltserlaubnis nach § 104a oder § 104b AufenthG gespeichert. 65 Personen waren unter 18 Jahre alt und 467 Personen 18 Jahre und älter. Weitere Angaben können den nachfolgenden Tabellen entnommen werden.

	Personen mit Aufenthaltserlaubnis nach § 104a bzw. § 23 Absatz 1 Satz 1 i. V. m. § 104a AufenthG	nach § 23 Abs. 1 i. V. m. § 104b AufenthG (integrierte Kinder von Geduldeten)	Summe
insgesamt	517	15	532
männlich	273	7	280
weiblich	244	8	252

	Personen mit Aufenthaltserlaubnis nach § 23 Abs. 1 i. V. m. § 104a AufenthG	Personen mit Aufenthaltserlaubnis nach § 23 Abs. 1 i. V. m. § 104b AufenthG	Summe
alle Länder	517	15	532
davon:			
Baden-Württemberg	7	0	7
Bayern	30	6	36
Berlin	36	0	36
Brandenburg	11	0	11
Bremen	22	0	22
Hamburg	15	0	15
Hessen	4	0	4
Mecklenburg-Vorpommern	10	0	10
Niedersachsen	53	0	53
Nordrhein-Westfalen	255	7	262
Rheinland-Pfalz	22	2	24
Saarland	6	0	6
Sachsen	16	0	16
Sachsen-Anhalt	11	0	11
Schleswig-Holstein	16	0	16
Thüringen	3	0	3

	Personen mit Aufenthaltserlaubnis nach § 104a AufenthG	Personen mit Aufenthaltserlaubnis nach § 23 Abs. 1 i. V. m. § 104b AufenthG	Summe
alle Länder	517	15	532
davon:			
Kosovo	161	1	162
Serbien	90	1	91
Türkei	31	0	31
Russische Föderation	20	3	23
Irak	21	0	21
Libanon	17	0	17
Syrien	17	0	17
Afghanistan	11	3	14
ungeklärt	14	0	14
China	11	0	11
Pakistan	10	0	10
Bosnien und Herzegowina	8	1	9
Iran	7	0	7
Serbien (ehemals)	6	0	6
Aserbaidschan	4	1	5

13. Wie viele Personen lebten zum 31. Dezember 2024 bzw. zum 31. März 2025 (bitte differenzieren) in der Bundesrepublik Deutschland, denen eine Aufenthaltserlaubnis nach § 24 AufenthG erteilt wurde (bitte nach Geschlecht, Alter über 17 oder unter 18 Jahren, Bundesländern und nach den 15 wichtigsten Staatsangehörigkeiten differenzieren)?
- Wie viele Personen lebten zu diesem Datum in der Bundesrepublik Deutschland, denen eine Fiktionsbescheinigung über die Beantragung einer Aufenthaltserlaubnis nach § 24 AufenthG erteilt wurde (bitte wie zuvor differenzieren)?
 - Wie viele Personen lebten zu diesem Datum in der Bundesrepublik Deutschland, die als Geflüchtete aus der Ukraine ein Schutzgesuch geäußert haben (bitte wie zuvor differenzieren)?
 - Wie viele Personen lebten zu diesem Datum in der Bundesrepublik Deutschland, die als ukrainische Geflüchtete kein Schutzgesuch gestellt und keinen Titel erteilt bekommen haben (bitte wie zuvor differenzieren)?

Die Fragen 13 bis 13c werden zusammen beantwortet.

Nachfolgend werden für die Auswertung alle seit dem 24. Februar 2022 eingereisten ukrainischen Staatsangehörigen und alle weiteren Staatsangehörigen, bei denen ein Asylgesuch mit dem Marker „UKR“ im AZR erfasst wird, bzw. die einen Antrag auf Erteilung eines Aufenthaltstitels nach § 24 AufenthG gestellt haben, ausgewertet.

Zum Stichtag 31. Dezember 2024 waren 1 055 369 Personen mit einer Aufenthaltserlaubnis nach § 24 AufenthG erfasst, bei 62 255 Personen wurde eine Fiktionsbescheinigung ausgestellt, 38 237 Personen haben ein Schutzgesuch geäußert. 49 882 Personen haben einen Antrag nach § 24 AufenthG gestellt, 36 029 Personen haben bisher kein Schutzgesuch geäußert und keinen Titel er-

teilt bekommen. Die weiteren Angaben können den nachfolgenden Tabellen entnommen werden.

Stichtag 31.12.2024	Personen, denen ein Auf- enthaltstitel nach § 24 AufenthG (vorübergehen der Schutz) er- teilt wurde	Personen, denen eine Fik- tionsbescheini- gung ausge- stellt wurde	Personen, die ein Schutzge- such geäußert haben	Personen, die einen Antrag nach § 24 AufenthG ge- stellt haben	Eingereiste ukrainische Staatsange- hörige ohne bisheriges Schutzgesuch und Titelertei- lung	Summe
Summe	1.055.369	62.255	38.237	49.882	36.029	1.241.772
unbekannt	1.827	64	37	23	316	2.267
männlich	426.696	29.017	17.059	24.498	16.251	513.521
weiblich	626.788	33.166	21.137	25.354	19.460	725.905
divers	58	8	4	7	2	79
unter 18	300.468	19.336	11.306	13.063	16.278	360.451
18 und älter	754.890	42.916	26.920	36.818	19.747	881.291
Alter un- bekannt	11	3	11	1	4	30

Stichtag 31.12.2024	§ 24 AufenthG	Fiktionsbe- scheinigung	Schutzgesuch geäußert	Antrag nach § 24 AufenthG gestellt	ohne bisheriges Schutzgesuch und Titelertei- lung	Summe
gesamt	1.055.369	62.255	38.237	49.882	36.029	1.241.772
Baden- Württemberg	137.186	13.026	5.269	6.178	5.586	167.245
Bayern	146.125	11.568	7.233	8.642	5.396	178.964
Berlin	52.699	982	4.008	7.738	4.056	69.483
Brandenburg	26.478	1.017	1.078	863	1.414	30.850
Bremen	12.286	258	479	319	383	13.725
Hamburg	32.033	1.670	662	480	494	35.339
Hessen	86.056	3.569	2.228	3.608	3.047	98.508
Mecklenburg- Vorpommern	22.088	1.864	589	1.225	822	26.588
Niedersachsen	102.218	2.831	3.633	1.546	2.947	113.175
Nordrhein- Westfalen	225.640	10.616	7.587	12.641	5.995	262.479
Rheinland-Pfalz	46.668	1.969	1.018	1.915	1.558	53.128
Saarland	16.216	271	379	412	194	17.472
Sachsen	55.889	3.772	1.473	1.073	1.550	63.757
Sachsen-Anhalt	29.180	2.223	847	1.329	591	34.170
Schleswig-Holstein	35.175	3.295	1.051	1.280	1.167	41.968
Thüringen	29.432	3.324	703	633	829	34.921

Stichtag 31.12.2024	§ 24 AufenthG	Fiktionsbe- scheinigung	Schutzgesuch geäußert	Antrag nach § 24 AufenthG ge- stellt	ohne bisheriges Schutzgesuch und Titelertei- lung	Summe
alle Staatsange- hörigkeiten	1.055.369	62.255	38.237	49.882	36.029	1.241.772
darunter:						
Ukraine	1.025.874	58.530	33.420	48.787	36.029	1.202.640
Russische Föd.	4.303	234	264	152		4.953

Stichtag 31.12.2024	§ 24 AufenthG	Fiktionsbescheinigung	Schutzgesuch geäußert	Antrag nach § 24 AufenthG ge- stellt	ohne bisheriges Schutzgesuch und Titelertei- lung	Summe
Aserbaidschan	3.139	223	192	117		3.671
Vietnam	2.386	73	90	85		2.634
Georgien	2.106	142	97	98		2.443
Armenien	2.028	124	95	46		2.293
Nigeria	781	545	751	36		2.113
Moldau (Rep.)	1.695	83	87	90		1.955
Marokko	616	442	719	37		1.814
Turkmenistan	561	388	445	48		1.442
Türkei	1.017	138	191	46		1.392
Iran	991	71	157	9		1.228
Afghanistan	1.045	35	121	18		1.219
Syrien	1.042	31	81	28		1.182
Usbekistan	697	65	54	18		834

Zum Stichtag 31. März 2025 waren 1 084 253 Personen mit einer Aufenthaltserlaubnis nach § 24 AufenthG erfasst, bei 56 222 Personen wurde eine Fiktionsbescheinigung ausgestellt, 35 308 Personen haben ein Schutzgesuch geäußert. 43 690 Personen haben einen Antrag nach § 24 AufenthG gestellt, 35 786 Personen haben bisher kein Schutzgesuch geäußert und keinen Titel erteilt bekommen. Die weiteren Angaben können den nachfolgenden Tabellen entnommen werden.

Stichtag 31.03.2025	Personen, denen ein Aufenthaltstitel nach § 24 AufenthG (vor- übergehender Schutz) erteilt wurde	Personen, denen eine Fiktionsbescheinigung aus- gestellt wurde	Personen, die ein Schutzge- such geäußert haben	Personen, die einen Antrag nach § 24 AufenthG gestellt ha- ben	Eingereiste ukrainische Staatsangehörige ohne bishe- riges Schutzge- such und Titel- erteilung	Summe
Summe	1.084.253	56.222	35.308	43.690	35.786	1.255.259
unbekannt	1.835	84	34	84	329	2.366
männlich	441.424	26.321	15.733	21.748	16.213	521.439
weiblich	640.937	29.812	19.536	21.851	19.240	731.376
divers	57	5	5	7	4	78
unter 18	303.867	17.934	10.080	11.131	16.637	359.649
18 und älter	780.376	38.286	25.217	32.559	19.145	895.583
Alter un- bekannt	10	2	11	0	4	27

Stichtag 31.03.2025	§ 24 AufenthG	Fiktionsbescheinigung	Schutzgesuch geäußert	Antrag nach § 24 AufenthG gestellt	ohne bisheriges Schutzgesuch und Titelertei- lung	Summe
gesamt	1.084.253	56.222	35.308	43.690	35.786	1.255.259
Baden- Württemberg	140.853	12.146	4.930	5.868	5.486	169.283
Bayern	150.848	10.491	6.892	7.516	5.161	180.908
Berlin	54.220	843	4.032	7.002	4.135	70.232
Brandenburg	26.937	993	816	683	1.477	30.906
Bremen	12.579	240	470	392	413	14.094
Hamburg	32.310	1.356	336	721	400	35.123

Stichtag 31.03.2025	§ 24 AufenthG	Fiktionsbescheinigung	Schutzgesuch geäußert	Antrag nach § 24 AufenthG gestellt	ohne bisheriges Schutzgesuch und Titelerteilung	Summe
Hessen	88.141	3.151	2.045	3.093	3.019	99.449
Mecklenburg- Vorpommern	22.769	1.598	567	1.204	844	26.982
Niedersachsen	103.228	2.388	2.762	1.351	3.115	112.844
Nordrhein- Westfalen	234.504	9.815	7.277	9.732	6.001	267.329
Rheinland- Pfalz	47.571	1.780	944	1.756	1.466	53.517
Saarland	16.339	249	342	358	219	17.507
Sachsen	56.909	3.436	1.428	981	1.591	64.345
Sachsen- Anhalt	29.988	2.024	831	978	625	34.446
Schleswig- Holstein	36.554	2.918	998	1.515	1.037	43.022
Thüringen	30.503	2.794	638	540	797	35.272

Stichtag 31.03.2025	§ 24 AufenthG	Fiktionsbe- scheinigung	Schutzgesuch geäußert	Antrag nach § 24 AufenthG gestellt	ohne bisheriges Schutzgesuch und Titelerteilung	Summe
alle Staatsangehörigkeiten	1.084.253	56.222	35.308	43.690	35.786	1.255.259
darunter:						
Ukraine	1.054.416	52.958	30.721	42.442	35.786	1.216.323
Russische Föd.	4.360	212	238	122		4.932
Aserbaidschan	3.211	191	176	115		3.693
Vietnam	2.497	70	81	53		2.701
Georgien	2.165	117	78	94		2.454
Armenien	2.044	103	93	42		2.282
Nigeria	790	503	713	75		2.081
Moldau (Rep.)	1.740	77	78	59		1.954
Marokko	614	405	674	104		1.797
Turkmenistan	560	258	499	73		1.390
Türkei	1.035	119	162	61		1.377
Afghanistan	1.054	27	123	23		1.227
Iran	970	66	134	34		1.204
Syrien	1.042	22	85	27		1.176
Usbekistan	701	60	53	19		833

14. Wie viele Personen lebten zum 31. Dezember 2024 in der Bundesrepublik Deutschland, denen eine Aufenthaltserlaubnis nach § 25 Absatz 4 AufenthG erteilt wurde (bitte nach Geschlecht, Alter über 17 oder unter 18 Jahren, Aufenthalt seit mehr oder weniger als sechs Jahren, Bundesländern, den 15 wichtigsten Herkunftsländern und nach § 25 Absatz 4 Satz 1 bzw. 2 AufenthG differenzieren), und wie viele von ihnen erhielten diesen Status erstmalig im Jahr 2024?

Zum Stichtag 31. Dezember 2024 waren 16 176 Personen mit einer Aufenthaltserlaubnis nach § 25 Absatz 4 AufenthG erfasst, davon 7 531 nach § 25 Absatz 4 Satz 1 AufenthG sowie 8 645 nach § 25 Absatz 4 Satz 2 AufenthG.

2 144 Personen waren unter 18 Jahre alt und 14 032 Personen 18 Jahre und älter. 1 032 Personen erhielten diesen Status erstmals im Jahr 2024. Die weiteren Angaben können den nachfolgenden Tabellen entnommen werden.

Personen mit Aufenthaltserlaubnis nach § 25 Absatz 4 AufenthG	§ 25 Absatz 4 Satz 1 AufenthG	§ 25 Absatz 4 Satz 2 AufenthG	Summe
Summe	7.531	8.645	16.176
männlich	3.826	3.784	7.610
unbekannt	48	12	60
weiblich	3.657	4.849	8.506

Personen mit Aufenthaltserlaubnis nach § 25 Absatz 4 AufenthG	§ 25 Absatz 4 Satz 1 AufenthG	§ 25 Absatz 4 Satz 2 AufenthG	Summe
Aufenthaltsdauer	7.531	8.645	16.176
weniger als 6 Jahre	2.170	783	2.953
6 Jahre und länger	5.360	7.861	13.221
unbekannt	1	1	2

Personen mit Aufenthaltserlaubnis nach § 25 Absatz 4 AufenthG	§ 25 Absatz 4 Satz 1 AufenthG	§ 25 Absatz 4 Satz 2 AufenthG	Summe
Summe	7.531	8.645	16.176
Baden-Württemberg	377	253	630
Bayern	1.036	319	1.355
Berlin	1.873	1.214	3.087
Brandenburg	45	51	96
Bremen	127	175	302
Hamburg	868	330	1.198
Hessen	759	295	1.054
Mecklenburg-Vorpommern	21	213	234
Niedersachsen	481	1.861	2.342
Nordrhein-Westfalen	1.655	3.346	5.001
Rheinland-Pfalz	136	214	350
Saarland	30	96	126
Sachsen	30	71	101
Sachsen-Anhalt	21	116	137
Schleswig-Holstein	60	69	129
Thüringen	12	22	34

Personen mit Aufenthaltserlaubnis nach § 25 Absatz 4 AufenthG	§ 25 Absatz 4 Satz 1 AufenthG	§ 25 Absatz 4 Satz 2 AufenthG	Summe
Summe	7.531	8.645	16.176
darunter:			
Türkei	479	1.501	1.980
Russische Föd.	1.032	260	1.292

Personen mit Aufenthaltserlaubnis nach § 25 Absatz 4 AufenthG	§ 25 Absatz 4 Satz 1 AufenthG	§ 25 Absatz 4 Satz 2 AufenthG	Summe
Serbien	126	1.090	1.216
Libyen	1.137	42	1.179
Kosovo	140	1.026	1.166
Saudi-Arabien	611	14	625
Libanon	54	506	560
Kuwait	477	23	500
Katar	472	10	482
Bosnien und Herzegowina	74	353	427
Irak	191	226	417
Vereinigte Arabische Emirate	367	16	383
ungeklärt	38	313	351
Nordmazedonien	76	263	339
Syrien	99	237	336

15. Wie viele Personen lebten zum 31. Dezember 2024 in der Bundesrepublik Deutschland, denen eine Aufenthaltserlaubnis nach § 25 Absatz 4a bzw. 4b (bitte differenzieren) AufenthG erteilt wurde (bitte nach Geschlecht, Alter über 17 oder unter 18 Jahren, Aufenthalt seit mehr oder weniger als sechs Jahren, Bundesländern und den 15 wichtigsten Herkunftsländern differenzieren), und wie viele von ihnen erhielten diesen Status erstmalig im Jahr 2024?

Zum Stichtag 31. Dezember 2024 waren 92 Personen mit einer Aufenthaltserlaubnis (AE) nach § 25 Absatz 4a und 4b AufenthG erfasst. Davon waren sechs Personen unter 18 Jahre alt und 86 Personen über 17 Jahre alt. 21 Personen erhielten diesen Status erstmals im Jahr 2024. Die weiteren Angaben können den nachfolgenden Tabellen entnommen werden:

AE nach § 25 Abs. 4a und 4b AufenthG	§ 25 Abs. 4a AufenthG	§ 25 Abs. 4b AufenthG	Summe
Summe	82	10	92
männlich	24	5	29
weiblich	57	5	62
unbekannt	1	0	1
Aufenthaltsdauer	82	10	92
weniger als 6 Jahre	32	2	34
6 Jahre oder länger	50	8	58

Personen mit Aufenthaltserlaubnis nach § 25 Absatz 4a und 4b AufenthG	§ 25 Abs. 4a AufenthG	§ 25 Abs. 4b AufenthG	Summe
Länder insgesamt	82	10	92
davon:			
Baden-Württemberg	5	0	5
Bayern	8	0	8
Berlin	14	0	14
Brandenburg	2	1	3
Bremen	3	1	4
Hamburg	16	2	18

Personen mit Aufenthaltserlaubnis nach § 25 Absatz 4a und 4b AufenthG	§ 25 Abs. 4a AufenthG	§ 25 Abs. 4b AufenthG	Summe
Hessen	5	0	5
Mecklenburg-Vorpommern	0	0	0
Niedersachsen	6	2	8
Nordrhein-Westfalen	16	4	20
Rheinland-Pfalz	0	0	0
Saarland	4	0	4
Sachsen	2	0	2
Sachsen-Anhalt	1	0	1
Schleswig-Holstein	0	0	0
Thüringen	0	0	0

Personen mit Aufenthaltserlaubnis nach § 25 Absatz 4a und 4b AufenthG	§ 25 Abs. 4a AufenthG	§ 25 Abs. 4b AufenthG	Summe
alle Staatsangehörigkeiten	82	10	92
darunter:			
Bulgarien	14	0	14
Indien	8	0	8
Nigeria	7	1	8
Rumänien	7	0	7
Ukraine	5	0	5
Simbabwe	4	0	4
Albanien	4	0	4
Thailand	4	0	4
die übrigen Staatsangehörigkeiten haben einen Wert (Summe) von 2 oder weniger			

16. Wie viele Personen lebten zum 31. Dezember 2024 in der Bundesrepublik Deutschland, denen eine Aufenthaltserlaubnis nach § 25 Absatz 5 AufenthG erteilt wurde (bitte nach Geschlecht, Alter über 17 oder unter 18 Jahren, Aufenthalt seit mehr oder weniger als sechs Jahren, Bundesländern und den 15 wichtigsten Herkunftsländern differenzieren), und wie viele von ihnen erhielten diesen Status erstmalig im Jahr 2024?

Zum Stichtag 31. Dezember 2024 lebten 55 675 Personen mit einer Aufenthaltserlaubnis nach § 25 Absatz 5 AufenthG in Deutschland, davon 30 432 männliche und 25 185 weibliche sowie 58 Personen mit unbekanntem Geschlecht. 17 186 Personen waren unter 18 Jahre alt, 38 487 Personen über 17 Jahre alt und bei zwei Personen ist das Alter unbekannt. 42 948 Personen lebten seit sechs Jahren oder länger in Deutschland 12 720 Personen weniger als sechs Jahre. Bei sieben Personen ist die Aufenthaltsdauer unbekannt. 4 900 Personen erhielten diesen Status erstmals im Jahr 2024. Die weiteren Angaben können den nachfolgenden Tabellen entnommen werden.

Personen mit Aufenthaltserlaubnis nach § 25 Abs. 5 AufenthG	
Länder insgesamt	55.675
davon:	
Baden-Württemberg	2.030
Bayern	2.795

Personen mit Aufenthaltserlaubnis nach § 25 Abs. 5 AufenthG	
Berlin	7.720
Brandenburg	1.403
Bremen	3.876
Hamburg	4.075
Hessen	1.925
Mecklenburg-Vorpommern	449
Niedersachsen	5.009
Nordrhein-Westfalen	18.763
Rheinland-Pfalz	1.807
Saarland	333
Sachsen	1.458
Sachsen-Anhalt	1.382
Schleswig-Holstein	1.927
Thüringen	723

Personen mit Aufenthaltserlaubnis nach § 25 Abs. 5 AufenthG	
alle Staatsangehörigkeiten	55.675
darunter:	
Serbien	7.274
Kosovo	4.777
Türkei	3.615
Nigeria	3.010
Vietnam	2.986
Ghana	2.810
Nordmazedonien	2.678
Russische Föderation	2.165
Albanien	1.883
Afghanistan	1.849
Irak	1.791
ungeklärt	1.704
Bosnien und Herzegowina	1.686
Armenien	1.652
Libanon	1.049

17. Wie viele Personen lebten zum 31. Dezember 2024 in der Bundesrepublik Deutschland mit einer Aufenthaltserlaubnis nach § 25a AufenthG (bitte nach Geschlecht, Alter über 17 oder unter 18 Jahren, Unterabsätzen bzw. Sätzen, Bundesländern und den 15 wichtigsten Herkunftsländern differenzieren, wobei die Differenzierung nach Bundes- und Herkunftsländern für § 25a AufenthG insgesamt, d. h. ohne weitere Untergliederung, vorgenommen werden soll), wie viele mit einer Duldung nach § 60a Absatz 2b AufenthG, wie viele mit einer Aufenthaltserlaubnis nach § 25b AufenthG (bitte wie oben differenzieren), wie viele von ihnen hatten zuvor eine Aufenthaltserlaubnis nach § 104c AufenthG, wie viele von ihnen erhielten diesen Status erstmalig im Jahr 2024, und wie lauten die entsprechenden Angaben zum Stand 31. März 2025 (bitte wie zuvor differenzieren)?

Zum Stichtag 31. Dezember 2024 waren 21 700 Personen mit einer Aufenthaltserlaubnis nach § 25a AufenthG, 376 Personen mit einer Duldung nach § 60a Abs. 2b AufenthG und 45 733 Personen mit einer Aufenthaltserlaubnis nach § 25b AufenthG aufhältig.

2 559 Personen erhielten die Aufenthaltserlaubnis nach § 25a AufenthG erstmals im Jahr 2024. 148 Personen erhielten eine Duldung nach § 60a Absatz 2b

AufenthG erstmals im Jahr 2024 und 7 603 Personen erhielten die Aufenthaltserlaubnis nach § 25b AufenthG erstmals im Jahr 2024.

9 704 Personen besaßen zuvor einen Aufenthaltstitel nach § 104c AufenthG. Die weiteren Angaben zum Stichtag 31. Dezember 2024 können den nachfolgenden Tabellen entnommen werden.

Aufenthaltserlaubnis nach § 25a AufenthG	§ 25a Abs. 1	§ 25a Abs. 2 Satz 1	§ 25a Abs. 2 Satz 2	§ 25a Abs. 2 Satz 3	§ 25a Abs. 2 Satz 5	Summe
insgesamt	18.680	1.834	809	74	303	21.700
männlich	11.667	873	437	31	163	13.171
weiblich	6.988	958	369	43	140	8.498
divers	1	0	0	0	0	1
unbekannt	24	3	3	0	0	30
unter 18 Jahre	4.170	71	722	13	268	5.244
18 Jahre oder älter	14.503	1.763	87	61	35	16.449
unbekannt	7	0	0	0	0	7

Aufenthaltserlaubnis nach § 25a AufenthG	Summe
Länder insgesamt	21.700
Baden-Württemberg	2.197
Bayern	2.437
Berlin	1.286
Brandenburg	561
Bremen	547
Hamburg	580
Hessen	946
Mecklenburg-Vorpommern	305
Niedersachsen	2.428
Nordrhein-Westfalen	6.996
Rheinland-Pfalz	871
Saarland	119
Sachsen	701
Sachsen-Anhalt	272
Schleswig-Holstein	1.220
Thüringen	234

Aufenthaltserlaubnis nach § 25a AufenthG	
insgesamt	21.700
darunter:	
Irak	2.951
Afghanistan	2.614
Russische Föderation	2.052
Albanien	1.140
Armenien	1.129
Serbien	1.002
Kosovo	967
Türkei	803
Guinea	753
Aserbaidshan	696
Iran	658
Libanon	651
Nordmazedonien	508
Georgien	480
Pakistan	400

Duldung nach § 60a Abs. 2b AufenthG	
Länder insgesamt	376
davon:	
Baden-Württemberg	16
Bayern	26
Berlin	51
Brandenburg	15
Bremen	2
Hamburg	8
Hessen	10
Mecklenburg-Vorpommern	21
Niedersachsen	68
Nordrhein-Westfalen	78
Rheinland-Pfalz	25
Saarland	0
Sachsen	18
Sachsen-Anhalt	1
Schleswig-Holstein	32
Thüringen	5

Duldung nach § 60a Abs. 2b AufenthG	
insgesamt	376
darunter:	
Russische Föderation	75
Irak	43
Türkei	36
Albanien	25
Serbien	25
Georgien	24
Aserbajdschan	21
Pakistan	18
Nordmazedonien	13
Armenien	11
Syrien	10
Ukraine	8
Afghanistan	8
Kosovo	8
ungeklärt	7

Aufenthaltserlaubnis nach § 25b AufenthG	§ 25b Abs. 1 Satz 1	§ 25b Abs. 4 (minderjähriges Kind)	§ 25b Abs. 4 (Ehegatte/Lebenspartner)	Summe
insgesamt	31.056	11.988	2.689	45.733
männlich	24.115	6.169	442	30.726
weiblich	6.928	5.802	2.245	14.975
unbekannt	13	17	2	32
unter 18 Jahre	247	11.826	355	12.428
18 Jahre oder älter	30.804	162	2334	33.300
unbekannt	5	0	0	5

Aufenthaltserlaubnis nach § 25b AufenthG	
insgesamt	45.733
Baden-Württemberg	6.477
Bayern	5.416

Aufenthaltserlaubnis nach § 25b AufenthG	
Berlin	2.464
Brandenburg	853
Bremen	874
Hamburg	996
Hessen	2.130
Mecklenburg-Vorpommern	392
Niedersachsen	4.503
Nordrhein-Westfalen	15.015
Rheinland-Pfalz	1.974
Saarland	164
Sachsen	1.086
Sachsen-Anhalt	420
Schleswig-Holstein	2.469
Thüringen	500

Aufenthaltserlaubnis nach § 25b AufenthG	
insgesamt	45.733
darunter:	
Irak	7.751
Iran	3.166
Nigeria	2.953
Afghanistan	2.732
Pakistan	2.367
Armenien	2.321
Russische Föderation	2.051
Aserbaidshjan	1.689
Libanon	1.535
Albanien	1.439
Türkei	1.373
Gambia	1.327
Kosovo	1.222
Serbien	1.042
Guinea	816

Aufhältige Personen mit einem Aufenthaltstitel nach § 25a oder § 25b AufenthG, die davor einen Titel nach § 104c AufenthG hatten	
insgesamt	9.704
nach § 25b Abs. 1 Satz 1 AufenthG (Aufenthaltsgewährung bei nachhaltiger Integration: integrierter Ausländer)	6.845
nach § 25b Abs. 4 AufenthG (Aufenthaltsgewährung bei nachhaltiger Integration: minderjähriges Kind)	1.473
nach § 25a Abs. 1 AufenthG (Aufenthaltsgewährung bei gut integrierten Jugendlichen und jungen Volljährigen)	973
nach § 25b Abs. 4 AufenthG (Aufenthaltsgewährung bei nachhaltiger Integration: Ehegatte/Lebenspartner)	324
nach § 25a Abs. 2 Satz 1 AufenthG (Aufenthaltsgewährung bei gut integrierten Jugendlichen und jungen Volljährigen: Eltern)	36
nach § 25a Abs. 2 Satz 2 AufenthG (Aufenthaltsgewährung bei gut integrierten Jugendlichen und jungen Volljährigen: Geschwister)	28

Aufhältige Personen mit einem Aufenthaltstitel nach § 25a oder § 25b AufenthG, die davor einen Titel nach § 104c AufenthG hatten	
nach § 25a Abs. 2 Satz 5 AufenthG (Aufenthaltsgewährung bei gut integrierten Jugendlichen und jungen Volljährigen: minderjährige ledige Kinder)	19
nach § 25a Abs. 2 Satz 3 AufenthG (Aufenthaltsgewährung bei gut integrierten Jugendlichen und jungen Volljährigen: Ehegatte/Lebenspartner)	6

Aufhältige Personen mit einem Aufenthaltstitel nach § 25a oder § 25b AufenthG, die davor einen Titel nach § 104c AufenthG hatten	nach § 25a Abs. 1 AufenthG	nach § 25a Abs. 2 Satz 3 AufenthG	nach § 25a Abs. 2 Satz 5 AufenthG	nach § 25a Abs. 2 Satz 1 AufenthG	nach § 25a Abs. 2 Satz 2 AufenthG	nach § 25b Abs. 1 Satz 1 AufenthG	nach § 25b Abs. 4 AufenthG	nach § 25b Abs. 4 (mind. Kind) AufenthG	insgesamt
insgesamt	973	6	19	36	28	6.845	324	1.473	9.704
Baden-Württemberg	86	1	1	4	0	1.313	31	199	1.635
Bayern	119	1	0	9	8	1.000	61	288	1.486
Berlin	112	0	0	2	3	473	31	142	763
Brandenburg	29	3	0	2	0	93	6	13	146
Bremen	7	0	0	2	0	46	4	12	71
Hamburg	17	0	0	0	0	83	2	11	113
Hessen	39	1	3	1	0	383	9	33	469
Mecklenburg-Vorpommern	10	0	0	0	0	49	2	14	75
Niedersachsen	109	0	3	4	7	865	36	143	1.167
Nordrhein-Westfalen	303	0	10	6	8	1.684	97	422	2.530
Rheinland-Pfalz	30	0	0	3	0	226	15	45	319
Saarland	4	0	0	0	0	12	0	1	17
Sachsen	44	0	0	2	1	181	11	42	281
Sachsen-Anhalt	9	0	0	0	0	98	1	16	124
Schleswig-Holstein	36	0	2	1	1	280	16	82	418
Thüringen	19	0	0	0	0	59	2	10	90

Aufhältige Personen mit einem Aufenthaltstitel nach § 25a oder § 25b AufenthG, die davor einen Titel nach § 104c AufenthG hatten	nach § 25a Abs. 1 AufenthG	nach § 25a Abs. 2 Satz 3 AufenthG	nach § 25a Abs. 2 Satz 5 AufenthG	nach § 25a Abs. 2 Satz 1 AufenthG	nach § 25a Abs. 2 Satz 2 AufenthG	nach § 25b Abs. 1 Satz 1 AufenthG	nach § 25b Abs. 4 AufenthG	nach § 25b Abs. 4 (mind. Kind) AufenthG	insgesamt
insgesamt	973	6	19	36	28	6.845	324	1.473	9.704
darunter:									
Irak	224	0	3	6	9	1.416	103	329	2.090
Nigeria	19	0	0	4	5	493	24	213	758
Pakistan	31	0	0	1	0	525	13	32	602
Iran	28	2	2	1	0	456	24	56	569
Gambia	16	0	0	0	0	500	1	10	527

Aufhältige Personen mit einem Aufenthaltstitel nach § 25a oder § 25b AufenthG, die davor einen Titel nach § 104c AufenthG hatten	nach § 25a Abs. 1 AufenthG	nach § 25a Abs. 2 Satz 3 AufenthG	nach § 25a Abs. 2 Satz 5 AufenthG	nach § 25a Abs. 2 Satz 1 AufenthG	nach § 25a Abs. 2 Satz 2 AufenthG	nach § 25b Abs. 1 Satz 1 AufenthG	nach § 25b Abs. 4 AufenthG	nach § 25b Abs. 4 (mind. Kind) AufenthG	insgesamt
Afghanistan	53	0	0	0	0	352	2	4	411
Libanon	63	0	0	1	0	236	18	78	396
Russische Föd.	100	3	6	4	5	139	20	106	383
Armenien	44	0	1	2	1	177	16	100	341
Guinea	50	0	0	0	0	274	2	3	329
Äthiopien	17	0	0	0	0	222	7	33	279
Aserbajdschan	26	1	1	1	1	119	18	91	258
Elfenbeinküste (Côte d'Ivoire)	4	0	0	0	0	188	1	7	200
Indien	13	0	0	0	0	111	12	35	171
ungeklärt	32	0	0	0	0	94	8	31	165

Zum Stichtag 31. März 2025 waren 21 715 Personen mit einer Aufenthaltserlaubnis nach § 25a AufenthG, 423 Personen mit einer Duldung nach § 60a Absatz 2b AufenthG und 50 321 Personen mit einer Aufenthaltserlaubnis nach § 25b AufenthG aufhältig.

320 Personen erhielten die Aufenthaltserlaubnis nach § 25a AufenthG erstmals im Jahr 2025. 88 Personen erhielten eine Duldung nach § 60a Absatz 2b AufenthG erstmals im Jahr 2025, 1 010 Personen erhielten die Aufenthaltserlaubnis nach § 25b AufenthG erstmals im Jahr 2025.

14 880 Personen besaßen zuvor einen Aufenthaltstitel nach § 104c AufenthG.

Die weiteren Angaben zum Stichtag 31. März 2025 können den nachfolgenden Tabellen entnommen werden.

Aufenthaltserlaubnis nach § 25a AufenthG	§ 25a Abs. 1	§ 25a Abs. 2 Satz 1	§ 25a Abs. 2 Satz 2	§ 25a Abs. 2 Satz 3	§ 25a Abs. 2 Satz 5	Summe
insgesamt	18.727	1.836	779	68	305	21.715
männlich	11.598	878	426	29	158	13.089
weiblich	7.105	955	350	39	147	8.596
divers	1	0	0	0	0	1
unbekannt	23	3	3	0	0	29
unter 18 Jahre	4.218	79	694	11	266	5.268
18 Jahre oder älter	14.506	1.757	85	57	39	16.444
unbekannt	3	0	0	0	0	3

Aufenthaltserlaubnis nach § 25a AufenthG	Summe
Länder insgesamt	21.715
Baden-Württemberg	2.211
Bayern	2.405
Berlin	1.359
Brandenburg	586
Bremen	575
Hamburg	348
Hessen	972
Mecklenburg-Vorpommern	331
Niedersachsen	2.484

Aufenthaltserlaubnis nach § 25a AufenthG	Summe
Nordrhein-Westfalen	6.919
Rheinland-Pfalz	903
Saarland	114
Sachsen	719
Sachsen-Anhalt	284
Schleswig-Holstein	1.254
Thüringen	251

Aufenthaltserlaubnis nach § 25a AufenthG	
insgesamt	21.715
darunter:	
Irak	3.102
Afghanistan	2.391
Russische Föderation	2.133
Armenien	1.120
Albanien	1.106
Serbien	960
Kosovo	956
Türkei	838
Guinea	758
Aserbaidschan	695
Libanon	675
Iran	654
Nordmazedonien	530
Georgien	461
Pakistan	410

Duldung nach § 60a Abs. 2b AufenthG	
Länder insgesamt	423
davon:	
Baden-Württemberg	16
Bayern	24
Berlin	59
Brandenburg	14
Bremen	0
Hamburg	12
Hessen	4
Mecklenburg-Vorpommern	22
Niedersachsen	86
Nordrhein-Westfalen	110
Rheinland-Pfalz	18
Saarland	0
Sachsen	18
Sachsen-Anhalt	5
Schleswig-Holstein	30
Thüringen	5

Duldung nach § 60a Abs. 2b AufenthG	
insgesamt	423
darunter:	
Russische Föderation	79
Irak	53
Türkei	36

Duldung nach § 60a Abs. 2b AufenthG	
Albanien	26
Serbien	26
Georgien	24
Aserbaidschan	18
Pakistan	18
Nordmazedonien	18
ungeklärt	15
Ukraine	14
Syrien	12
Armenien	11
Iran	11
Kosovo	8

Aufenthaltserlaubnis nach § 25b AufenthG	§ 25b Abs. 1 Satz 1	§ 25b Abs. 4 (minderjähriges Kind)	§ 25b Abs. 4 (Ehegatte/Lebenspartner)	Summe
Summe	34.317	13.123	2.881	50.321
männlich	26.656	6.740	464	33.860
weiblich	7.648	6.365	2.415	16.428
unbekannt	13	18	2	33
unter 18 Jahre	271	12.934	361	13.566
18 Jahre oder älter	34.041	189	2.520	36.750
unbekannt	5	0	0	5

Aufenthaltserlaubnis nach § 25b AufenthG	Summe
insgesamt	50.321
nach § 25b Abs. 1 Satz 1 AufenthG (Aufenthaltsgewährung bei nachhaltiger Integration: integrierter Ausländer)	34.317
nach § 25b Abs. 4 AufenthG (Aufenthaltsgewährung bei nachhaltiger Integration: Minderjähriges Kind)	13.123
nach § 25b Abs. 4 AufenthG (Aufenthaltsgewährung bei nachhaltiger Integration: Ehegatte/Lebenspartner)	2.881

Aufenthaltserlaubnis nach § 25b AufenthG	
insgesamt	50.321
Baden-Württemberg	7.234
Bayern	6.056
Berlin	2.911
Brandenburg	1.016
Bremen	970
Hamburg	688
Hessen	2.450
Mecklenburg-Vorpommern	449
Niedersachsen	5.043
Nordrhein-Westfalen	16.092
Rheinland-Pfalz	2.123
Saarland	178
Sachsen	1.206
Sachsen-Anhalt	530
Schleswig-Holstein	2.785
Thüringen	590

Aufenthaltserlaubnis nach § 25b AufenthG	
insgesamt	50.321
darunter:	
Irak	8.564
Nigeria	3.551
Iran	3.515
Afghanistan	2.820
Pakistan	2.588
Armenien	2.544
Russische Föderation	2.291
Aserbaidschan	1.831
Libanon	1.665
Türkei	1.541
Gambia	1.509
Albanien	1.441
Kosovo	1.262
Serbien	1.070
Guinea	974

Aufhältige Personen mit einem Aufenthaltstitel nach § 25a oder § 25b AufenthG, die davor einen Titel nach § 104c AufenthG hatten	
insgesamt	14.880
nach § 25b Abs. 1 Satz 1 AufenthG (Aufenthaltsgewährung bei nachhaltiger Integration: integrierter Ausländer)	10.176
nach § 25b Abs. 4 AufenthG (Aufenthaltsgewährung bei nachhaltiger Integration: minderjähriges Kind)	2.468
nach § 25a Abs. 1 AufenthG (Aufenthaltsgewährung bei gut integrierten Jugendlichen und jungen Volljährigen)	1.556
nach § 25b Abs. 4 AufenthG (Aufenthaltsgewährung bei nachhaltiger Integration: Ehegatte/Lebenspartner)	524
nach § 25a Abs. 2 Satz 1 AufenthG (Aufenthaltsgewährung bei gut integrierten Jugendlichen und jungen Volljährigen: Eltern)	77
nach § 25a Abs. 2 Satz 2 AufenthG (Aufenthaltsgewährung bei gut integrierten Jugendlichen und jungen Volljährigen: Geschwister)	48
nach § 25a Abs. 2 Satz 5 AufenthG (Aufenthaltsgewährung bei gut integrierten Jugendlichen und jungen Volljährigen: minderjährige ledige Kinder)	25
nach § 25a Abs. 2 Satz 3 AufenthG (Aufenthaltsgewährung bei gut integrierten Jugendlichen und jungen Volljährigen: Ehegatte/Lebenspartner)	6

Aufhältige Personen mit einem Aufenthaltstitel nach § 25a oder § 25b AufenthG, die davor einen Titel nach § 104c AufenthG hatten	nach § 25a Abs. 1 AufenthG	nach § 25a Abs. 2 Satz 3 AufenthG	nach § 25a Abs. 2 Satz 5 AufenthG	nach § 25a Abs. 2 S. 1 AufenthG	nach § 25a Abs. 2 Satz 2 AufenthG	nach § 25b Abs. 1 Satz 1 AufenthG	nach § 25b Abs. 4 AufenthG	nach § 25b Abs. 4 AufenthG	insgesamt
insgesamt	1.556	6	25	77	48	10.176	524	2.468	14.880
Baden-Württemberg	141	1	1	9	0	1.880	50	308	2.390
Bayern	164	1	0	11	8	1.414	92	457	2.147

Aufhältige Personen mit einem Aufenthaltstitel nach § 25a oder § 25b AufenthG, die davor einen Titel nach § 104c AufenthG hatten	nach § 25a Abs. 1 AufenthG	nach § 25a Abs. 2 Satz 3 AufenthG	nach § 25a Abs. 2 Satz 5 AufenthG	nach § 25a Abs. 2 S. 1 AufenthG	nach § 25a Abs. 2 Satz 2 AufenthG	nach § 25b Abs. 1 Satz 1 AufenthG	nach § 25b Abs. 4 AufenthG	nach § 25b Abs. 4 AufenthG	insgesamt
Berlin	202	0	0	3	4	733	57	239	1.238
Brandenburg	63	3	3	3	1	192	12	39	316
Bremen	16	0	0	4	4	77	7	35	143
Hamburg	19	0	0	2	1	84	2	9	117
Hessen	64	1	4	6	0	602	21	64	762
Mecklenburg-Vorpommern	23	0	0	0	0	81	5	26	135
Niedersachsen	192	0	4	16	16	1.223	61	274	1.786
Nordrhein-Westfalen	443	0	11	9	11	2.512	142	673	3.801
Rheinland-Pfalz	41	0	0	5	0	325	18	73	462
Saarland	4	0	0	0	0	22	0	1	27
Sachsen	71	0	0	5	2	295	15	59	447
Sachsen-Anhalt	26	0	0	2	0	172	6	42	248
Schleswig-Holstein	53	0	2	2	1	454	30	146	688
Thüringen	34	0	0	0	0	110	6	23	173

Aufhältige Personen mit einem Aufenthaltstitel nach § 25a oder § 25b AufenthG, die davor einen Titel nach § 104c AufenthG hatten	nach § 25a Abs. 1 AufenthG	nach § 25a Abs. 2 Satz 3 AufenthG	nach § 25a Abs. 2 Satz 5 AufenthG	nach § 25a Abs. 2 S. 1 AufenthG	nach § 25a Abs. 2 Satz 2 AufenthG	nach § 25b Abs. 1 Satz 1 AufenthG	nach § 25b Abs. 4 AufenthG	nach § 25b Abs. 4	insgesamt
insgesamt	1.556	6	25	77	48	10.176	524	2.468	14.880
darunter:									
Irak	348	0	4	10	11	2.007	164	508	3.052
Nigeria	39	0	0	4	5	752	33	347	1.180
Pakistan	39	0	0	2	0	751	18	51	861
Iran	41	2	2	3	0	659	33	92	832
Russische Föd.	209	3	7	18	18	254	41	239	789
Gambia	24	0	0	0	0	688	1	11	724
Afghanistan	71	0	0	2	0	535	4	9	621
Libanon	99	0	0	2	1	343	31	135	611
Armenien	63		1	1	1	291	33	168	558
Guinea	66	0	0	0	0	408	1	3	478
Äthiopien	17	0	0	1	0	300	12	65	395
Aserbaidschan	35	1	1	1	1	195	31	127	392
Türkei	58	0	3	4	3	177	7	77	329
Elfenbeinküste (Côte d'Ivoire)	5	0	0	0	0	245	2	10	262
ungeklärt	47	0	0	0	0	153	14	47	261

18. Wie viele Personen lebten zum 31. Dezember 2024 in der Bundesrepublik Deutschland, denen eine Duldung erteilt wurde (bitte nach Geschlecht, Alter über 17 oder unter 18 Jahren, Aufenthalt seit mehr oder weniger als drei, vier, fünf, sechs, acht, zehn, zwölf und 15 Jahren, nach Bundesländern, nach Alter (0 bis 11, 12 bis 15, 16 und 17, 18 bis 20, 21 bis 29, 30 bis 39, 40 bis 49, 50 bis 59, 60 bis 69 Jahre und älter als 70 Jahre) und den 15 wichtigsten Herkunftsländern differenzieren; bitte in gesonderten Tabellen eine Auflistung der genauen Duldungsgründe, so differenziert wie möglich, und der Duldungen nach den §§ 60a, 60b, 60c und 60d AufenthG, jeweils aufgelistet nach Bundesländern und den 15 wichtigsten Herkunftsländern, vornehmen), und wie viele von ihnen erhielten diesen Status erstmalig im Jahr 2024, und wie viele Geduldete hatten zuvor eine Aufenthaltserlaubnis nach § 104c AufenthG (bitte auch nach den 15 wichtigsten Herkunftsländern und den Bundesländern differenziert auflisten), und wie lauten die entsprechenden Angaben zum Stand 31. März 2025 (bitte wie zuvor differenzieren)?

Zum Stichtag 31. Dezember 2024 waren im AZR 178 512 Personen mit einer Duldung, davon 120 596 männliche und 57 659 weibliche, 241 Personen mit unbekanntem Geschlecht sowie 16 Personen als divers erfasst. 48.737 Personen waren unter 18 Jahre alt, 129 751 Personen über 17 Jahre alt und bei 24 Personen ist das Alter unbekannt. 51 506 Personen erhielten diesen Status erstmals im Jahr 2024. Die weiteren Angaben zum Stichtag 31. Dezember 2024 können den nachfolgenden Tabellen entnommen werden.

Personen mit Duldung	178.512
Aufenthaltsdauer	
0–unter 3 Jahre	76.705
3 Jahre und mehr	101.780
0–unter 4 Jahre	93.335
4 Jahre und mehr	85.150
0–unter 5 Jahre	105.604
5 Jahre und mehr	72.881
0–unter 6 Jahre	122.372
6 Jahre und mehr	56.113
0–unter 8 Jahre	143.776
8 Jahre und mehr	34.709
0–unter 10 Jahre	161.442
10 Jahre und mehr	17.043
0–unter 12 Jahre	168.425
12 Jahre und mehr	10.060
0–unter 15 Jahre	171.342
15 Jahre und mehr	7.143
Aufenthaltsdauer nicht bekannt	27

Personen mit Duldung	178.512
Alter	
0–11 Jahre	32.918
12–15 Jahre	9.471
16–17 Jahre	6.348
18–20 Jahre	7.767
21–29 Jahre	40.257
30–39 Jahre	43.565
40–49 Jahre	23.277
50–59 Jahre	9.586
60–69 Jahre	3.734

Personen mit Duldung	178.512
Alter	
70 Jahre und älter	1.565
ohne Altersangaben	24

	Duldungen insgesamt zum Stichtag 31. Dezember 2024		178.512
	davon:		
1.	Nach § 60a AufenthG (alt)	Duldung (ohne nähere Angabe)	278
2.	Nach § 60a Absatz 1 AufenthG	Duldung aufgrund eines Abschiebungsstopps (für bestimmte Ausländergruppen aus bestimmten Staaten oder in bestimmte Staaten).	2.974
3.	Nach § 60a Absatz 2 Satz 1 AufenthG	Abschiebung aus tatsächlichen oder rechtlichen Gründen unmöglich; hier: Duldung wg. fehlender Reisedokumente.	42.120
4.	Nach § 60a Absatz 2 Satz 1 AufenthG	Abschiebung aus tatsächlichen oder rechtlichen Gründen unmöglich; hier: Duldung wegen familiärer Bindungen zu Duldungsinhabern nach Nummer 1.	21.969
5.	Nach § 60a Absatz 2 Satz 1 AufenthG	Abschiebung aus tatsächlichen oder rechtlichen Gründen unmöglich; hier: Duldung aus medizinischen Gründen.	2.567
6.	Nach § 60a Absatz 2 Satz 1 AufenthG	Abschiebung aus tatsächlichen oder rechtlichen Gründen unmöglich; hier: Duldung aus sonstigen Gründen.	60.581
7.	Nach § 60a Absatz 2 Satz 2 AufenthG	Vorübergehende Anwesenheit des Ausländers für ein Strafverfahren.	140
8.	Nach § 60a Absatz 2 Satz 3 AufenthG	Sogenannte „Ermessensduldung“: Es liegen dringende humanitäre oder persönliche Gründe vor (z. B. Beendigung der Schule/Ausbildung; Betreuung kranker Familienangehöriger).	6.473
9.	Nach § 60a Absatz 2a AufenthG	Zurückschiebung oder Abschiebung ist gescheitert und Deutschland ist rechtlich zur Rückübernahme verpflichtet.	0
10.	Nach § 60a Absatz 2b AufenthG	Eltern von minderjährigen Kindern mit AE nach § 25a AufenthG (gut integrierte Jugendliche)	376
11.	Nach § 60a Absatz 2 Satz 1 AufenthG	Abschiebungshindernisse n. § 60 Abs. 1–5,7 AufenthG	6.071
12.	Nach § 60a Absatz 2 Satz 1 AufenthG	als unbegleiteter Minderjähriger gem. § 58 Abs. 1a AufenthG	3.166
13.	Nach § 60a Absatz 2 Satz 1 AufenthG	Anordnung der aufschiebenden Wirkung nach § 80 Absatz 5 VwGO	224
14.	Nach § 60a Absatz 2 Satz 1 AufenthG	bei fehlendem Absehen von einer Vollstreckung nach § 456a StPO	106
15.	Nach § 60a Absatz 2 Satz 1 AufenthG	bei stattgegebenem Eilantrag gemäß § 123 VwGO	139
16.	Nach § 60a Absatz 2 Satz 1 AufenthG	fehlendes, aber erforderliches Einvernehmen einer Stelle nach § 72 (4) AufenthG	47
17.	Nach § 60a Absatz 2 Satz 1 AufenthG	Asylfolgeantrag	5.527
18.	Nach § 60a Absatz 2 Satz 1 AufenthG	Weil konkrete Maßnahmen zur Aufenthaltsbeendigung bevorstehen, erteilt.	5.599
19.	Nach § 60a Absatz 2 Satz 13 AufenthG (Altfall)	Vaterschaftsanerkennung	1
20.	Nach § 60a Absatz 2 Satz 4 AufenthG (Altfall)	Ausbildungsduldung	8
21.	Nach § 60a Absatz 2 Satz 3 AufenthG i. V. m. § 60b Absatz 1 AufenthG	ungeklärte Identität	15.978

	Duldungen insgesamt zum Stichtag 31. Dezember 2024		178.512
22.	Nach § 60a Absatz 2 Satz 3 i. V. m. § 60c Absatz 1 AufenthG	Ausbildungsduldung	2.481
23.	Nach § 60a Absatz 2 Satz 3 i. V. m. § 60c Absatz 7 AufenthG	Erforderliche Maßnahmen für Identitätsklärung ergriffen.	266
24.	Nach § 60a Absatz 2 Satz 3 i. V. m. § 60d Absatz 1 AufenthG	Beschäftigungsduldung/Regelanspruch/Beschäftigter	745
25.	Nach § 60a Absatz 2 Satz 3 AufenthG i. V. m. § 60d Absatz 1 AufenthG	Beschäftigungsduldung/Regelanspruch/Ehegatte/Lebenspartner	209
26.	Nach § 60a Absatz 2 Satz 3 AufenthG i. V. m. § 60d Absatz 2 AufenthG	Beschäftigungsduldung/Regelanspruch/minderjährige ledige Kinder	37
27.	Nach § 60a Absatz 2 Satz 3 i. V. m. § 60d Absatz 4 AufenthG	Beschäftigungsduldung/Ermessen/Beschäftigter (erforderliche Maßnahmen für Identitätsklärung ergriffen)	29
28.	Nach § 60a Absatz 2 Satz 3 AufenthG i. V. m. § 60d Absatz 4 i. V. m. Absatz 1 AufenthG	Beschäftigungsduldung/Ermessen/Ehegatte/Lebenspartner	30
29.	Nach § 60a Absatz 2 Satz 3 AufenthG i. V. m. § 60d Absatz 4 i. V. m. Absatz 2 AufenthG	Beschäftigungsduldung/Ermessen/minderjährige ledige Kinder	17
30.	Nach § 60a Absatz 2 Satz 4 AufenthG	Verfahren nach § 85a AufenthG	99
31.	Nach § 60a Absatz 2 Satz 3 AufenthG i. V. m. § 60c Absatz 6 Satz 1 AufenthG	Suche nach weiterem Ausbildungsplatz erteilt.	61
32.	Nach § 60a Absatz 2 Satz 3 AufenthG i. V. m. § 60c Absatz 6 Satz 2 AufenthG	Arbeitsplatzsuche nach Ausbildungsabschluss	49
33.	Duldung nach § 60a Absatz 2 Satz 1 AufenthG (Altfall)	Abschiebung aus tatsächlichen oder rechtlichen Gründen unmöglich (Altfall).	145

Duldungsgründe	1.	2.	3.	4.	5.	6.	7.	8.	9.	10.
insgesamt	278	2.974	42.120	21.969	2.567	60.581	140	6.473	0	376
darunter:										
Irak	7	346	4.970	1.943	49	7.519	3	1.155	0	43
Türkei	18	194	3.486	1.613	144	4.511	12	399	0	36
Nigeria	5	124	2.711	2.421	44	2.457	6	183	0	0
Russische Föd.	13	168	2.229	981	127	3.981	1	341	0	75
Afghanistan	3	167	1.548	254	21	3.209	7	325	0	8
Syrien	3	198	1.342	734	35	3.921	5	179	0	10
Serbien	5	155	934	1.683	235	2.595	15	254	0	25
Iran	3	151	2.148	372	47	2.079	0	261	0	7
Georgien	1	59	1.037	1.055	163	2.030	1	341	0	24
ungeklärt	22	52	1.918	363	19	1.014	4	93	0	7
Nordmazedonien	0	119	475	883	186	1.985	2	108	0	13
Guinea	1	63	1.761	309	37	856	5	122	0	0

Duldungsgründe	1.	2.	3.	4.	5.	6.	7.	8.	9.	10.
Libanon	9	70	1.566	277	21	864	3	69	0	4
Somalia	0	56	974	183	12	1.035	1	99	0	0
Albanien	4	99	182	607	197	1.365	12	189	0	25

Duldungsgründe	11.	12.	13.	14.	15.	16.	17.	18.	19.	20.
insgesamt	6.071	3.166	224	106	139	47	5.527	5.599	1	8
darunter:										
Irak	281	45	18	3	21	1	467	305	0	0
Türkei	217	372	19	29	26	7	554	782	0	0
Nigeria	134	25	8	2	6	0	167	136	0	0
Russische Föd.	356	9	18	0	2	0	592	121	0	0
Afghanistan	2.093	381	7	2	7	1	382	619	0	0
Syrien	557	634	13	2	18	1	407	869	0	0
Serbien	87	48	21	12	4	10	237	258	0	1
Iran	128	31	4	2	0	0	231	75	0	0
Georgien	39	1	1	0	6	3	138	453	0	1
ungeklärt	105	40	2	0	0	1	75	42	0	0
Nordmazedonien	96	23	8	3	0	1	382	427	0	0
Guinea	43	367	1	2	2	0	57	62	0	2
Libanon	30	14	2	2	0	0	60	9	0	0
Somalia	202	260	7	2	4	0	147	64	0	0
Albanien	51	150	4	4	2	6	131	104	0	0

Duldungsgründe	21.	22.	23.	24.	25.	26.	27.	28.	29.	30.
insgesamt	15.978	2.481	266	745	209	37	29	30	17	99
darunter:										
Irak	699	301	30	246	59	7	3	5	0	1
Türkei	780	294	25	42	11	2	3	6	0	5
Nigeria	1.169	95	8	46	21	5	5	1	5	11
Russische Föd.	568	53	1	5	2	1	0	0	1	0
Afghanistan	142	57	7	38	7	1	1	1	0	1
Syrien	164	49	5	5	2	0	1	0	0	0
Serbien	191	14	0	3	1	4	0	2	0	13
Iran	801	206	12	41	11	1	1	0	0	0
Georgien	163	116	15	6	5	3	0	1	0	1
ungeklärt	1.012	11	3	3	2	1	0	0	0	0
Nordmazedonien	40	5	0	0	0	0	1	1	0	1
Guinea	665	132	43	32	7	1	1	3	0	0
Libanon	649	23	3	11	1	0	0	0	0	0
Somalia	313	8	6	18	1	0	2	0	0	0
Albanien	24	147	6	4	1	2	0	0	0	3

Duldungsgründe	31.	32.	33.	alle Duldungen
insgesamt	61	49	145	178.512
darunter:				
Irak	4	2	3	18.536
Türkei	4	3	6	13.600
Nigeria	2	4	1	9.802
Russische Föd	2	1	6	9.654
Afghanistan	2	0	3	9.294
Syrien	2	0	0	9.156
Serbien	1	0	4	6.812
Iran	3	8	2	6.625

Duldungsgründe	31.	32.	33.	alle Duldungen
Georgien	6	1	0	5.670
ungeklärt	0	0	8	4.797
Nordmazedonien	0	0	0	4.759
Guinea	7	6	0	4.587
Libanon	0	1	0	3.688
Somalia	0	1	1	3.396
Albanien	2	1	1	3.323

Duldungsgründe	1.	2.	3.	4.	5.	6.	7.	8.	9.	10.
Länder insgesamt	278	2.974	42.120	21.969	2.567	60.581	140	6.473	0	376
davon:										
Baden-Württemberg	25	82	5.293	3.789	245	6.366	3	70	0	16
Bayern	13	251	3.967	2.620	411	5.271	22	1.242	0	26
Berlin	50	62	3.612	1.390	134	4.136	7	1.130	0	51
Brandenburg	10	99	2.156	253	18	2.423	0	351	0	15
Bremen	0	41	329	840	442	1029	22	341	0	2
Hamburg	0	2	1.201	342	72	1056	2	12	0	8
Hessen	6	75	1.975	545	100	3.185	15	787	0	10
Mecklenburg-Vorpommern	1	41	1.032	93	26	1.219	2	109	0	21
Niedersachsen	98	280	4.144	2.217	268	5.807	19	877	0	68
Nordrhein-Westfalen	8	1.258	10.269	6.635	555	17.036	18	848	0	78
Rheinland-Pfalz	20	79	1.616	679	92	1.943	0	450	0	25
Saarland	0	188	242	129	22	756	1	34	0	
Sachsen	1	111	2.737	1.038	54	3.392	8	43	0	18
Sachsen-Anhalt	3	85	724	193	12	1.119	0	23	0	1
Schleswig-Holstein	42	217	1.940	962	83	4.264	19	52	0	32
Thüringen	1	103	883	244	33	1.579	2	104	0	5

Duldungsgründe	11.	12.	13.	14.	15.	16.	17.	18.	19.	20.
Länder insgesamt	6.071	3.166	224	106	139	47	5.527	5.599	1	8
davon:										
Baden-Württemberg	634	224	8	5	8	4	493	3.149	0	2
Bayern	776	77	30	7	35	2	1.108	81	0	0
Berlin	681	148	1	39	3	7	388	8	0	0
Brandenburg	69	142	8	0	1	0	335	101	0	0
Bremen	23	100	5	10	2	2	109	56	0	1
Hamburg	1.747	236	20	33	6	15	105	559	0	0
Hessen	518	144	13	2	12	1	111	499	1	0
Mecklenburg-Vorpommern	27	52	2	0	0	0	167	33	0	0
Niedersachsen	131	181	63	4	23	3	962	143	0	1
Nordrhein-Westfalen	544	1.321	23	4	19	7	774	460	0	4
Rheinland-Pfalz	113	75	2	1	4	0	287	55	0	0
Saarland	44	43	0	0	1	0	16	153	0	0
Sachsen	541	88	31	0	7	4	170	30	0	0
Sachsen-Anhalt	53	134	8	0	4	0	160	42	0	0
Schleswig-Holstein	73	140	3	0	1	1	52	58	0	0
Thüringen	97	61	7	1	13	1	290	172	0	0

Duldungsgründe	21.	22.	23.	24.	25.	26.	27.	28.	29.	30.
Länder insgesamt	15.978	2.481	266	745	209	37	29	30	17	99
davon:										
Baden-Württemberg	2.278	342	79	139	137	15	7	8	6	11
Bayern	2.778	358	33	105	12	2	4	2	4	2
Berlin	940	135	43	8	0	0	4	0	0	25
Brandenburg	711	53	5	10	1	0	0	0	0	1
Bremen	82	29	0	4	0	0	0	0	0	8
Hamburg	212	93	3	40	2	3	0	1	0	2
Hessen	973	106	5	19	3	1	0	2	0	8
Mecklenburg-Vorpommern	667	20	1	8	2	1	0	0	0	1
Niedersachsen	1.165	237	14	90	19	4	1	2	0	24
Nordrhein-Westfalen	2.442	658	60	142	12	6	5	7	5	9
Rheinland-Pfalz	746	141	1	44	2	0	5	2	0	2
Saarland	76	12	1	5	1	0	0	3	0	0
Sachsen	1.171	112	7	70	9	2	1	2	2	3
Sachsen-Anhalt	1.285	28	2	17	4	3	0	1	0	1
Schleswig-Holstein	257	120	7	21	0	0	1	0	0	1
Thüringen	195	37	5	23	5	0	1	0	0	1

Duldungsgründe	31.	32.	33.	alle Duldungen
Länder insgesamt	61	49	145	178.512
davon:				
Baden-Württemberg	21	17	11	23.487
Bayern	7	5	9	19.260
Berlin	2	8	18	13.030
Brandenburg	2	3	11	6.778
Bremen	1	0	2	3.480
Hamburg	0	2	5	5.779
Hessen	1	0	7	9.124
Mecklenburg-Vorpommern	1	0	1	3.527
Niedersachsen	3	2	18	16.868
Nordrhein-Westfalen	11	6	17	43.241
Rheinland-Pfalz	2	1	25	6.412
Saarland	0	1	1	1.729
Sachsen	4	2	2	9.660
Sachsen-Anhalt	1	0	5	3.908
Schleswig-Holstein	0	2	10	8.358
Thüringen	5	0	3	3.871

Zum Stichtag 31. März 2025 waren im AZR 181 493 Personen mit einer Duldung, davon 122 065 männliche und 59 162 weibliche, 250 Personen mit unbekanntem Geschlecht sowie 16 Personen als divers erfasst. 49 138 Personen waren unter 18 Jahre alt, 132 336 Personen über 17 Jahre alt und bei 19 Personen ist das Alter unbekannt. 51 506 Personen erhielten diesen Status erstmals im Jahr 2024. Die weiteren Angaben zum Stichtag 31. März 2025 können den nachfolgenden Tabellen entnommen werden.

Personen mit Duldung	181.493
Aufenthaltsdauer	
0–unter 3 Jahre	78.048
3 Jahre und mehr	103.421
0–unter 4 Jahre	97.310
4 Jahre und mehr	84.159

Personen mit Duldung	181.493
0–unter 5 Jahre	107.929
5 Jahre und mehr	73.540
0–unter 6 Jahre	123.813
6 Jahre und mehr	57.656
0–unter 8 Jahre	146.536
8 Jahre und mehr	34.933
0–unter 10 Jahre	163.414
10 Jahre und mehr	18.055
0–unter 12 Jahre	171.098
12 Jahre und mehr	10.371
0–unter 15 Jahre	174.236
15 Jahre und mehr	7.233
Aufenthaltsdauer nicht bekannt	24

Personen mit Duldung	181.493
Alter	
0–11 Jahre	33.630
12–15 Jahre	9.518
16–17 Jahre	5.990
18–20 Jahre	8.014
21–29 Jahre	40.397
30–39 Jahre	44.539
40–49 Jahre	23.901
50–59 Jahre	9.959
60–69 Jahre	3.896
70 Jahre und älter	1.630
ohne Altersangaben	19

	Duldungen insgesamt zum Stichtag 31. März 2025		181.493
	davon:		
1.	Nach § 60a AufenthG (alt)	Duldung (ohne nähere Angabe)	266
2.	Nach § 60a Absatz 1 AufenthG	Duldung aufgrund eines Abschiebungsstopps (für bestimmte Ausländergruppen aus bestimmten Staaten oder in bestimmte Staaten).	2.939
3.	Nach § 60a Absatz 2 Satz 1 AufenthG	Abschiebung aus tatsächlichen oder rechtlichen Gründen unmöglich; hier: Duldung wg. fehlender Reisedokumente	42.571
4.	Nach § 60a Absatz 2 Satz 1 AufenthG	Abschiebung aus tatsächlichen oder rechtlichen Gründen unmöglich; hier: Duldung wegen familiärer Bindungen zu Duldungsinhabern nach Nummer 1	23.144
5.	Nach § 60a Absatz 2 Satz 1 AufenthG	Abschiebung aus tatsächlichen oder rechtlichen Gründen unmöglich; hier: Duldung aus medizinischen Gründen	2.481
6.	Nach § 60a Abs. 2 Satz 1 AufenthG	Abschiebung aus tatsächlichen oder rechtlichen Gründen unmöglich; hier: Duldung aus sonstigen Gründen	61.885
7.	Nach § 60a Absatz 2 Satz 2 AufenthG	Vorübergehende Anwesenheit des Ausländers für ein Strafverfahren.	131
8.	Nach § 60a Absatz 2 Satz 3 AufenthG	sogenannte „Ermessensduldung“: Es liegen dringende humanitäre oder persönliche Gründe vor (z. B. Beendigung der Schule/Ausbildung; Betreuung kranker Familienangehöriger).	6.354
9.	Nach § 60a Absatz 2a AufenthG	Zurückschiebung oder Abschiebung ist gescheitert und Deutschland ist rechtlich zur Rückübernahme verpflichtet	0
10.	Nach § 60a Absatz 2b AufenthG	Eltern von minderjährigen Kindern mit AE nach § 25a AufenthG (gut integrierte Jugendliche)	423

	Duldungen insgesamt zum Stichtag 31. März 2025		181.493
11.	Nach § 60a Abs. 2 Satz 1 AufenthG	Abschiebungshindernisse n. § 60 Abs. 1–5,7 AufenthG	6.235
12.	Nach § 60a Abs. 2 Satz 1 AufenthG	als unbegleiteter Minderjähriger gem. § 58 Abs. 1a AufenthG	2.841
13.	Nach § 60a Abs. 2 Satz 1 AufenthG	Anordnung der aufschiebenden Wirkung nach § 80 Absatz 5 VwGO	225
14.	Nach § 60a Abs. 2 Satz 1 AufenthG	bei fehlendem Absehen von einer Vollstreckung nach § 456a StPO	120
15.	Nach § 60a Abs. 2 Satz 1 AufenthG	bei stattgegebenem Eilantrag gemäß § 123 VwGO	128
16.	Nach § 60a Abs. 2 Satz 1 AufenthG	fehlendes, aber erforderliches Einvernehmen einer Stelle nach § 72 (4) AufenthG	39
17.	Nach § 60a Abs. 2 Satz 1 AufenthG	Asylfolgeantrag	5.422
18.	Nach § 60a Abs. 2 Satz 1 AufenthG	Weil konkrete Maßnahmen zur Aufenthaltsbeendigung bevorstehen, erteilt.	6.109
19.	Nach § 60a Abs. 2 Satz 13 AufenthG (Altfall)	Vaterschaftsanerkennung	1
20.	Nach § 60a Abs. 2 Satz 4 AufenthG (Altfall)	Ausbildungsduldung	8
21.	Nach § 60a Abs. 2 Satz 3 AufenthG i. V. m. § 60b Abs. 1 AufenthG	ungeklärte Identität	16.080
22.	Nach § 60a Absatz 2 Satz 3 i. V. m. § 60c Absatz 1 AufenthG	Ausbildungsduldung	2.314
23.	Nach § 60a Absatz 2 Satz 3 i. V. m. § 60c Absatz 7 AufenthG	Erforderliche Maßnahmen für Identitätsklärung ergriffen.	250
24.	Nach § 60a Absatz 2 Satz 3 i. V. m. § 60d Absatz 1 AufenthG	Beschäftigungsduldung/Regelanspruch/Beschäftigter	788
25.	Nach § 60a Abs. 2 Satz 3 AufenthG i. V. m. § 60d Abs. 1 AufenthG	Beschäftigungsduldung/Regelanspruch/Ehegatte/Lebenspartner	250
26.	Nach § 60a Abs. 2 Satz 3 AufenthG i. V. m. § 60d Abs. 2 AufenthG	Beschäftigungsduldung/Regelanspruch/minderjährige ledige Kinder	45
27.	Nach § 60a Absatz 2 Satz 3 i. V. m. § 60d Absatz 4 AufenthG	Beschäftigungsduldung/Ermessen/Beschäftigter (erforderliche Maßnahmen für Identitätsklärung ergriffen)	25
28.	Nach § 60a Abs. 2 Satz 3 AufenthG i. V. m. § 60d Abs. 4 i. V. m. Abs. 1 AufenthG	Beschäftigungsduldung/Ermessen/Ehegatte/Lebenspartner	32
29.	Nach § 60a Abs. 2 Satz 3 AufenthG i. V. m. § 60d Abs. 4 i. V. m. Abs. 2 AufenthG	Beschäftigungsduldung/Ermessen/minderjährige ledige Kinder	21
30.	Nach § 60a Abs. 2 Satz 4 AufenthG	Verfahren nach § 85a AufenthG	115
31.	Nach § 60a Absatz 2 Satz 3 AufenthG i. V. m. § 60c Absatz 6 Satz 1 AufenthG	Suche nach weiterem Ausbildungsplatz erteilt.	75

	Duldungen insgesamt zum Stichtag 31. März 2025		181.493
32.	Nach § 60a Abs. 2 Satz 3 AufenthG i. V. m. § 60c Abs. 6 Satz 2 AufenthG	Arbeitsplatzsuche nach Ausbildungsabschluss	47
33.	Duldung nach § 60a Abs. 2 Satz 1 AufenthG (Altfall)	Abschiebung aus tatsächlichen oder rechtlichen Gründen unmöglich (Altfall).	129

Duldungsgründe	1.	2.	3.	4.	5.	6.	7.	8.	9.	10.
insgesamt	266	2.939	42.571	23.144	2.481	61.885	131	6.354	0	423
darunter:										
Irak	7	330	4.861	2.132	49	7.361	1	1.095	0	53
Türkei	17	188	4.016	1.867	158	4.880	8	436	0	36
Russische Föd.	13	195	2.293	1.107	130	4.190	2	367	0	79
Syrien	3	225	1.361	765	36	4.282	4	156	0	12
Nigeria	4	121	2.502	2.480	41	2.469	6	185	0	4
Afghanistan	3	187	1.586	289	25	3.275	6	313	0	3
Serbien	5	142	1.001	1.744	216	2.539	14	230	0	26
Iran	3	122	2.088	396	52	2.089	0	248	0	11
Georgien	1	59	1.020	1.067	149	2.020	0	363	0	24
ungeklärt	21	52	1.899	373	13	1.042	4	71	0	15
Nordmazedonien	0	117	482	891	175	1.887	2	105	0	18
Guinea	0	55	1.718	323	34	861	7	118	0	0
Libanon	8	69	1.593	291	12	928	4	62	0	6
Somalia	0	50	927	187	10	1.038	2	85	0	0
Kosovo	2	89	453	740	104	1.300	8	132	0	8

Duldungsgründe	11.	12.	13.	14.	15.	16.	17.	18.	19.	20.
insgesamt	6.235	2.841	225	120	128	39	5.422	6.109	1	8
darunter:										
Irak	302	34	21	4	18	1	453	309	0	0
Türkei	227	348	20	33	20	5	615	924	0	0
Russische Föd.	323	9	16	0	2	0	516	196	0	0
Syrien	563	512	16	3	15	0	414	1.046	0	0
Nigeria	138	27	7	1	6	0	180	122	0	0
Afghanistan	2.155	310	11	3	15	0	385	602	0	0
Serbien	98	52	14	13	3	10	207	253	0	1
Iran	135	29	7	4	2	0	225	88	0	0
Georgien	36	3	0	0	5	1	138	409	0	1
ungeklärt	99	36	1	1	0	1	81	64	0	0
Nordmazedonien	104	18	5	4	0	0	316	375	0	0
Guinea	36	344	2	2	2	0	50	82	0	2
Libanon	40	13	2	2	0	0	69	26	0	0
Somalia	205	209	10	3	3	0	144	70	0	0
Kosovo	21	13	3	1	2	2	94	165	0	0

Duldungsgründe	21.	22.	23.	24.	25.	26.	27.	28.	29.	30.
insgesamt	16.080	2.314	250	788	250	45	25	32	21	115
darunter:										
Irak	767	290	32	279	73	9	2	8	0	1
Türkei	849	340	28	46	19	2	3	5	0	4
Russische Föd.	581	53	2	6	2	1	1	0	1	0
Syrien	173	50	4	5	2	0	1	0	0	0
Nigeria	1.085	86	9	49	27	3	3	0	7	10
Afghanistan	142	47	3	26	6	1	2	2	0	2

Duldungsgründe	21.	22.	23.	24.	25.	26.	27.	28.	29.	30.
Serbien	178	15	0	2	1	2	0	1	0	13
Iran	832	163	10	36	12	2	1	0	0	0
Georgien	147	121	13	10	4	6	0	1	0	1
ungeklärt	1.029	8	3	3	2	1	0	0	0	1
Nordmazedonien	38	4	0	1	0	0	1	1	0	7
Guinea	655	118	35	29	9	1	0	2	0	1
Libanon	631	14	2	15	1	0	0	0	0	0
Somalia	321	7	6	15	2		3	0	0	0
Kosovo	94	8	0	6	2	2	0	0	1	2

Duldungsgründe	31.	32.	33.	alle Duldungen
insgesamt	75	47	129	181.493
darunter:				
Irak	4	1	3	18.500
Türkei	8	2	6	15.110
Russische Föd.	2	1	6	10.094
Syrien	1	0	0	9.649
Nigeria	3	5	1	9.581
Afghanistan	3	0	2	9.404
Serbien	0	0	4	6.784
Iran	3	7	2	6.567
Georgien	6	1	0	5.606
ungeklärt	1	0	5	4.826
Nordmazedonien	0	0	0	4.551
Guinea	5	5	0	4.496
Libanon	1	1	0	3.790
Somalia	1	1	1	3.300
Kosovo	1	0	2	3.255

Duldungsgründe	1.	2.	3.	4.	5.	6.	7.	8.	9.	10.
Länder insgesamt	266	2.939	42.571	23.144	2.481	61.885	131	6.354	0	423
davon:										
Baden-Württemberg	25	74	5.150	3.986	218	6.098	3	67	0	16
Bayern	12	231	3.865	2.772	385	5.360	19	1.174	0	24
Berlin	50	39	3.739	1.460	138	4.137	12	1.207	0	59
Brandenburg	8	139	2.275	274	16	2.572	0	335	0	14
Bremen	0	37	364	868	437	1032	13	384	0	0
Hamburg	0	2	1.059	327	71	937	5	10	0	12
Hessen	5	54	2.036	612	101	3.229	11	672	0	4
Mecklenburg-Vorpommern	1	46	1.024	90	26	1.317	2	102	0	22
Niedersachsen	96	327	4.148	2.304	274	6.332	17	895	0	86
Nordrhein-Westfalen	9	1.090	10.533	6.989	527	17.180	18	807	0	110
Rheinland-Pfalz	14	77	1.771	735	85	1.847	0	427	0	18
Saarland	0	185	224	125	22	816	1	32	0	0
Sachsen	1	116	2.858	1.074	48	3.659	8	56	0	18
Sachsen-Anhalt	2	96	736	215	13	1.125	0	42	0	5
Schleswig-Holstein	42	329	1.903	1.063	84	4.559	19	44	0	30
Thüringen	1	97	886	250	36	1.685	3	100	0	5

Duldungsgründe	11.	12.	13.	14.	15.	16.	17.	18.	19.	20.
Länder insgesamt	6.235	2.841	225	120	128	39	5.422	6.109	1	8
davon:										
Baden-Württemberg	706	201	10	6	7	2	454	3.495	0	2
Bayern	768	74	29	7	25	1	1.135	96	0	0
Berlin	661	175	1	40	3	5	364	7	0	0
Brandenburg	58	128	8	0	1	0	319	156	0	0
Bremen	23	90	5	8	1	0	108	77	0	1
Hamburg	1.841	198	15	38	14	12	103	583	0	0
Hessen	526	137	15	2	11	0	102	414	1	0
Mecklenburg-Vorpommern	39	32	2	0	0	0	147	18	0	0
Niedersachsen	120	153	57	7	19	3	981	143	0	1
Nordrhein-Westfalen	549	1.235	28	5	21	12	729	541	0	4
Rheinland-Pfalz	123	43	1	4	4	0	323	92	0	0
Saarland	42	31	0	1	1	0	19	161	0	0
Sachsen	542	76	31	0	4	3	163	28	0	0
Sachsen-Anhalt	53	116	7	0	3	0	151	39	0	0
Schleswig-Holstein	78	112	7	1	1	1	48	53	0	0
Thüringen	106	40	9	1	13	0	276	206	0	0

Duldungsgründe	21.	22.	23.	24.	25.	26.	27.	28.	29.	30.
Länder insgesamt	16.080	2.314	250	788	250	45	25	32	21	115
davon:										
Baden-Württemberg	2.380	319	73	130	161	14	5	11	6	7
Bayern	2.758	328	30	111	11	4	2	3	5	2
Berlin	976	134	42	7	0	0	4	0	0	36
Brandenburg	741	43	4	12	1	0	0	0	0	1
Bremen	90	28	0	3	0	0	0	0	0	7
Hamburg	233	73	3	39	1	2	0	0	2	1
Hessen	934	112	6	22	4	1	0	1	0	9
Mecklenburg-Vorpommern	688	17	1	10	2	1	0	0	0	1
Niedersachsen	1.217	219	14	110	25	5	1	2	0	28
Nordrhein-Westfalen	2.306	606	53	152	14	9	5	7	5	17
Rheinland-Pfalz	775	149	2	44	3	0	5	2	1	0
Saarland	89	8	1	5	0	0	0	3	0	0
Sachsen	1.163	97	8	84	11	5	0	2	2	3
Sachsen-Anhalt	1.260	32	2	15	5	3	1	1	0	2
Schleswig-Holstein	265	113	7	22	1	0	1	0	0	1
Thüringen	205	36	4	22	11	1	1	0	0	0

Duldungsgründe	31.	32.	33.	alle Duldungen
Länder insgesamt	75	47	129	181.493
davon:				
Baden-Württemberg	18	15	11	23.670
Bayern	14	2	9	19.256
Berlin	5	11	17	13.329
Brandenburg	2	3	9	7.119
Bremen	0	0	2	3.578
Hamburg	3	2	5	5.591
Hessen	0	0	7	9.028
Mecklenburg-Vorpommern	0	0	1	3.589
Niedersachsen	3	2	18	17.607

Duldungsgründe	31.	32.	33.	alle Duldungen
Nordrhein-Westfalen	18	6	16	43.601
Rheinland-Pfalz	4	4	14	6.567
Saarland	0	0	1	1.767
Sachsen	2	0	1	10.063
Sachsen-Anhalt	1	0	5	3.930
Schleswig-Holstein	1	2	10	8.797
Thüringen	4	0	3	4.001

Angaben zu der Teilfrage, wie viele geduldete Personen zuvor eine Aufenthaltserlaubnis nach § 104c AufenthG hatten, können nur zum jeweils aktuellen Stichtag, hier also zum Stichtag 31. März 2025, aus den Daten des AZR ermittelt werden. Die Angaben können den nachfolgenden Tabellen entnommen werden.

Geduldete Personen mit vorheriger Aufenthaltserlaubnis nach § 104c	5.220
Länder:	
Baden-Württemberg	350
Bayern	381
Berlin	169
Brandenburg	279
Bremen	125
Hamburg	67
Hessen	206
Mecklenburg-Vorpommern	141
Niedersachsen	685
Nordrhein-Westfalen	1.580
Rheinland-Pfalz	210
Saarland	21
Sachsen	187
Sachsen-Anhalt	72
Schleswig-Holstein	680
Thüringen	67

Geduldete Personen mit vorheriger Aufenthaltserlaubnis nach § 104c	
Staatsangehörigkeiten insgesamt	5.220
darunter:	
Irak	873
Russische Föderation	747
Serbien	324
Libanon	252
Afghanistan	242
ungeklärt	208
Iran	205
Kosovo	189
Nigeria	187
Armenien	164
Türkei	160
Äthiopien	119
Pakistan	116
Nordmazedonien	116
Somalia	99

19. Wie viele Personen lebten zum 31. Dezember 2024 in der Bundesrepublik Deutschland, denen eine Aufenthaltsgestattung erteilt wurde (bitte nach Geschlecht, Alter über 17 oder unter 18 Jahren, Aufenthalt seit mehr oder weniger als sechs Jahren, Bundesländern und den 15 wichtigsten Herkunftsländern differenzieren)?

Zum Stichtag 31. Dezember 2024 waren im AZR 343 290 Personen mit einer Aufenthaltsgestattung, darunter 231 849 männliche, 111 137 weibliche und 102 diverse sowie 202 Personen mit unbekanntem Geschlecht erfasst. 92 655 Personen waren unter 18 Jahre alt, 250 598 Personen 18 Jahre oder älter und bei 37 Personen ist das Alter unbekannt. 334 111 Personen lebten seit weniger als sechs Jahren in Deutschland, 9 173 Personen sechs Jahre oder länger, bei sechs Personen ist die Aufenthaltsdauer unbekannt. Die weiteren Angaben können den nachfolgenden Tabellen entnommen werden.

Personen mit Aufenthaltsgestattung	343.290
Länder	
Baden-Württemberg	53.591
Bayern	51.812
Berlin	16.317
Brandenburg	8.903
Bremen	2.951
Hamburg	8.701
Hessen	31.038
Mecklenburg-Vorpommern	6.841
Niedersachsen	42.724
Nordrhein-Westfalen	59.128
Rheinland-Pfalz	14.333
Saarland	3.007
Sachsen	15.123
Sachsen-Anhalt	9.526
Schleswig-Holstein	11.043
Thüringen	8.252

Personen mit Aufenthaltsgestattung	
Staatsangehörigkeiten insgesamt	343.290
darunter:	
Türkei	80.618
Syrien	56.416
Afghanistan	49.670
Irak	25.665
Iran	16.735
Russische Föderation	11.289
Somalia	8.462
Kolumbien	6.746
ungeklärt	6.156
Nigeria	5.447
Venezuela	5.236
Guinea	5.185
Pakistan	3.645
Kamerun	2.821
Armenien	2.815

20. Wie viele Personen lebten zum 31. Dezember 2024 in der Bundesrepublik Deutschland mit einem Ankunftsnachweis (bitte nach Geschlecht, Alter über 17 oder unter 18 Jahren, Bundesländern und den 15 wichtigsten Herkunftsländern differenzieren), und wie lange ist deren aktuelle durchschnittliche Gültigkeit, wenn nur Personen betrachtet werden, die einen Asylantrag gestellt haben?

Zum 31. Dezember 2024 lebten in Deutschland 6.450 Personen mit einem Ankunftsnachweis, darunter 4.288 männliche, 2.155 weibliche, fünf diverse sowie zwei Personen mit unbekanntem Geschlecht. 1.822 Personen waren unter 18 Jahre alt, 4.628 waren 18 Jahre oder älter.

Die Aufteilung nach Ländern und Hauptstaatsangehörigkeiten kann den nachfolgenden Tabellen entnommen werden. Ausgewertet wurden die Personen, die zum Stichtag 31. Dezember 2024 noch im Besitz eines gültigen Ankunftsnachweises waren.

Personen mit Ankunftsnachweis	6.450
Länder:	
Baden-Württemberg	852
Bayern	1.169
Berlin	253
Brandenburg	245
Bremen	91
Hamburg	74
Hessen	195
Mecklenburg-Vorpommern	83
Niedersachsen	630
Nordrhein-Westfalen	1.489
Rheinland-Pfalz	411
Saarland	17
Sachsen	477
Sachsen-Anhalt	179
Schleswig-Holstein	53
Thüringen	232

Personen mit Ankunftsnachweis	
Staatsangehörigkeiten insgesamt	6.450
darunter:	
Syrien	2.033
Türkei	561
Afghanistan	542
Russische Föderation	253
Kolumbien	207
Venezuela	176
Georgien	153
China	153
Irak	140
Iran	139
Marokko	126
Algerien	113
Nordmazedonien	102
Kosovo	100
ungeklärt	90

Betrachtet man die Fälle von Personen mit Ankunftsnachweisen, die im Jahr 2024 einen Asylantrag stellten, so ergibt sich bei diesen Fällen eine durchschnittliche Gültigkeit der Ankunftsnachweise von etwa zehn Tagen.

21. Wie viele Personen lebten zum 31. Dezember 2024 in der Bundesrepublik Deutschland mit einer Aufenthaltserlaubnis nach § 104c Absatz 1 bzw. Absatz 2 AufenthG (bitte nach Geschlecht, Alter über 17 oder unter 18 Jahren, Bundesländern und den 15 wichtigsten Herkunftsländern differenzieren und zudem angeben, wie viele dieser Personen zuvor eine Aufenthaltserlaubnis, Aufenthaltsgestattung, Duldung oder einen sonstigen oder keinen Aufenthaltstitel hatten), und wie bewertet die Bundesregierung diese Zahlen vor dem Hintergrund ihrer Erwartungen zu den Auswirkungen der Neuregelung des Chancen-Aufenthaltsrechts (bitte ausführen)?

Zum Stichtag 31. Dezember 2024 waren 49.263 Personen mit einer Aufenthaltserlaubnis nach § 104c Absatz 1 und 2 AufenthG erfasst. Davon waren 15.731 Personen unter 18 Jahre alt und 33.528 Personen über 17 Jahre alt und bei vier Personen ist das Alter unbekannt. Die weiteren statistischen Daten können den nachfolgenden Tabellen entnommen werden.

Aufenthaltserlaubnis nach § 104c Abs. 1 und 2 AufenthG	§ 104c Abs. 1 AufenthG	§ 104c Abs. 2 AufenthG	Summe
gesamt	48.982	281	49.263
männlich	30.664	167	30.831
weiblich	18.267	113	18.380
unbekannt	51	1	52

Aufenthaltserlaubnis nach § 104c Abs. 1 und 2 AufenthG	§ 104c Abs. 1 AufenthG	§ 104c Abs. 2 AufenthG	Summe
gesamt	48.982	281	49.263
weniger als 6 Jahre aufhältig	7.506	28	7.534
6 Jahre oder länger aufhältig	41.454	253	41.707
unbekannt	22	0	22

Aufenthaltserlaubnis nach § 104c Abs. 1 und 2 AufenthG	§ 104c Abs. 1 AufenthG	§ 104c Abs. 2 AufenthG	Summe
Länder insgesamt	48.982	281	49.263
davon:			
Baden-Württemberg	6.074	25	6.099
Bayern	4.886	15	4.901
Berlin	3.869	3	3.872
Brandenburg	2.216	36	2.252
Bremen	421	7	428
Hamburg	1.201	2	1.203
Hessen	3.506	31	3.537
Mecklenburg-Vorpommern	566	5	571
Niedersachsen	4.495	31	4.526
Nordrhein-Westfalen	14.430	89	14.519

Aufenthaltserlaubnis nach § 104c Abs. 1 und 2 AufenthG	§ 104c Abs. 1 AufenthG	§ 104c Abs. 2 AufenthG	Summe
Rheinland-Pfalz	1.207	4	1.211
Saarland	154	4	158
Sachsen	2.034	13	2.047
Sachsen-Anhalt	1.015	1	1.016
Schleswig-Holstein	2.217	13	2.230
Thüringen	691	2	693

Aufenthaltserlaubnis nach § 104c Abs. 1 und 2 AufenthG	§ 104c Abs. 1 AufenthG	§ 104c Abs. 2 AufenthG	Summe
alle Staatsangehörigkeiten	48.982	281	49.263
darunter:			
Irak	8.747	43	8.790
Russische Föderation	5.605	48	5.653
Nigeria	3.157	7	3.164
Iran	2.043	5	2.048
Pakistan	2.022	13	2.035
Libanon	1.987	22	2.009
Ungeklärt	1.744	13	1.757
Türkei	1.726	27	1.753
Afghanistan	1.658	4	1.662
Serbien	1.549	15	1.564
Armenien	1.323	8	1.331
Äthiopien	1.267	1	1.268
Kosovo	1.139	7	1.146
Indien	1.080	7	1.087
Gambia	968	1	969

Angaben zu der Teilfrage, wie viele Personen zuvor eine Aufenthaltserlaubnis, Aufenthaltsgestattung oder Duldung hatten, können nur zum jeweils aktuellen Stichtag, hier also zum Stichtag 31. März 2025, aus den Daten des AZR ermittelt werden.

Vorheriges Aufenthaltsrecht	Anzahl Personen zum Stichtag 31.03.2025
insgesamt	34.395
darunter:	
Aufenthaltserlaubnis	3.622
Aufenthaltsgestattung	467
Duldung	27.513
kein Aufenthaltsrecht	2.747
Sonstiges	46

Das Chancen-Aufenthaltsrecht wird weiterhin von den potenziell berechtigten Personen gut angenommen. Das Absinken der Bestandszahlen im Zeitverlauf ist darauf zurückzuführen, dass immer mehr Personen die maximale Laufzeit von 18 Monaten erreicht haben und erneut in andere aufenthaltsrechtliche Status wechseln.

22. Wie viele unbegleitete minderjährige Flüchtlinge lebten zum 31. Dezember 2024 in der Bundesrepublik Deutschland in jugendhilferechtlicher Zuständigkeit (bitte nach Bundesländern differenzieren)?

Aus der beigelegten Tabelle ergibt sich die Anzahl der unbegleiteten minderjährigen Ausländerinnen und Ausländer (UMA), die sich am Stichtag 31. Dezember 2024 in jugendhilferechtlicher Zuständigkeit (vorläufige Schutzmaßnahmen und/oder Anschlussmaßnahmen der Kinder- und Jugendhilfe) in den einzelnen Ländern befanden (Quelle: Bundesverwaltungsamt).

Länder	für UMA (Altverfahren nach § 89d)	für UMA – vorläufige Inobhut- nahme	für UMA – Inobhutnah- me	für UMA – Anschluss- maßnahmen (HzE und sonsti- ge)	Summe aller ju- gendhilferechtl- ichen Zuständig- keiten (Stichtag: 31.12.2024)
Baden-Württemberg	2	320	378	2.475	3.175
Bayern	10	166	1.103	2.574	3.853
Berlin	6	95	805	1.790	2.696
Brandenburg	2	31	88	385	506
Bremen	1	47	19	259	326
Hamburg	0	18	383	250	651
Hessen	13	174	367	1.359	1.913
Mecklenburg-Vorpommern	0	4	147	466	617
Niedersachsen	2	35	588	1.984	2.609
Nordrhein-Westfalen	21	392	1.836	5.454	7.703
Rheinland-Pfalz	4	42	149	1.372	1.567
Saarland	0	9	38	111	158
Sachsen	0	35	202	921	1.158
Sachsen-Anhalt	0	23	236	479	738
Schleswig-Holstein	0	18	159	610	787
Thüringen	3	35	107	413	558
Summe aller Zuständigkeiten	64	1.444	6.605	20.902	29.015

23. Wie viele Personen lebten zum 31. Dezember 2024 in der Bundesrepublik Deutschland mit einer Niederlassungserlaubnis nach § 26 AufenthG (bitte nach Absätzen sowie nach Geschlecht, Alter über 17 oder unter 18 Jahren, Bundesländern und den 15 wichtigsten Herkunftsländern differenzieren), und wie viele von ihnen erhielten diesen Status erstmalig im Jahr 2024?

Zum Stichtag 31. Dezember 2024 waren 284 433 Personen mit einer Niederlassungserlaubnis (NE) nach § 26 AufenthG erfasst. 34 120 Personen erhielten diesen Status erstmals im Jahr 2024. Die weiteren Angaben können den nachfolgenden Tabellen entnommen werden.

	Niederlassungserlaubnis nach § 26 AufenthG	284.433
1.	nach § 26 Abs. 3 Satz 1 AufenthG (Altfall – Asyl/GFK nach 3 Jahren)	14.534
2.	nach § 26 Abs. 4 AufenthG (Altfall – aus humanitären Gründen nach 7 Jahren)	41.983
3.	nach § 26 Abs. 3 Satz 2 AufenthG (Altfall – Resettlement nach 3 Jahren) erteilt am ...	189
4.	nach § 26 Abs. 3 Satz 3 AufenthG (Asyl/GFK nach 3 Jahren)	22.688
5.	nach § 26 Abs. 3 Satz 1 AufenthG (Asyl/GFK nach 5 Jahren)	91.249
6.	nach § 26 Abs. 3 Satz 6 i. V. m. Satz 3 AufenthG (Resettlement nach 3 Jahren)	749
7.	nach § 26 Abs. 3 Satz 6 i. V. m. Satz 1 AufenthG (Resettlement nach 5 Jahren)	3.456

	Niederlassungserlaubnis nach § 26 AufenthG	284.433
8.	nach § 26 Abs. 3 Satz 5 i. V. m. § 35 AufenthG (Kinder mit Einreise vor Vollendung des 18. Lebensjahrs)	14.164
9.	nach § 26 Abs. 4 AufenthG (aus humanitären Gründen nach 5 Jahren)	95.421

Niederlassungserlaubnis nach § 26 AufenthG	1.	2.	3.	4.	5.	6.	7.	8.	9.	Summe
gesamt	14.534	41.983	189	22.688	91.249	749	3.456	14.164	95.421	284.433
männlich	8.736	22.879	113	13.986	67.935	475	2.592	8.155	57.470	182.341
weiblich	5.794	19.067	76	8.675	23.272	274	862	5.995	37.861	101.876
unbekannt	3	37	0	27	41	0	2	14	90	214
divers	1	0	0	0	1	0	0	0	0	2

Niederlassungserlaubnis nach § 26 AufenthG	1.	2.	3.	4.	5.	6.	7.	8.	9.	Summe
gesamt	14.534	41.983	189	22.688	91.249	749	3.456	14.164	95.421	284.433
unter 18 Jahre	401	3	6	1.126	1.811	33	40	2.018	2.226	7.664
18 Jahre oder älter	14.133	41.979	183	21.562	89.436	716	3.416	12.146	93.189	276.760
unbekannt	0	1	0	0	2	0	0	0	6	9

Niederlassungserlaubnis nach § 26 AufenthG	1.	2.	3.	4.	5.	6.	7.	8.	9.	Summe
gesamt	14.534	41.983	189	22.688	91.249	749	3.456	14.164	95.421	284.433
Länder										
Baden-Württemberg	4.290	7.288	4	1.238	10.972	136	818	1.664	12.256	38.666
Bayern	1.537	5.523	12	1.709	11.317	38	260	1.001	10.458	31.855
Berlin	150	2.766	0	1.921	5.778	35	96	16	7.743	18.505
Brandenburg	45	355	0	131	1.298	3	41	121	890	2.884
Bremen	49	398	0	608	1.923	20	78	493	1.784	5.353
Hamburg	165	937	0	821	1.776	17	79	23	2.924	6.742
Hessen	3.428	5.443	5	978	9.502	59	349	1.576	8.448	29.788
Mecklenburg-Vorpommern	90	295	0	28	602	2	19	87	328	1.451
Niedersachsen	949	3.546	4	4.458	9.735	112	343	2.084	10.338	31.569
Nordrhein-Westfalen	3.045	11.337	142	7.698	23.311	251	948	4.679	29.054	80.465
Rheinland-Pfalz	168	1.594	1	972	3.817	31	119	624	3.979	11.305
Saarland	100	712	0	614	2.981	6	95	685	1.425	6.618
Sachsen	197	489	0	280	2.949	6	65	373	1.842	6.201
Sachsen-Anhalt	182	422	21	74	1.440	8	29	170	710	3.056

Niederlassungserlaubnis nach § 26 AufenthG	1.	2.	3.	4.	5.	6.	7.	8.	9.	Summe
Schleswig-Holstein	101	645	0	989	2.226	21	76	376	2.179	6.613
Thüringen	38	233	0	169	1.622	4	41	192	1.063	3.362

Niederlassungserlaubnis nach § 26 AufenthG nach Staatsangehörigkeiten	1.	2.	3.	4.	5.	6.	7.	8.	9.	Gesamt
insgesamt	14.534	41.983	189	22.688	91.249	749	3.456	14.164	95.421	284.433
darunter:										
Syrien	442	349	12	3.467	40.078	140	1.467	6.679	6.964	59.598
Irak	2.711	895	55	5.239	12.440	167	400	2.423	4.575	28.905
Türkei	3.694	3.325	22	4.749	5.351	163	276	402	9.178	27.160
Kosovo	1.207	8.128	3	614	605	16	59	227	14.955	25.814
Afghanistan	783	799	8	1.510	6.230	36	221	1.881	13.029	24.497
Serbien	216	2.962	4	218	212	8	30	264	10.069	13.983
Iran	1.413	374	24	2.012	7.293	62	223	318	1.578	13.297
Bosnien und Herzegowina	55	9.909	8	30	17	1	9	29	2.522	12.580
Eritrea	526	172	1	458	7.320	16	290	188	763	9.734
Vietnam	186	3.253	2	189	262	9	15	4	3.235	7.155
ungeklärt	81	465	2	529	2.102	14	60	273	1.634	5.160
Russische Föd.	289	652	7	690	983	14	27	164	1.998	4.824
Sri Lanka	516	852	1	521	592	10	22	10	995	3.519
Somalia	246	167	1	296	1.170	5	59	198	1.180	3.322
Libanon	27	477	2	56	100	4	7	37	2.381	3.091

24. Wie viele Asylanerkennungen bzw. Anerkennungen eines internationalen bzw. subsidiären oder nationalen Schutzbedarfs (bitte differenzieren) wurden im Jahr 2024 durch das BAMF bzw. – soweit vorliegend – durch Gerichte (bitte differenzieren) ausgesprochen (bitte auch nach Geschlecht, Alter über 17 oder unter 18 Jahren und den 15 wichtigsten Herkunftsländern differenzieren)?

Die Angaben können den nachfolgenden Tabellen entnommen werden, wobei sich die 15 wichtigsten Herkunftsländer auf die Anzahl der Entscheidungen beziehen.

BAMF 01.01.–31.12.2024	Anerkennungen als Asylberechtigte nach Artikel 16a GG	Gewährungen von Flüchtlingsschutz nach § 3 Abs. 1 AsylG	subsidiärer Schutz gem. § 4 Abs. 1 AsylG	Abschiebungsverbote nach § 60 Abs. 5 u. 7 AufenthG
Herkunftsländer insgesamt	1.964	35.831	75.092	20.823
davon				
männlich	751	19.298	58.761	18.890
weiblich	1.213	16.533	16.331	1.933
unter 18 Jahre (< 18 Jahre)	936	20.798	19.501	4.354
über 17 Jahre (18+ Jahre)	1.028	15.033	55.591	16.469

BAMF 01.01.–31.12.2024	Anerkennungen als Asylberechtigte nach Artikel 16a GG	Gewährungen von Flüchtlingsschutz nach § 3 Abs. 1 AsylG	subsidiärer Schutz gem. § 4 Abs. 1 AsylG	Abschiebungsver- bote nach § 60 Abs. 5 u. 7 AufenthG
Herkunftsländer insgesamt	1.964	35.831	75.092	20.823
darunter:				
Syrien	109	6.963	70.431	341
Türkei	219	3.720	246	57
Afghanistan	536	13.891	775	16.931
Irak	13	1.674	405	484
Russische Föd.	65	252	73	25
Iran	170	1.892	130	57
Georgien	-	1	3	17
Somalia	184	1.617	308	1.095
Kolumbien	-	4	5	7
ungeklärt	32	1.488	428	80
Nordmazedonien	-	-	1	7
Eritrea	62	2.216	519	90
Venezuela	37	44	60	573
Tunesien	7	40	3	8
Algerien	3	20	19	7

Gerichte 01.01.– 31.12.2024	Anerken- nungen als Asylberech- tigte nach Ar- tikel 16a GG	Gewährungen von Flücht- lingsschutz nach § 3 Abs. 1 AsylG	subsidiärer Schutz gem. § 4 Abs. 1 AsylG	Abschiebungs- verbote nach § 60 Abs. 5 u. 7 AufenthG
Herkunftslän- der insgesamt	204	3.149	1.055	2.435
davon				
männlich	123	1.980	755	1.349
weiblich	81	1.169	300	1.086
unter 18 Jahre (< 18 Jahre)	30	456	201	808
über 17 Jahre (18+ Jahre)	174	2.693	854	1.627

Gerichte 01.01.–31.12.2024	Anerkennungen als Asylberechtigte nach Artikel 16a GG	Gewährungen von Flüchtlingsschutz nach § 3 Abs. 1 AsylG	subsidiärer Schutz gem. § 4 Abs. 1 AsylG	Abschiebungsverbote nach § 60 Abs. 5 u. 7 AufenthG
Herkunftsländer insgesamt	204	3.149	1.055	2.435
darunter:				
Türkei	66	617	40	71
Syrien	4	214	10	53
Irak	9	236	100	563
Georgien	-	6	13	40
Afghanistan	3	180	21	175
Iran	48	857	44	46
Russische Föd.	3	63	88	62
Nordmazedonien	-	-	-	9
Nigeria	2	36	12	240
Pakistan	7	271	1	31
Serbien	-	-	-	20

Gerichte 01.01.–31.12.2024	Anerkennungen als Asylberechtigte nach Artikel 16a GG	Gewährungen von Flüchtlingsschutz nach § 3 Abs. 1 AsylG	subsidiärer Schutz gem. § 4 Abs. 1 AsylG	Abschiebungsverbote nach § 60 Abs. 5 u. 7 AufenthG
Somalia	-	29	17	152
Ungeklärt	-	75	122	79
Tunesien	2	7	1	10
Aserbaidschan	1	12	5	19

25. Wie viele (rechtskräftig) abgelehnte Asylsuchende lebten zum 31. Dezember 2024 mit welchem Aufenthaltsstatus in der Bundesrepublik Deutschland (bitte nach Geschlecht, Alter über 17 oder unter 18 Jahren, Aufenthalt seit mehr oder weniger als sechs Jahren, Status, Bundesländern, Jahr der Asylentscheidung und den 15 wichtigsten Herkunftsländern differenzieren)?

Zum 31. Dezember 2024 waren im AZR 933 535 Personen mit einem abgelehnten Asylantrag erfasst, darunter 595 970 männliche, 336 803 weibliche, 16 diverse und 746 Personen unbekanntes Geschlechts. 152 772 Personen waren unter 18 Jahre alt, 780 626 Personen waren über 18 Jahre oder älter und bei 137 Personen ist das Alter unbekannt.

Es ist darauf hinzuweisen, dass eine Asylablehnung im AZR im Regelfall nicht gelöscht wird, die zugrundeliegende Asylentscheidung daher u.U. viele Jahre zurückliegen kann und der Ausländer zwischenzeitlich das Aufenthaltsrecht ggf. auf andere Weise erworben haben kann. Eine im AZR gespeicherte Asylablehnung allein bedeutet also nicht, dass diese Person etwa ausreisepflichtig wäre. Die weiteren Angaben können den nachfolgenden Tabellen entnommen werden.

Personen mit abgelehntem Asylantrag	933.535
Aufenthaltsdauer	
seit weniger als sechs Jahren	226.787
seit sechs Jahren oder länger	706.486
Aufenthaltsdauer unbekannt	262

Personen mit einem abgelehnten Asylantrag	
davon mit dem Aufenthaltsstatus:	in %
unbefristete Aufenthaltsrechte	29,7
befristete Aufenthaltsrechte	54,7
Sonstiges (z. B. Duldung, kein Status gespeichert)	15,5

Personen mit abgelehntem Asylantrag	933.535
Länder	
Baden-Württemberg	111.347
Bayern	113.780
Berlin	69.658
Brandenburg	20.523
Bremen	14.898
Hamburg	35.483
Hessen	81.632
Mecklenburg-Vorpommern	10.194
Niedersachsen	86.348
Nordrhein-Westfalen	242.727
Rheinland-Pfalz	41.288
Saarland	8.360

Personen mit abgelehntem Asylantrag	933.535
Sachsen	32.297
Sachsen-Anhalt	16.084
Schleswig-Holstein	33.494
Thüringen	15.422

Personen mit abgelehntem Asylantrag nach Staatsangehörigkeiten	933.535
darunter:	
Afghanistan	171.875
Türkei	85.848
Kosovo	68.891
Irak	62.277
Serbien	48.187
Nigeria	33.102
Syrien	30.763
Russische Föderation	28.093
Vietnam	27.745
Nordmazedonien	19.433
Iran	19.305
Albanien	19.090
Libanon	18.912
Pakistan	17.653
Armenien	15.576

Jahr der Asylentscheidung (Antrag abgelehnt)	933.535
vor 1990	3.312
1990	4.843
1991	5.997
1992	7.625
1993	14.388
1994	15.722
1995	17.007
1996	17.623
1997	17.342
1998	17.751
1999	18.170
2000	26.191
2001	21.027
2002	23.657
2003	22.905
2004	19.121
2005	16.372
2006	13.496
2007	9.043
2008	5.263
2009	5.240
2010	7.698
2011	8.709
2012	11.824
2013	13.056
2014	12.105
2015	19.650

Jahr der Asylentscheidung (Antrag abgelehnt)	933.535
2016	41.177
2017	68.919
2018	55.769
2019	64.096
2020	68.212
2021	68.707
2022	80.333
2023	47.351
2024	40.149
unbekannt	23.685

26. Wie viele der vor 2020 bzw. im Jahr 2020, 2021, 2022, 2023 bzw. 2024 (bitte differenzieren) rechts- oder bestandskräftig abgelehnten Asylsuchenden hielten sich zum 31. Dezember 2024 in Deutschland mit welchem Aufenthaltsstatus auf (bitte jeweils auch nach den zehn wichtigsten Staatsangehörigkeiten differenzieren)?

Zum Stichtag 31. Dezember 2024 waren im AZR 179 586 in Deutschland aufhältige Personen erfasst, bei denen ein Asylstatus rechtskräftig abgelehnt wurde. Die weiteren Angaben können den nachfolgenden Tabellen entnommen werden.

Jahr	Anzahl der abgelehnten Asylsuchenden
insgesamt	179.586
2024	66.267
2023	53.532
2022	31.106
2021	8.774
2020	6.652
vor 2020	13.255

Anzahl der abgelehnten Asylsuchenden	vor 2020	2020	2021	2022	2023	2024	Summe
insgesamt	6.652	8.774	13.255	31.106	53.532	66.267	179.586
darunter:							
Afghanistan	393	452	1.751	10.635	17.216	17.468	47.915
Irak	1.183	1.458	1.998	4.243	4.579	3.283	16.744
Türkei	610	781	660	2.017	4.025	6.946	15.039
Nigeria	531	727	696	1.732	2.170	6.651	11.134
Russische Föderation	545	488	1.389	948	1.717	2.283	7.370
Syrien	205	1.041	394	869	1.974	1.492	7.348
Iran	620	556	1.092	898	1.257	2.021	5.651
Georgien	64	193	157	928	2.288	1.140	5.563
Somalia	127	170	305	689	1.244	1.659	4.194
Pakistan	174	300	483	490	764	634	2.845

Anzahl der abgelehnten Asylsuchenden nach Aufenthaltsstatus	vor 2020	2020	2021	2022	2023	2024	Summe
Summe	13.255	6.652	8.774	31.106	53.532	66.267	179.586
unbefristet	300	110	182	331	440	310	1.673

Anzahl der abgelehnten Asylsuchenden nach Aufenthaltsstatus	vor 2020	2020	2021	2022	2023	2024	Summe
befristet	12.634	6.440	8.465	30.300	51.871	62.069	171.779
Sonstiges (z. B. Duldung, kein Status gespeichert)	321	102	127	475	1.221	3.888	6.134

- a) Gelten dabei auch Personen, denen ein nationaler Abschiebungsschutz (durch das BAMF oder die Gerichte) zugesprochen wurde, als abgelehnte Asylsuchende, und welche Einschätzungen oder Angaben zur quantitativen Größe dieser Gruppe können gegebenenfalls gemacht werden (bitte ausführen)?

Personen, denen kein Schutzstatus zugesprochen wurde, werden im AZR mit dem Asylstatus „Asylantrag abgelehnt“ erfasst. Dies gilt auch für Personen, bei denen das Bestehen eines Abschiebungsverbot festgestellt wird. Diese Personengruppe ist also in AZR-Auswertungen von „abgelehnten Asylsuchenden“ enthalten. Zum Stichtag 31.12.2024 waren 42.124 abgelehnte Asylsuchende mit einer Aufenthaltserlaubnis nach § 25 Absatz 3 AufenthG (Abschiebungsverbot) in Deutschland aufhältig.

- b) Sind gegebenenfalls auch Angaben dazu möglich, wie viele der Asylsuchenden, die vor 2020 bzw. im Jahr 2020, 2021, 2022, 2023 bzw. 2024 (bitte differenzieren) rechts- oder bestandskräftig keinen Flüchtlings- oder subsidiären oder nationalen Abschiebungsschutz erhalten haben, sich zum 31. Dezember 2024 in Deutschland mit welchem Aufenthaltsstatus aufgehalten haben (bitte jeweils auch nach den zehn wichtigsten Staatsangehörigkeiten differenzieren; wenn ja, bitte ausführen)?

Die Angaben zu abgelehnten Asylsuchenden, die nicht im Besitz einer Aufenthaltserlaubnis nach § 25 Absatz 3 AufenthG sind, können den folgenden Tabellen entnommen werden.

Anzahl der abgelehnten Asylsuchenden	vor 2020	2020	2021	2022	2023	2024	Summe
insgesamt	10.848	5.871	7.865	19.876	36.017	56.985	137.462
Afghanistan	607	132	133	1.573	3.544	10.001	15.990
Türkei	641	599	767	1.989	3.961	6.927	14.884
Irak	1.748	1.069	1.333	3.672	3.856	2.998	14.676
Syrien	317	199	1.013	795	1.728	6.523	10.575
Russische Föderation	1.310	529	474	899	1.659	2.256	7.127
Nigeria	582	461	651	1.505	1.879	1.385	6.463
Georgien	152	64	189	893	2.257	2.013	5.568
Iran	1.069	609	545	849	1.179	1.113	5.364
Nordmazedonien	61	20	72	391	1.051	1.204	2.799
Pakistan	467	169	295	452	692	598	2.673

Anzahl der abgelehnten Asylsuchenden nach Aufenthaltsstatus	vor 2020	2020	2021	2022	2023	2024	Summe
Summe	10.848	5.871	7.865	19.876	36.017	56.985	137.462
unbefristet	300	110	182	331	440	310	1.673
befristet	10.227	5.659	7.556	19.070	34.356	52.787	129.655
sonstiges (z. B. Duldung, kein Status gespeichert)	321	102	127	475	1.221	3.888	6.134

27. Wie viele Personen waren zum 31. Dezember 2024 im Ausländerzentralregister erfasst, die weder einen Aufenthaltstitel, eine Duldung noch eine Aufenthaltsgestattung besaßen, wie viele EU-Bürgerinnen und EU-Bürger waren hierunter, wie viele Ausreisepflichtige, wie viele abgelehnte Asylsuchende und wie viele ausreisepflichtige abgelehnte Asylsuchende (bitte jeweils nach Geschlecht, Aufenthalt seit mehr oder weniger als sechs Jahren, Alter über 17 oder unter 18 Jahren, Bundesländern und den 15 wichtigsten Herkunftsländern differenzieren)?

Zum Stichtag 31. Dezember 2024 waren 4 507 685 Personen erfasst, bei denen im AZR weder ein Aufenthaltstitel noch eine Duldung oder eine Aufenthaltsgestattung gespeichert war, darunter 4 001 954 EU- und EWR-Bürger. Neben EU- und EWR-Bürgern sind Personen enthalten, deren Aufenthaltstitel erloschen ist, widerrufen oder zurückgenommen wurde, bei denen die Prüfung der Erteilung oder Verlängerung eines Aufenthaltstitels andauert oder zu denen keinerlei aufenthaltsrechtlicher Status im AZR erfasst ist. Auch Personen, die in Haft untergebracht sind, können enthalten sein. Die weiteren Angaben können den nachfolgenden Tabellen entnommen werden.

Personen ohne Aufenthaltstitel, Duldung oder Aufenthaltsgestattung	4.507.685
Geschlecht	
männlich	2.469.067
weiblich	2.027.812
divers	79
unbekannt	10.727

Personen ohne Aufenthaltstitel, Duldung oder Aufenthaltsgestattung	4.507.685
nach Alter	
unter 18 Jahre	787.293
18 Jahre und älter	3.720.276
unbekannt	116

Anzahl der aufhältigen Ausländer ohne Aufenthaltsstatus nach Aufenthaltsdauer	4.507.685
unter sechs Jahren	2.022.508
sechs Jahre und länger	2.484.955
Aufenthaltsdauer unbekannt	222

Anzahl der aufhältigen Ausländer ohne Aufenthaltsstatus nach Ländern	4.507.685
Baden-Württemberg	721.993
Bayern	926.947
Berlin	301.012
Brandenburg	65.678
Bremen	34.876
Hamburg	88.478
Hessen	431.768
Mecklenburg-Vorpommern	39.516
Niedersachsen	348.825
Nordrhein-Westfalen	952.798
Rheinland-Pfalz	229.221
Saarland	50.069
Sachsen	104.713
Sachsen-Anhalt	51.844

Anzahl der aufhältigen Ausländer ohne Aufenthaltsstatus nach Ländern	4.507.685
Schleswig-Holstein	101.740
Thüringen	58.207

Anzahl der aufhältigen Ausländer ohne Aufenthaltsstatus, darunter folgende Hauptstaatsangehörigkeiten	4.507.685
Rumänien	887.683
Polen	787.967
Bulgarien	418.032
Italien	365.285
Kroatien	256.159
Griechenland	214.905
Ungarn	203.337
Spanien	151.880
Niederlande	99.686
Frankreich	95.874
Österreich	95.083
Portugal	86.519
Slowakische Republik	58.784
Ukraine	57.120
Tschechische Republik	55.932

Anzahl der aufhältigen EU-Bürger ohne Aufenthaltstitel nach Geschlecht	4.001.954
männlich	2.187.230
weiblich	1.806.151
divers	45
unbekannt	8.528

Anzahl der aufhältigen EU-Bürger ohne Aufenthaltstitel nach Alter	4.001.954
unter 18 Jahre	653.670
18 Jahre oder älter	3.348.259
unbekannt	25

Anzahl der aufhältigen EU-Bürger ohne Aufenthaltstitel nach Aufenthaltsdauer	4.001.954
seit weniger als sechs Jahren	1.637.566
seit sechs Jahren oder mehr	2.364.204
Aufenthaltsdauer unbekannt	184

Anzahl der aufhältigen EU-Bürger ohne Aufenthaltstitel nach Ländern	4.001.954
Baden-Württemberg	648.961
Bayern	840.498
Berlin	251.328
Brandenburg	54.824
Bremen	30.161
Hamburg	74.719
Hessen	383.504
Mecklenburg-Vorpommern	34.172
Niedersachsen	313.456

Anzahl der aufhältigen EU-Bürger ohne Aufenthaltstitel nach Ländern	4.001.954
Nordrhein-Westfalen	839.896
Rheinland-Pfalz	212.167
Saarland	46.736
Sachsen	89.758
Sachsen-Anhalt	43.377
Schleswig-Holstein	87.350
Thüringen	51.047

Anzahl der aufhältigen EU-Bürger ohne Aufenthaltstitel, darunter folgende Hauptstaatsangehörigkeiten	4.001.954
Rumänien	887.683
Polen	787.967
Bulgarien	418.032
Italien	365.285
Kroatien	256.159
Griechenland	214.905
Ungarn	203.337
Spanien	151.880
Niederlande	99.686
Frankreich	95.874
Österreich	95.083
Portugal	86.519
Slowakische Republik	58.784
Tschechische Republik	55.932
Litauen	52.091

Ausländer ohne Aufenthaltsstatus mit Ausreisepflicht nach Geschlecht	26.579
männlich	19.887
weiblich	6.585
divers	3
unbekannt	104

Ausländer ohne Aufenthaltsstatus mit Ausreisepflicht nach Alter	26.579
unter 18 Jahre	3.371
18 Jahre oder älter	23.205
unbekannt	3

Ausländer ohne Aufenthaltsstatus mit Ausreisepflicht nach Aufenthaltsdauer	26.579
seit weniger als sechs Jahren	14.544
seit sechs Jahren oder länger	12.019
Aufenthaltsdauer unbekannt	16

Ausländer ohne Aufenthaltsstatus mit Ausreisepflicht nach Ländern	26.579
Baden-Württemberg	2.775
Bayern	3.976
Berlin	2.318
Brandenburg	632

Ausländer ohne Aufenthaltsstatus mit Ausreisepflicht nach Ländern	26.579
Bremen	263
Hamburg	1.726
Hessen	2.637
Mecklenburg-Vorpommern	152
Niedersachsen	2.522
Nordrhein-Westfalen	5.894
Rheinland-Pfalz	1.022
Saarland	134
Sachsen	1.105
Sachsen-Anhalt	428
Schleswig-Holstein	747
Thüringen	248

Ausländer ohne Aufenthaltsstatus mit Ausreisepflicht, darunter	26.579
Rumänien	3.169
Polen	1.715
Bulgarien	1.683
Kroatien	1.393
Serbien	1.305
Albanien	1.270
Türkei	1.058
Moldau (Republik)	924
Ukraine	650
Bosnien und Herzegowina	642
Italien	614
Georgien	606
Irak	603
Kosovo	602
Nordmazedonien	566

Ausländer ohne Aufenthaltsstatus mit abgelehntem Asylantrag nach Geschlecht	30.516
männlich	20.341
weiblich	10.122
divers	2
unbekannt	51

Ausländer ohne Aufenthaltsstatus mit abgelehntem Asylantrag nach Alter	30.516
unter 18 Jahre	4.487
18 Jahre oder älter	26.026
unbekannt	3

Ausländer ohne Aufenthaltsstatus mit abgelehntem Asylantrag nach Aufenthaltsdauer	30.516
seit weniger als sechs Jahren	10.704
seit sechs Jahren oder länger	19.810
Aufenthaltsdauer unbekannt	2

Ausländer ohne Aufenthaltsstatus mit abgelehntem Asyl-antrag nach Ländern	30.516
Baden-Württemberg	3.417
Bayern	4.856
Berlin	3390
Brandenburg	530
Bremen	336
Hamburg	1.026
Hessen	2.819
Mecklenburg-Vorpommern	211
Niedersachsen	2.402
Nordrhein-Westfalen	7.379
Rheinland-Pfalz	1.481
Saarland	224
Sachsen	862
Sachsen-Anhalt	418
Schleswig-Holstein	823
Thüringen	342

Ausländer ohne Aufenthaltsstatus mit abgelehntem Asyl-antrag, darunter folgende Hauptstaatsangehörigkeiten	30.516
Rumänien	4.386
Polen	3.798
Bulgarien	2.348
Afghanistan	1.763
Serbien	1.539
Albanien	1.305
Kosovo	1.058
Türkei	908
Kroatien	893
Nordmazedonien	804
Ungarn	721
Irak	667
Bosnien und Herzegowina	556
Moldau (Republik)	491
Italien	481

Ausländer ohne Aufenthaltsstatus mit abgelehntem Asyl-antrag und Ausreisepflicht nach Geschlecht	7.208
männlich	5.223
weiblich	1.968
divers	1
unbekannt	16

Ausländer ohne Aufenthaltsstatus mit abgelehntem Asyl-antrag und Ausreisepflicht nach Alter	7.208
unter 18 Jahre	1.645
18 Jahre oder älter	5561
unbekannt	2

Ausländer ohne Aufenthaltsstatus mit abgelehntem Asylantrag und Ausreisepflicht nach Aufenthaltsdauer	7.208
seit weniger als sechs Jahren	3.275
seit sechs Jahren oder länger	3.932
Aufenthaltsdauer unbekannt	1

Ausländer ohne Aufenthaltsstatus mit abgelehntem Asylantrag und Ausreisepflicht nach Ländern	7.208
Baden-Württemberg	674
Bayern	993
Berlin	1.058
Brandenburg	244
Bremen	83
Hamburg	306
Hessen	497
Mecklenburg-Vorpommern	56
Niedersachsen	739
Nordrhein-Westfalen	1.289
Rheinland-Pfalz	331
Saarland	33
Sachsen	380
Sachsen-Anhalt	135
Schleswig-Holstein	276
Thüringen	114

Ausländer ohne Aufenthaltsstatus mit abgelehntem Asylantrag und Ausreisepflicht, darunter folgende Hauptstaatsangehörigkeiten	7.208
Serbien	687
Albanien	422
Irak	393
Türkei	362
Kosovo	361
Rumänien	329
Russische Föderation	282
Nordmazedonien	266
Afghanistan	246
Moldau (Republik)	238
Bosnien und Herzegowina	237
Nigeria	226
Pakistan	202
Georgien	149
Iran	149

28. Wie viele in Deutschland lebende Personen waren zum Stand 31. Dezember 2024 vom Erfordernis eines Aufenthaltstitels befreit (bitte nach Geschlecht, Alter über 17 oder unter 18 Jahren, Aufenthalt seit mehr oder weniger als sechs Jahren, Bundesländern und den 15 wichtigsten Herkunftsländern differenzieren)?

Die Angaben können den nachfolgenden Tabellen entnommen werden.

Vom Erfordernis eines Aufenthaltstitels befreit nach Geschlecht	59.609
männlich	31.954
weiblich	27.475
unbekannt	180

Vom Erfordernis eines Aufenthaltstitels befreit nach Alter	59.609
unter 18 Jahre	2.359
18 Jahre oder älter	57.250

Vom Erfordernis eines Aufenthaltstitels befreit nach Aufenthaltsdauer	59.609
weniger als sechs Jahre	5.520
seit sechs Jahren oder länger	54.088
unbekannt	1

Vom Erfordernis eines Aufenthaltstitels befreit nach Ländern	59.609
Baden-Württemberg	17.420
Bayern	10.314
Berlin	1.662
Brandenburg	126
Bremen	399
Hamburg	1.373
Hessen	5.380
Mecklenburg-Vorpommern	192
Niedersachsen	2.912
Nordrhein-Westfalen	14.540
Rheinland-Pfalz	2.601
Saarland	1.323
Sachsen	215
Sachsen-Anhalt	112
Schleswig-Holstein	956
Thüringen	84

Vom Erfordernis eines Aufenthaltstitels befreit	59.609
darunter:	
Italien	17.975
Griechenland	9.875
Frankreich	3.888
Portugal	3.307
Österreich	2.600
Rumänien	2.576
Türkei	2.321
Polen	2.293
Niederlande	2.287
Spanien	2.165
Vereinigte Staaten von Amerika	1.599
Kroatien	1.074
Bulgarien	876
Großbritannien mit Nordirland	734
Ungarn	666

29. Wie viele Personen hatten zum Stand 31. Dezember 2024 einen Antrag auf Erteilung eines Aufenthaltstitels gestellt (bitte nach Geschlecht, Aufenthalt seit mehr oder weniger als sechs Jahren, Alter über 17 oder unter 18 Jahren, den Bundesländern und den 15 wichtigsten Herkunftsländern differenzieren)?

Die Angaben können den nachfolgenden Tabellen entnommen werden.

Antrag auf Erteilung eines Aufenthaltstitels gestellt nach Geschlecht	762.375
männlich	408.065
weiblich	353.521
divers	36
unbekannt	753

Antrag auf Erteilung eines Aufenthaltstitels gestellt nach Alter	762.375
unter 18 Jahre	175.877
18 Jahre oder älter	586.468
unbekannt	30

Antrag auf Erteilung eines Aufenthaltstitels gestellt nach Aufenthaltsdauer	762.375
weniger als sechs Jahre	466.917
seit sechs Jahren oder länger	295.342
unbekannt	116

Antrag auf Erteilung eines Aufenthaltstitels gestellt nach Ländern	762.375
Baden-Württemberg	112.214
Bayern	126.841
Berlin	30.731
Brandenburg	12.616
Bremen	2.980
Hamburg	49.677
Hessen	69.981
Mecklenburg-Vorpommern	10.462
Niedersachsen	41.158
Nordrhein-Westfalen	190.839
Rheinland-Pfalz	32.127
Saarland	5.233
Sachsen	27.248
Sachsen-Anhalt	16.157
Schleswig-Holstein	18.675
Thüringen	15.436

Antrag auf Erteilung eines Aufenthaltstitels gestellt, darunter	762.375
Syrien	90.003
Ukraine	77.775
Türkei	47.621
Afghanistan	34.868
Kosovo	33.322
Indien	29.379
Serbien	25.895
Irak	23.040

Antrag auf Erteilung eines Aufenthaltstitels gestellt, darunter	762.375
Bosnien und Herzegowina	18.446
China	17.530
Russische Föderation	16.541
Nordmazedonien	16.137
Iran	15.937
Albanien	15.001
Marokko	11.030

30. Wie viele Personen mit einer Aufenthaltserlaubnis nach § 38a AufenthG lebten zum 31. Dezember 2024 in der Bundesrepublik Deutschland (bitte nach Geschlecht, Aufenthalt seit mehr oder weniger als sechs Jahren, Alter über 17 oder unter 18 Jahren und den 15 wichtigsten Herkunftsländern und gesondert nach den ausstellenden EU-Mitgliedstaaten differenzieren), und wie viele von ihnen erhielten diesen Status erstmalig im Jahr 2024?

Zum Stichtag 31. Dezember 2024 waren im AZR 31 361 Personen mit einer Aufenthaltserlaubnis nach § 38a AufenthG, darunter 27 076 männliche und 4 253 weibliche sowie 32 Personen mit unbekanntem Geschlecht erfasst. 267 Personen waren unter 18 Jahre alt und 31 094 Personen 18 Jahre oder älter. 4 266 Personen erhielten diesen Status erstmals im Jahr 2024. Die weiteren Angaben können den nachfolgenden Tabellen entnommen werden.

Aufenthaltserlaubnis nach § 38a AufenthG insgesamt	31.361
Aufenthalt unter sechs Jahre	22.669
Aufenthalt seit sechs Jahren oder länger	8.691
Aufenthaltsdauer unbekannt	1

Aufenthaltserlaubnis nach § 38a AufenthG	31.361
darunter:	
Albanien	4.019
Kosovo	3.533
Pakistan	3.397
Indien	2.600
Vietnam	2.174
Bosnien und Herzegowina	1.811
Bangladesch	1.538
Nordmazedonien	1.354
Marokko	1.269
Ghana	1.213
Italien	960
Nigeria	946
Türkei	920
China	672
Afghanistan	465

Aufenthaltserlaubnis nach § 38a AufenthG*, ausstellender Mitgliedstaat	
Italien	17.385
Griechenland	4.688
Slowenien	3.398
Spanien	2.074

Aufenthaltserlaubnis nach § 38a AufenthG*, ausstellender Mitgliedstaat	
Tschechische Republik	1.891
Slowakei	466
Polen	439
Österreich	381
Kroatien	95
Ungarn	55
Litauen	53
Deutschland	52
Rumänien	52
Portugal	50
Estland	46
Lettland	46
Frankreich	43
Bulgarien	40
Belgien	34
Niederlande	33
Schweden	14
Finnland	11
sowie 7 weitere Staaten mit weniger als 10 Ausstellungen	21

* In Einzelfällen können mehrere Ausstellungen zu einer Person gespeichert sein.

31. Wie viele ausländische Personen waren zum 31. Dezember 2024 zur Festnahme (mit dem Ziel der Abschiebung) bzw. zur Aufenthaltsermittlung (bitte differenzieren) ausgeschrieben (bitte jeweils nach Geschlecht, Aufenthalt seit mehr oder weniger als sechs Jahren, Alter über 17 oder unter 18 Jahren und den 15 wichtigsten Herkunftsländern differenzieren), wie viele dieser Personen lebten zum 31. Dezember 2024 noch in Deutschland, und bei wie vielen erfolgte die jeweilige Ausschreibung im Jahr 2024?

Zum Stichtag 31. Dezember 2024 waren 73 438 ausländische Personen zur Festnahme ausgeschrieben, darunter 62 349 männliche und 10 981 weibliche, 14 diverse sowie 94 Personen mit unbekanntem Geschlecht. 2 606 Personen waren unter 18 Jahre alt und 70 826 Personen waren 18 Jahre und älter. Bei sechs Personen war das Alter unbekannt. 47 521 Personen lebten seit weniger als sechs Jahren in Deutschland, 13 947 Person sechs Jahre oder länger. Bei 11 970 Personen ist eine Aufenthaltsdauer unbekannt. Bei 14 438 Personen wurde im Jahr 2024 eine Ausschreibung zur Festnahme erfasst. Am 31. Dezember 2024 waren 1 073 Personen mit einer Ausschreibung zur Festnahme als aufhältig erfasst. Die Verteilung nach Hauptstaatsangehörigkeiten kann der nachfolgenden Tabelle entnommen werden.

Personen mit einer Ausschreibung zur Festnahme, darunter aus	73.438
Georgien	6.068
Türkei	5.346
Albanien	4.998
Algerien	3.812
Serbien	3.442
Syrien	3.373
Nordmazedonien	2.817
Moldau (Republik)	2.812

Personen mit einer Ausschreibung zur Festnahme, darunter aus	73.438
Marokko	2.795
Afghanistan	2.663
Pakistan	2.362
Irak	2.280
Kosovo	2.168
Nigeria	1.749
Tunesien	1.706

Zum Stichtag 31. Dezember 2024 waren 325 050 ausländische Personen zur Aufenthaltsermittlung ausgeschrieben, darunter 272 410 männliche, 50 832 weibliche und 70 diverse sowie 1 738 Personen mit unbekanntem Geschlecht. 5 582 Personen waren unter 18 Jahre alt und 319 382 Personen waren 18 Jahre und älter. Bei 86 Personen ist das Alter unbekannt. 140 180 Personen lebten seit weniger als sechs Jahren in Deutschland, 38 520 Person sechs Jahre oder länger, bei 146 350 Personen ist eine Aufenthaltsdauer unbekannt. Bei 72 232 Personen wurde im Jahr 2024 eine Ausschreibung zur Aufenthaltsermittlung erfasst. 12 478 Personen mit einer Ausschreibung zur Aufenthaltsermittlung wurden am 31. Dezember 2024 als aufhältig erfasst. Die Verteilung nach Hauptstaatsangehörigkeiten kann der nachfolgenden Tabelle entnommen werden.

Personen mit einer Ausschreibung zur Aufenthaltsermittlung, darunter aus	325.050
Rumänien	35.628
Polen	21.856
Georgien	14.565
Türkei	12.375
Bulgarien	11.979
Ukraine	11.202
ungeklärt	11.042
Algerien	10.834
ohne Angabe	10.211
Irak	9.006
Marokko	8.629
Albanien	8.041
Afghanistan	7.494
Syrien	7.395
Serbien	6.414

32. Wie viele Personen, die wegen einer Straftat nach § 95 Absatz 1 Nummer 3 oder Absatz 2 Nummer 1 AufenthG (vgl. § 2 Absatz 2 Nummer 11 des Ausländerzentralregistergesetzes [AZRG]: illegale Einreise/Aufenthalt) verurteilt wurden, waren zum 31. Dezember 2024 im AZR erfasst, und wie viele von ihnen lebten zu diesem Zeitpunkt noch in der Bundesrepublik Deutschland (bitte nach Geschlecht, Alter über 17 oder unter 18 Jahren, Aufenthalt seit mehr oder weniger als sechs Jahren, Aufenthaltsstatus und den zehn wichtigsten Herkunftsländern differenzieren)?

Zum Stichtag 30. Dezember 2024 waren im AZR 6 043 Personen mit einer Speicherung gemäß § 2 Absatz 2 Nummer 11 des Ausländerzentralregistergesetzes (AZRG) erfasst. 3 592 Personen mit der genannten Speicherung hielten sich zum genannten Stichtag in Deutschland auf. Die weiteren Angaben können den nachfolgenden Tabellen entnommen werden.

Speicherung gemäß § 2 Abs. 2 Nr. 11 AZRG, aufhältig	3.592
Geschlecht und Alter	
männlich	2.847
weiblich	743
unbekannt	2
18 Jahre oder älter	3.531
unter 18 Jahre	61

Speicherung gemäß § 2 Abs. 2 Nr. 11 AZRG, aufhältig	3.592
Aufenthaltsdauer	
unter sechs Jahre	1.068
sechs Jahre oder länger	2.524
unbekannt	0

Speicherung gemäß § 2 Abs. 2 Nr. 11 AZRG, aufhältig	3.592
Aufenthaltsstatus	in %
befristet	53,6
unbefristet	26,9
Sonstiges (z. B. Duldung, kein Status gespeichert)	19,5

Speicherung gemäß § 2 Abs. 2 Nr. 11 AZRG, aufhältig, darunter aus	3.592
Syrien	435
Türkei	429
Afghanistan	374
Irak	195
Kosovo	141
Russische Föderation	131
Nigeria	117
Vietnam	109
Somalia	103
Serbien	97

33. Wie viele Personen sind nach Angaben des AZR insgesamt bzw. bis zum 31. Dezember 2024 nach § 54 Absatz 2 Nummer 7 AufenthG sicherheitsrechtlich befragt worden, und wie viele von ihnen lebten zu diesem Datum noch in der Bundesrepublik Deutschland (vgl. § 2 Absatz 2 Nummer 12 AZRG; bitte nach Aufenthaltsstatus, Aufenthalt seit mehr oder weniger als sechs Jahren, Geschlecht und den zehn wichtigsten Herkunftsländern differenzieren)?

Zum Stichtag 31. Dezember 2024 waren 221 731 Personen im AZR erfasst, die nach § 54 Absatz 2 Nummer 7 AufenthG sicherheitsrechtlich befragt wurden, davon 28 420 Personen im Jahr 2024. Darunter waren 27 892 Personen, die sich laut AZR zum Stichtag noch in Deutschland aufhielten. Die weiteren Angaben können den nachfolgenden Tabellen entnommen werden.

Speicherung gemäß § 2 Abs. 2 Nr. 12 AZRG, aufhältig	27.892
Alter	
männlich	18.585
weiblich	9.287
divers	5
unbekannt	15

Speicherung gemäß § 2 Abs. 2 Nr. 12 AZRG, aufhältig	27.892
Aufenthaltsdauer	
unter sechs Jahre	6.802
sechs Jahre oder länger	21.082
unbekannt	8

Speicherung gemäß § 2 Abs. 2 Nr. 12 AZRG, aufhältig	27.892
Aufenthaltsstatus	in %
befristet	81
unbefristet	8,2
Sonstiges (z. B. Duldung, kein Status gespeichert)	10,8

Speicherung gemäß § 2 Abs. 2 Nr. 12 AZRG, aufhältig	
Staatsangehörigkeiten insgesamt	27.892
darunter:	
Syrien	8.940
Afghanistan	4.571
Irak	1.885
Iran	1.637
Pakistan	1.475
Tunesien	1.155
Marokko	1.000
Nigeria	858
Ägypten	776
Philippinen	755

34. Wie viele Ausreisepflichtige lebten nach Angaben des AZR zum 31. Dezember 2024 in Deutschland, wie viele von ihnen hatten eine Duldung, wie viele von ihnen waren abgelehnte Asylsuchende, wie viele von ihnen waren abgelehnte Asylsuchende ohne Duldung, wie viele von ihnen befanden sich nach Angaben des AZR noch in einem Asylverfahren, hatten einen Schutzstatus erhalten oder waren Unionsangehörige ohne Entzug des Freizügigkeitsrechts (bitte zu allen Unterfragen jeweils nach Bundesländern und den 15 wichtigsten Herkunftsstaaten auflisten), und wie viele Ausreisepflichtige lebten nach Angaben des AZR zum 31. März 2025 in Deutschland, wie viele von ihnen hatten eine Duldung, wie viele von ihnen waren abgelehnte Asylsuchende, wie viele von ihnen waren abgelehnte Asylsuchende ohne Duldung (bitte zu allen Unterfragen jeweils die 15 wichtigsten Herkunftsstaaten auflisten)?

Die Angaben zum Stichtag 31. Dezember 2024 können den nachfolgenden Tabellen entnommen werden.

Ausreisepflichtige Personen zum Stichtag 31. Dezember 2024	220.808
Länder	
Baden-Württemberg	27.225
Bayern	25.419
Berlin	17.078
Brandenburg	7.810
Bremen	3.894
Hamburg	9.416
Hessen	12.678

Ausreisepflichtige Personen zum Stichtag 31. Dezember 2024	220.808
Mecklenburg-Vorpommern	3.978
Niedersachsen	20.665
Nordrhein-Westfalen	51.972
Rheinland-Pfalz	8.273
Saarland	1.929
Sachsen	11.878
Sachsen-Anhalt	4.711
Schleswig-Holstein	9.560
Thüringen	4.322

Ausreisepflichtige Personen zum Stichtag 31. Dezember 2024	220.808
darunter:	
Irak	20.424
Türkei	16.665
Afghanistan	10.848
Russische Föderation	10.789
Nigeria	10.675
Syrien	10.231
Serbien	8.613
Iran	7.487
Georgien	7.162
Nordmazedonien	5.714
ungeklärt	5.231
Albanien	4.964
Guinea	4.859
Ukraine	4.028
Kosovo	4.019

Ausreisepflichtige Personen mit Duldung zum Stichtag 31. Dezember 2024	178.512
Länder	
Baden-Württemberg	23.487
Bayern	19.260
Berlin	13.030
Brandenburg	6.778
Bremen	3.480
Hamburg	5.779
Hessen	9.124
Mecklenburg-Vorpommern	3.527
Niedersachsen	16.868
Nordrhein-Westfalen	43.241
Rheinland-Pfalz	6.412
Saarland	1.729
Sachsen	9.660
Sachsen-Anhalt	3.908
Schleswig-Holstein	8.358
Thüringen	3.871

Ausreisepflichtige Personen mit Duldung zum Stichtag 31. Dezember 2024	178.512
darunter:	
Irak	18.536
Türkei	13.600
Nigeria	9.802
Russische Föderation	9.654
Afghanistan	9.294
Syrien	9.156
Serbien	6.812
Iran	6.625
Georgien	5.670
ungeklärt	4.797
Nordmazedonien	4.759
Guinea	4.587
Libanon	3.688
Somalia	3.396
Albanien	3.323

Ausreisepflichtige Personen mit abgelehntem Asylantrag* zum Stichtag 31. Dezember 2024	125.349
Länder	
Baden-Württemberg	16.473
Bayern	14.316
Berlin	9.749
Brandenburg	4.562
Bremen	1.692
Hamburg	4.029
Hessen	6.465
Mecklenburg-Vorpommern	2.373
Niedersachsen	12.176
Nordrhein-Westfalen	28.173
Rheinland-Pfalz	5.254
Saarland	780
Sachsen	8.081
Sachsen-Anhalt	2.930
Schleswig-Holstein	5.716
Thüringen	2.580

Ausreisepflichtige Personen mit abgelehntem Asylantrag* zum Stichtag 31. Dezember 2024	125.349
darunter:	
Irak	15.824
Türkei	8.493
Nigeria	7.817
Russische Föderation	6.818
Afghanistan	6.241
Iran	5.143
Serbien	5.064
Georgien	4.814

Ausreisepflichtige Personen mit abgelehntem Asylantrag* zum Stichtag 31. Dezember 2024	125.349
Nordmazedonien	3.366
Guinea	3.089

* Hinweis zu den Tabellen „mit abgelehntem Asylantrag“: Für die vorliegende Ausreisepflicht muss die im AZR gespeicherte Asylablehnung nicht zwingend ursächlich sein, da diese Entscheidung grundsätzlich gespeichert wird, bis die Voraussetzungen für ihre Löschung gegeben sind (vgl. § 36 AZRG). Insofern kann die Asylablehnung ggf. eine längere Zeit zurückliegen.

Ausreisepflichtige Personen mit abgelehntem Asylantrag ohne Duldung zum Stichtag 31. Dezember 2024	16.632
Länder	
Baden-Württemberg	1.309
Bayern	2.099
Berlin	2.074
Brandenburg	528
Bremen	142
Hamburg	1.370
Hessen	1.027
Mecklenburg-Vorpommern	229
Niedersachsen	1.588
Nordrhein-Westfalen	3.059
Rheinland-Pfalz	820
Saarland	66
Sachsen	1.144
Sachsen-Anhalt	313
Schleswig-Holstein	618
Thüringen	246

Ausreisepflichtige Personen mit abgelehntem Asylantrag ohne Duldung zum Stichtag 31. Dezember 2024	16.632
darunter:	
Türkei	1.596
Irak	1.396
Serbien	1.017
Afghanistan	777
Georgien	762
Albanien	684
Russische Föderation	653
Moldau (Republik)	616
Nigeria	581
Kosovo	559

Ausreisepflichtige Personen mit laufendem Asylverfahren zum Stichtag 31. Dezember 2024	19.311
Länder	
Baden-Württemberg	2.021
Bayern	2.253
Berlin	919
Brandenburg	1.123
Bremen	178
Hamburg	700
Hessen	941

Ausreisepflichtige Personen mit laufendem Asylverfahren zum Stichtag 31. Dezember 2024	19.311
Mecklenburg-Vorpommern	593
Niedersachsen	2.264
Nordrhein-Westfalen	4.177
Rheinland-Pfalz	719
Saarland	192
Sachsen	1.247
Sachsen-Anhalt	363
Schleswig-Holstein	1.071
Thüringen	550

Ausreisepflichtige Personen mit laufendem Asylverfahren zum Stichtag 31. Dezember 2024	19.311
darunter:	
Türkei	2.351
Syrien	2.108
Irak	1.962
Afghanistan	1.568
Russische Föderation	1.486
Iran	956
Nigeria	810
Georgien	647
Nordmazedonien	493
Somalia	441
ungeklärt	358
Libanon	356
Serbien	350
Guinea	346
Pakistan	335

Ausreisepflichtige Personen mit einer Schutzzuerkennung zum Stichtag 31. Dezember 2024	als Asylberechtigter nach Artikel 16a GG anerkannt	Flüchtlings-eigenschaft nach § 3 Absatz 4 AsylG	subsidiärer Schutz nach § 4 Absatz 1 AsylG gewährt	gesamt
insgesamt				
Länder	75	876	810	1.761
Baden-Württemberg	13	77	68	158
Bayern	5	112	50	167
Berlin		45	51	96
Brandenburg		21	28	49
Bremen	1	11	9	21
Hamburg	8	102	37	147
Hessen	7	89	62	158
Mecklenburg-Vorpommern	0	21	13	34
Niedersachsen	3	42	74	119
Nordrhein-Westfalen	29	181	239	449
Rheinland-Pfalz	0	58	38	96
Saarland	0	5	59	64
Sachsen	2	46	27	75

Ausreisepflichtige Personen mit einer Schutzzuerkennung zum Stichtag 31. Dezember 2024	als Asylberechtigter nach Artikel 16a GG anerkannt	Flüchtlingseigenschaft nach § 3 Absatz 4 AsylG	subsidiärer Schutz nach § 4 Absatz 1 AsylG gewährt	gesamt
Sachsen-Anhalt	3	15	22	40
Schleswig-Holstein	4	31	17	52
Thüringen	0	20	16	36

Ausreisepflichtige Personen mit einer Schutzzuerkennung zum Stichtag 31. Dezember 2024	als Asylberechtigter nach Artikel 16a GG anerkannt	Flüchtlingseigenschaft nach § 3 Absatz 4 AsylG	subsidiärer Schutz nach § 4 Absatz 1 AsylG gewährt	gesamt
insgesamt	75	876	810	1.761
Syrien	4	154	616	774
Afghanistan	4	232	24	260
Iran	18	146	4	168
Irak	6	79	31	116
Türkei	21	59	10	90
Russische Föderation	1	38	17	56
Somalia	1	20	14	35
Sudan (ohne Südsudan)	0	1	33	34
Eritrea	1	19	13	33
ungeklärt	0	20	11	31
Pakistan	2	17		19
Nigeria	5	7	2	14
Aserbaidschan	0	8	3	11
Guinea	1	6	3	10
Äthiopien	3	5	1	9

Ausreisepflichtige Unionsangehörige ohne Verlust des Freizügigkeitsrechts* zum Stichtag 31. Dezember 2024	2.285
Länder	
Baden-Württemberg	556
Bayern	445
Berlin	60
Brandenburg	34
Bremen	16
Hamburg	51
Hessen	237
Mecklenburg-Vorpommern	9
Niedersachsen	126
Nordrhein-Westfalen	495
Rheinland-Pfalz	123
Saarland	9
Sachsen	48
Sachsen-Anhalt	27
Schleswig-Holstein	35
Thüringen	14

Ausreisepflichtige Unionsangehörige ohne Verlust des Freizügigkeitsrechts* zum Stichtag 31. Dezember 2024	2.285
darunter:	
Kroatien	819
Rumänien	430
Italien	247
Polen	198
Bulgarien	113
Spanien	101
Griechenland	79
Portugal	44
Niederlande	43
Ungarn	33
Litauen	30
Österreich	26
Tschechische Republik	26
Schweden	20
Frankreich	19

* Hinweis zu den Tabellen „Ausreisepflichtige Unionsangehörige ohne Verlust des Freizügigkeitsrechts“: Die Erlangung des EU-Freizügigkeitsrechts durch einen Ausländer bedeutet nicht automatisch, dass die vorher als Drittstaatsangehöriger erhaltene Ausreisepflicht erlischt. Vielmehr gilt die bisherige Ausreisepflicht rechtlich fort, solange eine Einzelfallprüfung der jeweils zuständigen Ausländerbehörde keinen anderen Sachverhalt ergibt und eine Löschung der Ausreisepflicht durch die Ausländerbehörde nicht erfolgt.

Die Angaben zum Stichtag 31. März 2025 können den nachfolgenden Tabellen entnommen werden.

Ausreisepflichtige Personen zum Stichtag 31. März 2025	224.390
Länder	
Baden-Württemberg	27.436
Bayern	25.166
Berlin	17.202
Brandenburg	8.096
Bremen	3.966
Hamburg	10.324
Hessen	12.581
Mecklenburg-Vorpommern	3.973
Niedersachsen	21.380
Nordrhein-Westfalen	52.700
Rheinland-Pfalz	8.233
Saarland	1.952
Sachsen	12.174
Sachsen-Anhalt	4.718
Schleswig-Holstein	10.035
Thüringen	4.454

Ausreisepflichtige Personen zum Stichtag 31. März 2025	224.390
darunter:	
Irak	20.516
Türkei	18.433
Afghanistan	11.258
Russische Föderation	11.228

Ausreisepflichtige Personen zum Stichtag 31. März 2025	224.390
Syrien	10.729
Nigeria	10.418
Serbien	8.596
Iran	7.460
Georgien	6.967
Nordmazedonien	5.463
ungeklärt	5.258
Albanien	4.833
Guinea	4.792
Kosovo	4.130
Ukraine	4.090

Ausreisepflichtige Personen mit Duldung zum Stichtag 31. März 2025	181.493
Länder	
Baden-Württemberg	23.670
Bayern	19.256
Berlin	13.329
Brandenburg	7.119
Bremen	3.578
Hamburg	5.591
Hessen	9.028
Mecklenburg-Vorpommern	3.589
Niedersachsen	17.607
Nordrhein-Westfalen	43.601
Rheinland-Pfalz	6.567
Saarland	1.767
Sachsen	10.063
Sachsen-Anhalt	3.930
Schleswig-Holstein	8.797
Thüringen	4.001

Ausreisepflichtige Personen mit Duldung zum Stichtag 31. März 2025	181.493
darunter:	
Irak	18.500
Türkei	15.110
Russische Föderation	10.094
Syrien	9.649
Nigeria	9.581
Afghanistan	9.404
Serbien	6.784
Iran	6.567
Georgien	5.606
ungeklärt	4.826
Nordmazedonien	4.551
Guinea	4.496
Libanon	3.790
Somalia	3.300
Kosovo	3.255

Ausreisepflichtige Personen mit abgelehntem Asylantrag zum Stichtag 31. März 2025	128.630
Länder	
Baden-Württemberg	16.719
Bayern	14.281
Berlin	9.969
Brandenburg	4.794
Bremen	1.818
Hamburg	4.700
Hessen	6.500
Mecklenburg-Vorpommern	2.383
Niedersachsen	12.759
Nordrhein-Westfalen	28.530
Rheinland-Pfalz	5.377
Saarland	756
Sachsen	8.436
Sachsen-Anhalt	2.845
Schleswig-Holstein	6.027
Thüringen	2.736

Ausreisepflichtige Personen mit abgelehntem Asylantrag zum Stichtag 31. März 2025	128.630
darunter:	
Irak	16.072
Türkei	9.739
Nigeria	7.614
Russische Föderation	7.190
Afghanistan	6.673
Iran	5.117
Serbien	5.030
Georgien	4.921
Nordmazedonien	3.370
Syrien	3.215

Ausreisepflichtige Personen mit abgelehntem Asylantrag ohne Duldung zum Stichtag 31. März 2025	17.258
Länder	
Baden-Württemberg	1.324
Bayern	2.000
Berlin	2.066
Brandenburg	498
Bremen	126
Hamburg	2.093
Hessen	1.067
Mecklenburg-Vorpommern	182
Niedersachsen	1.626
Nordrhein-Westfalen	3.183
Rheinland-Pfalz	760
Saarland	59
Sachsen	1.112
Sachsen-Anhalt	296
Schleswig-Holstein	618
Thüringen	248

Ausreisepflichtige Personen mit abgelehntem Asylantrag ohne Duldung zum Stichtag 31. März 2025	17.258
darunter:	
Türkei	1.869
Irak	1.512
Afghanistan	1.038
Serbien	1.009
Georgien	713
Albanien	684
Russische Föderation	666
Moldau (Republik)	615
Kosovo	563
Iran	561

35. Zu wie vielen Personen wurde im Jahr 2024 eine vollziehbare bzw. rechtskräftige Ausreisepflicht festgestellt (bitte nach Geschlecht, Alter über 17 oder unter 18 Jahren, Aufenthalt seit mehr oder weniger als sechs Jahren, Bundesländern und den 15 wichtigsten Herkunftsländern differenzieren), und wie bewertet es die Bundesregierung vor dem Hintergrund häufig beklagter Durchsetzungsprobleme bei der Ausreisepflicht, dass es im Jahr 2023 13 119 vollziehbare Feststellungen der Ausreisepflicht gab (vgl. Antwort zu Frage 33 auf Bundestagsdrucksache 20/11101), im selben Jahr jedoch 16 430 Abschiebungen und 29 949 freiwillige Ausreisen Ausreisepflichtiger (vgl. Antworten zu den Fragen 1 und 20 auf Bundestagsdrucksache 20/11471), was die Zahl der Ausreisepflichtungen um ein Mehrfaches übersteigt (bitte ausführen)?

Hierzu liegen keine validen Erkenntnisse vor, da aus den Daten des AZR bereits der Zeitpunkt der Entstehung der vollziehbaren Ausreisepflicht bei Duldungen nicht belastbar ermittelt werden kann.

Bei der Überprüfung früherer Antworten zu dieser Fragestellung (Bundestagsdrucksache 20/13040 zu Frage 34, Bundestagsdrucksache 20/11101 zu Frage 33) wurde festgestellt, dass dort jeweils Daten genannt wurden, die aufgrund der o. g. Ausführungen nicht korrekt sind. Dies betrifft auch den in der Frage genannten Zahlenwert 13 119. Eine Bewertung der Bundesregierung im Sinne der zweiten Teilfrage ist daher aufgrund der fehlenden Datengrundlage nicht möglich.

36. Hat es weitere Maßnahmen zur Bereinigung der Daten im AZR insbesondere zu ausreisepflichtigen Personen gegeben, nachdem die Bundesregierung in der Antwort zu Frage 35 auf Bundestagsdrucksache 20/13040 erneut erklärt hat, dass diese wegen der angespannten Personalsituation in den Ausländerbehörden „gegenwärtig weitgehend ausgesetzt“ seien (bitte gegebenenfalls im Einzelnen auflisten und etwaige Korrekturen, wenn möglich, quantifizieren)?

Welche Tätigkeiten und Projekte hat der Beauftragte für Datenqualität zuletzt mit welchen Erfolgen unternommen bzw. sind für die Zukunft geplant (bitte im Einzelnen auflisten)?

Das BAMF als Registerbehörde kann die Qualität der im AZR gespeicherten Daten nur im begrenzten Umfang beeinflussen, da in erster Linie die zuständigen Ausländerbehörden (und in Asylangelegenheiten das BAMF) bzw. die den Sachverhalt meldende Stelle für die Datenqualität der sich in ihrem jeweiligen Verantwortungsbereich befindlichen Datensätze verantwortlich sind.

Der bereits mehrfach benannte quantitative Datenabgleich nach den §§ 8, 8a AZRG wurde bereits umfassend von den Ausländerbehörden umgesetzt und die ermittelten Fehler wurden zu großen Teilen bereinigt.

Der ebenfalls seit fast einem Jahr zur Verfügung stehende erweiterte quantitative Datenabgleich unter Zuhilfenahme von Referenz-IDs wird jeweils nach finalem Abschluss des quantitativen Datenabgleichs priorisiert von den Ausländerbehörden durchgeführt. Bei den genannten Datenabgleichen wurden und werden auch Datensätze von ausreisepflichtigen Personen bereinigt, da sich die Abgleiche auf den gesamten Datenbestand der bereinigenden Behörde erstrecken. Statistische Daten zu erfolgten Bereinigungen/Korrekturen werden nicht erhoben.

Aufgrund der auch weiterhin angespannten Personalsituation in den Ausländerbehörden, der bestehenden Beschlusslage der Ministerpräsidentenkonferenz und der daraus folgenden Konzentration der verfügbaren Kräfte auf die Durchführung der oben genannten Datenabgleiche sind darüber hinausgehende weitere Datenbereinigungen nach Rücksprache mit den Ländern gegenwärtig nach wie vor nicht möglich und daher weitgehend ausgesetzt. Das BAMF hat jedoch wiederholt – u. a. zuletzt im 16. Workshop zur Datenqualität im AZR – angeboten, den Ausländerbehörden auf Wunsch weitere Bereinigungslisten zu übermitteln, sofern entsprechende örtliche Ressourcen zur weiteren Datenbereinigung bestehen.

Im Bereich des bzw. mit dem Beauftragten für Datenqualität im BAMF wurden und werden im Interesse der Datenqualität wieder vielseitige Maßnahmen umgesetzt.

Beispielhaft

- konnte die bereits im letzten Bericht beschriebene „Geschäftsstelle Datensatz für das Ausländerwesen“ (GS DSAusländer) nach erfolgreicher Pilotierung zum 1. Januar 2025 dauerhaft im BAMF verankert werden. Der Datensatz selbst wurde in Zusammenarbeit mit anderen Bundes- und Landesbehörden weiterentwickelt, so dass derzeit die Vorbereitungen für die Veröffentlichung der 7. Fassung des DSAusländer laufen,
- wird weiterhin durch Teilnahme an Sitzungen an der Wartung/Pflege sowie Weiterentwicklung des Standards XAusländer mitgewirkt werden,
- wurden und werden gemeinsam mit den Fachbereichen, bei Bedarf z. B. auch mit Fachverfahrensherstellenden der Ausländerbehörden, sich auf die Datenqualität auswirkende Problemstellungen besprochen und gemeinsam Lösungen zur Beseitigung dieser abgestimmt,
- wurden und werden für Mitarbeitende des BAMF online und in Präsenz Schulungen mit Bezug/Schwerpunkt Datenqualität durchgeführt,
- werden aktuell u. a. ein CIC-Thementag zu den Themen „Datenqualität“ und Datensemantik“ sowie, in Abstimmung mit den Ländern, weitere Informationsveranstaltungen für Ausländerbehörden und Aufnahmeeinrichtungen zu den Themen XAusländer, DSAusländer und AZR/XAVIA vorbereitet.

37. In wie vielen Fällen wurden bislang Dokumente nach § 6 Absatz 5 Nummer 1 bzw. 3 (bitte differenzieren) des Ausländerzentralregistergesetzes an das AZR übermittelt und gespeichert, und wie bewertet es die Bundesregierung und welche Konsequenzen zieht sie hieraus, dass § 6 Absatz 5 AZRG nach Auffassung der Fragestellenden offenbar in vielen Fällen unanwendbar ist, sofern die Übermittlung von BAMF-Bescheiden und Gerichtsentscheidungen verlangt wird, bei denen Erkenntnisse zum Kernbereich privater Lebensgestaltung in größerem Umfang geschwärzt werden müssten (vgl. Antwort zu Frage 37 auf Bundestagsdrucksache 20/13040)?

Mit der Änderung von § 6 Absatz 5 des Ausländerzentralregistergesetzes (AZRG) durch das Gesetz zur Anpassung von Datenübermittlungsvorschriften im Ausländer- und Sozialrecht vom 8. Mai 2024, das insoweit am 1. November 2024 in Kraft getreten ist, ist für die Speicherung von Entscheidungen des BAMF oder gerichtliche Entscheidungen in asylrechtlichen Verfahren, mit denen ein Schutzstatus nach dem Asylgesetz zuerkannt oder ein Abschiebungsverbot nach § 60 Absatz 5 oder 7 AufenthG festgestellt oder jeder der vorgenannten Schutzstatus abgelehnt wird, ohne dass damit eine Rückkehrentscheidung nach dem Asyl- oder Aufenthaltsgesetz einhergeht, nur noch der Tenor der jeweiligen Entscheidung zur Speicherung an das AZR zu übermitteln. Diese Änderung hat zur Folge, dass eine Schwärzung von Ausführungen, die den Kernbereich privater Lebensgestaltung tangieren, bei entsprechenden Entscheidungen nicht mehr erforderlich ist und diese vom BAMF nunmehr gespeichert werden. Aufgrund einer durch die Gesetzesänderung notwendig gewordenen Anpassung des technischen Speicherungsprozesses erfolgt die Speicherung von Bescheiden durch das BAMF erst ab dem 6. März 2025. Um den mit der Prüfung der Ausführungen im Bescheid des BAMF auf mögliche Verletzungen des Kernbereichs privater Lebensgestaltung und einer sich anschließenden Schwärzung verbundenen notwendigen Personalressourcen Rechnung zu tragen, werden Entscheidungen des BAMF, mit denen auch eine Rückkehrentscheidung erlassen wird, zunächst nur bei bestimmten Herkunftsländern im AZR gespeichert (Georgien, Kolumbien, Maghreb-Staaten, Moldau und Westbalkanstaaten). Weitere Herkunftsländer, bei denen eine Speicherung von Bescheiden im AZR erfolgen soll, sollen zu einem späteren Zeitpunkt einbezogen werden, wenn weitere Erfahrungen im Umgang mit dem Schwärzen von Textpassagen vorliegen. Der Auswahl der Herkunftsländer liegt zugrunde, dass das BAMF bei diesen Staaten eine besonders schnelle Durchführung des Asylverfahrens anstrebt.

38. Welche Angaben können dazu gemacht werden, wie viele der in Deutschland zum 31. Dezember 2024 lebenden Geduldeten bzw. Asylsuchenden berechtigt bzw. nicht berechtigt waren, eine Erwerbstätigkeit auszuüben, und wie vielen von ihnen wurde dies im Jahr 2024 erlaubt bzw. versagt (bitte jeweils nach den 15 wichtigsten Staatsangehörigkeiten differenzieren und zudem getrennt nach den Bundesländern auflisten)?

Das AZR erfasst lediglich, in welchen Fällen Geduldeten bzw. Gestatteten eine Erwerbstätigkeit erlaubt bzw. versagt worden ist. Allerdings lassen diese Daten keine Aussage darüber zu, ob die Erwerbstätigkeit, zu der die Erlaubnis erteilt wurde, auch tatsächlich aufgenommen wurde bzw. zum Stichtag noch bestand.

Zum Stichtag 31. Dezember 2024 lag bei 21 088 geduldeten Personen eine von der Ausländerbehörde erteilte Beschäftigungserlaubnis vor, zu der die Bundesagentur für Arbeit ihre Zustimmung gegeben hat (davon 4 610 aus dem Jahr 2024). 3 755 Personen haben die Erlaubnis zu einer zustimmungsfreien Beschäftigung erhalten, bei der die Zustimmung der Bundesagentur für Arbeit

nicht erforderlich ist (davon 793 im Jahr 2024). In 2 248 Fällen wurde eine Beschäftigungserlaubnis abgelehnt (davon 454 im Jahr 2024).

Bei 40 819 Personen mit einer Aufenthaltsgestattung lag eine von der Ausländerbehörde erteilte Beschäftigungserlaubnis vor, zu der die Bundesagentur für Arbeit ihre Zustimmung gegeben hat (davon 23 102 aus dem Jahr 2024). 1 079 Personen haben die Erlaubnis zu einer zustimmungsfreien Beschäftigung erhalten, bei der die Zustimmung der Bundesagentur für Arbeit nicht erforderlich ist (davon 493 im Jahr 2024). Bei 2 793 Personen wurde eine Beschäftigungserlaubnis abgelehnt (davon 1 390 im Jahr 2024).

Weitere Angaben können den nachfolgenden Tabellen entnommen werden.

Aufhältige Personen mit Duldung mit einer Erlaubnis zur Beschäftigung aus dem Jahr 2024	4.610
Länder	
Baden-Württemberg	735
Bayern	296
Berlin	605
Brandenburg	223
Bremen	86
Hamburg	316
Hessen	182
Mecklenburg-Vorpommern	156
Niedersachsen	458
Nordrhein-Westfalen	534
Rheinland-Pfalz	296
Saarland	2
Sachsen	346
Sachsen-Anhalt	84
Schleswig-Holstein	196
Thüringen	95

Aufhältige Personen mit Duldung mit einer Erlaubnis zur Beschäftigung aus dem Jahr 2024	4.610
darunter Hauptstaatsangehörigkeiten:	
Türkei	754
Irak	606
Afghanistan	495
Nigeria	150
Syrien	179
Vietnam	193
Iran	138
Guinea	122
Somalia	118
Pakistan	111
Georgien	119
Venezuela	114
Russische Föderation	88
Tunesien	93
Libanon	81

Aufhältige Personen mit Duldung mit einer Erlaubnis zu zustimmungsfreier Beschäftigung aus dem Jahr 2024	793
Länder	
Baden-Württemberg	92
Bayern	146
Berlin	23
Brandenburg	22
Bremen	6
Hamburg	7
Hessen	26
Mecklenburg-Vorpommern	3
Niedersachsen	50
Nordrhein-Westfalen	202
Rheinland-Pfalz	84
Saarland	
Sachsen	90
Sachsen-Anhalt	4
Schleswig-Holstein	31
Thüringen	7

Aufhältige Personen mit Duldung mit einer Erlaubnis zu zustimmungsfreier Beschäftigung aus dem Jahr 2024	793
darunter Hauptstaatsangehörigkeiten:	
Irak	128
Nigeria	71
Iran	58
Türkei	45
Guinea	45
Afghanistan	35
Somalia	35
Syrien	34
Pakistan	28
Russische Föderation	20
Libanon	17
Georgien	14
Kamerun	14
ungeklärt	14
Indien	13

Aufhältige Personen mit Duldung mit einer Ablehnung der Beschäftigungserlaubnis aus dem Jahr 2024	454
Länder	
Baden-Württemberg	43
Bayern	19
Berlin	120
Brandenburg	19
Bremen	5
Hamburg	56
Hessen	24
Mecklenburg-Vorpommern	17
Niedersachsen	38
Nordrhein-Westfalen	44

Aufhältige Personen mit Duldung mit einer Ablehnung der Beschäftigungserlaubnis aus dem Jahr 2024	454
Rheinland-Pfalz	32
Saarland	1
Sachsen	19
Sachsen-Anhalt	6
Schleswig-Holstein	9
Thüringen	2

Aufhältige Personen mit Duldung mit einer Ablehnung der Beschäftigungserlaubnis aus dem Jahr 2024	454
darunter Hauptstaatsangehörigkeiten:	
Türkei	91
Irak	49
Afghanistan	37
Vietnam	25
Syrien	17
Iran	14
Tunesien	12
Libanon	12
Ukraine	12
Pakistan	10
Georgien	10
Nigeria	9
Indien	9
Ungeklärt	9
Albanien	9

Aufhältige Personen mit Aufenthaltsgestattung mit einer Erlaubnis zur Beschäftigung aus dem Jahr 2024	23.102
Länder:	
Baden-Württemberg	5.441
Bayern	2.668
Berlin	1.690
Brandenburg	585
Bremen	131
Hamburg	996
Hessen	1.425
Mecklenburg-Vorpommern	847
Niedersachsen	3.607
Nordrhein-Westfalen	2.614
Rheinland-Pfalz	1.071
Saarland	12
Sachsen	794
Sachsen-Anhalt	484
Schleswig-Holstein	391
Thüringen	346

Aufhältige Personen mit Aufenthaltsgestattung mit einer Erlaubnis zur Beschäftigung aus dem Jahr 2024	23.102
darunter Hauptstaatsangehörigkeiten:	
Türkei	7.987
Afghanistan	4.620
Syrien	1.451
Irak	1.362
Iran	920
Kolumbien	687
ungeklärt	349
Pakistan	333
Somalia	332
Burundi	325
Nigeria	287
Guinea	306
Jemen	292
Venezuela	281
Russische Föderation	260

Aufhältige Personen mit Aufenthaltsgestattung mit einer Erlaubnis zur zustimmungsfreien Beschäftigung aus dem Jahr 2024	493
Länder:	
Baden-Württemberg	78
Bayern	72
Berlin	18
Brandenburg	20
Bremen	
Hamburg	4
Hessen	25
Mecklenburg-Vorpommern	1
Niedersachsen	31
Nordrhein-Westfalen	156
Rheinland-Pfalz	26
Saarland	
Sachsen	34
Sachsen-Anhalt	1
Schleswig-Holstein	26
Thüringen	1

Aufhältige Personen mit Aufenthaltsgestattung mit einer Erlaubnis zur zustimmungsfreien Beschäftigung aus dem Jahr 2024	493
darunter Hauptstaatsangehörigkeiten:	
Türkei	92
Irak	65
Iran	64
Nigeria	34
Afghanistan	33
Syrien	24
Guinea	13
Russische Föderation	13
Somalia	12

Aufhältige Personen mit Aufenthaltsgestattung mit einer Erlaubnis zur zustimmungsfreien Beschäftigung aus dem Jahr 2024	493
Pakistan	11
Venezuela	11
Kamerun	9
Aserbaidschan	7
Äthiopien	7
Ägypten	6

Aufhältige Personen mit Aufenthaltsgestattung mit einer Ablehnung der Beschäftigungserlaubnis aus dem Jahr 2024	1.390
Länder:	
Baden-Württemberg	240
Bayern	106
Berlin	222
Brandenburg	33
Bremen	19
Hamburg	45
Hessen	139
Mecklenburg-Vorpommern	42
Niedersachsen	194
Nordrhein-Westfalen	157
Rheinland-Pfalz	80
Saarland	5
Sachsen	36
Sachsen-Anhalt	28
Schleswig-Holstein	25
Thüringen	19

Aufhältige Personen mit Aufenthaltsgestattung mit einer Ablehnung der Beschäftigungserlaubnis aus dem Jahr 2024	1.390
darunter Hauptstaatsangehörigkeiten:	
Türkei	500
Afghanistan	235
Syrien	110
Irak	98
Iran	84
ungeklärt	40
Pakistan	32
Kolumbien	23
Russische Föderation	22
Personen aus den palästinensischen Gebieten (nicht als Staat anerkannt)	20
Somalia	18
Ägypten	14
Indien	12
Libanon	12
Venezuela	10